attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (19.02.2015)

Sand im Getriebe 114

Der politische Erdrutsch in Griechenland ist eine Chance für Europa !

Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird.

Ein »Weiter so« darf es nicht geben!

Aus der Erklärung von Gewerkschaftsvertreter/-innen, Attac-Mitglieder und andere: ***Griechenland nach der Wahl − Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa***

Nick Dearden, Global Justice UK: **Griechenland: ein Weckruf für Europa**	3
Griechenland nach der Wahl − Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa	4
Syrizas Wahl-Programm	5
Alexis Tsipras an Deutschland: „Was Ihnen bisher nie über Griechenland gesagt wurde“	8
Yanis Varoufakis: der globale Minotaurus	9
Attac Frankreich, Europ. attac-Netzwerk, DGB, Die LINKE, Aufruf von 600 Ökonomen, Bilanz der Troika-Politik	10
Einschätzungen zu der neuen Regierung	12
Elisabeth Gauthier: **Wie kam Syriza zu einem solchen Erfolg?**	14
Blockupy: Aufruf zum 18.März!	14
Mezzadra / Negri: Experiment wie in Thüringen?	15
Eric Toussaint: **Und wenn Syriza die Europäische Union (EU) beim Wort nehmen und Griechenlands Schulden prüfen würde?**	16
M. Schlecht: **Schuldentreiber Deutschland**	18
Londoner Schuldenkonferenz: Vergleich Deutschland 1953 / Griechenland jetzt	19
Manolis Glezos: Deutschland und Griechenland haben bisher offiziell keinen **Friedensvertrag** abgeschlossen	20
Samir Amin zu den **Charlie-Hebdo**-Morden: Eine direkte Folge der westlichen Politik und der Nato-Angriffe auf Libyen	23
Georges Wolinski Der Mut des kubanischen Volkes	24
Putschversuch in Venezuela	25
Willy Wimmer: Gegen jeden Terror	26
Jürgen Todenhöfer: GAZA - “Verdammt nochmal tut endlich was!“	27
Oskar Lafontaine: Gegen jede Kriegsbeteiligung	28
Kai Ehlers: Mythen um die **Ukraine** Minsk II – was gut ist, was besser sein könnte	32
Netzwerke in Westafrika zu den **EPA**s	35
TTIP : Globaler Aktionstag am 18 April	36

PDF-Version: *http://www.attac.de/bildungsangebot/sig* ***Online Fassung:*** *http://sandimgetriebe.attac.at* ***Mail:*** *sig@attac.de*

Steht Europa vor einem Neuanfang? Endlich gibt es durch den Wahlsieg von Syriza nicht nur Hoffnung in Griechenland für einen sozialen Ausweg aus der Krise, sondern es eröffnen sich auch Chancen für einen demokratischen Aufbruch und einen grundlegenden Pfadwechsel der Europäischen Union (dazu: Global Justice UK; **Europäisches Attac-Netzwerk**; **„Griechenland entscheidet"; Blockupy** u. a. m.**)**

Die 4 Säulen des **Wahlprogramms von Syriza** bieten sowohl kurzfristige (z. B. Beseitigung des Elends in den Krankenhäusern und den verarmten Haushalten; Eintreiben der ausstehenden Steuern bei den Reichen), mittelfristige (europäische **Schuldenkonferenz** mit dem Ziel, öffentliche Schulden zu streichen / Ankurbelung der Wirtschaft) als auch langfristige Vorhaben (massives Investitionsprogramm in ganz Europa, wie es seit langem vom Europäischen Gewerkschaftsbund gefordert wird). Elemente zur Schuldendebatte liefert **Eric Toussaint**, der die Frage aufwirft *„Und wenn Syriza die Europäische Union (EU) beim Wort nehmen und Griechenlands Schulden prüfen würde?"* und einen Vergleich zwischen den Bedingungen, die 1953 Deutschland gewährt wurden (**Londoner Schuldenkonferenz**) und denjenigen, die Griechenland auferlegt werden. **Manolis Glezos** geht auf die Forderungen nach Reparationen für die deutschen Verbrechen und Zerstörungen im zweiten Weltkrieg ein.

Syriza ist ja eigentlich keine Partei im alten Sinne, sondern sie ist – ebenso wie Podemos in Spanien - aus sozialen Bewegungen und Platzbesetzungen hervorgegangen. (**Elisabeth Gauthier***: Wie kam Syriza zu einem solchen Erfolg?*) Sie haben die anfänglichen Berührungsängste zu verbindlicheren Organisationsstrukturen überwunden. Auch das ist eine wichtige Lehre aus den letzten Jahren. Nicht nur in Lateinamerika, auch in Europa gilt die Parole: PODEMOS - WIR KÖNNEN. *„Ein solcher Politikwechsel kann nur gelingen, wenn wir eine breite Plattform von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bilden"* mit dem Ziel, *„den neuen griechischen Weg zu unterstützen und damit für ein Ende der unsozialen Kürzungspolitik in Europa und für ein solidarisches, soziales, demokratisches und friedliches Europa zu kämpfen."* (**die Linke)** Das ist auch deshalb dringend nötig, weil die Gegenseite sich mit unflätigen Beschimpfungen (BILD mal wieder) und neuen rassistischen Bewegungen (PEGIDA etc.) vorauseilend gegen die Neubegrundung Europas mobilisiert. So erinnert der Aufruf der LINKEN daran, dass die Dämonen nur schlafen: *„Wenn eine soziale Alternative und ein demokratischer Aufbruch scheitern, droht eine weitere Stärkung der extremem Rechten und Neo-Nazis in Europa. Wir treten für eine Politik ein, die nicht nur eine Alternative zur neoliberalen Austeritätspolitik darstellt, sondern auch eine klare Absage an die nationalistische, xenophobe und rassistische Politik der politischen Rechten beinhaltet. Das Fundament unserer Politik ist die Solidarität."* **Blockupy** ruft zu einem Aktionstag in Frankfurt am **18.März:** *„Solidarität mit den Menschen in Griechenland – gegen die Erpressungspolitik der EZB."*

Neben dem Europa-Schwerpunkt gibt es Klärungsbedarf zu schwierigen Komplexen.
So sieht **Samir Amin** die Ursachen der Charlie-Hebdo-Morde in Paris auch in den Fehlern des Westens: es sei *„eine direkte Folge der westlichen Politik und der Nato-Angriffe auf Libyen...Saddam Hussein und Muammar Gaddafi konnten die islamistische Strömung kontrollieren, aber sie wurden umgebracht."*.
Willy Wimmer analysiert, in welch erschreckendem Umfang „wir, der Westen", zu Massenmorden rund um den Globus beitragen. **Kai Ehlers** entlarvt die Mythen um die **Ukraine**.
Oskar Lafontaine betont: *„Die ganze Außenpolitik ist ein Lügengebäude, und wir haben die Aufgabe, diese Lügen zu durchbrechen, wenn wir wirklich zu einer friedlichen Außenpolitik kommen wollen."*
Er erinnert daran, dass die Ausdehnung der NATO nach Osten der Kern des Ukraine-Konfliktes ist.

160 Organisationen in Brussel vereinbaren für den **18. April einen globalen Aktionstag** auf beiden Seiten des Atlantik, denn auch in den USA wächst der Widerstand gegen das handelsimperialistische TTIP-Projekt…

In eigener Sache: Wir haben seit Ende 2014 unsere ***„Werkstatt"*** *geöffnet. http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/ Hier erscheinen aktuelle Meldungen und Artikel, die später in SiG veröffentlicht werden, aber auch zusätzliche Dokumente.*

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.
Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org
Gedruckte Exemplare *von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 99: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Nick Dearden, Global Justice UK

Griechenland: ein Weckruf für Europa

27. Januar 2015

Es ist schwer, die **Bedeutung der Wahl in Griechenland** am letzten Sonntag überzubewerten. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist in Europa eine Regierung an die Macht gekommen, die sowohl dem Neoliberalismus feindlich gegenübersteht wie auch auf soziale Bewegungen gegründet ist. Die Menschen, die am meisten unter der Finanzkrise leiden mussten, haben für uns alle einen Funken Hoffnung entstehen lassen.

Seit fünf Jahren wurde Griechenland seitens der europäischen Behörden und des IWF einer ökonomischen Folter ausgesetzt. Wie schon in vielen afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern musste eine Krise, die von europäischen Bankern und korrupten Eliten verursacht wurde, von der Bevölkerung bezahlt werden – mit der Zerstörung des Sozialstaats, Massenarbeitslosigkeit, der Einschränkung von Gewerkschaftsrechten, Liberalisierung und dem Notverkauf von öffentlichem Eigentum an genau diese Eliten.

Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt über 60 %; die Selbstmordrate, die Zahl der HIV-Infektionen, die Drogen- und Gewaltkriminalität sind alle in die Höhe geschossen; die Behandlung von Kranken ist mit hohen persönlichen Kosten verbunden; Migranten werden zu Sündenböcken gemacht; Obdachlosigkeit ist überall sichtbar. Derweil ist der Schuldenberg, der durch die Austeritätspolitik angeblich abgebaut werden sollte, noch größer geworden.

Nichts davon ist ohne Proteste geschehen. Die Beratungen über das zweite Hilfspaket für Griechenland wurden von massiven Protesten und dem Einsatz von Tränengas begleitet. Als ein Premierminister versuchte ein Referendum abzuhalten, wurde er von Politikern gefeuert, die Vertreter seiner Aufpasser in der EU waren. Die Demokratie wurde in Griechenland ausgesetzt und das Land wurde im Interesse der Gläubiger geführt.

Einerseits kann kein Politiker behaupten, er kenne nicht die voraussichtlichen Konsequenzen solcher Maßnahmen. **Dieselben Maßnahmen hatten dieselben Auswirkungen in Afrika in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts.** Afrikanische Volkswirtschaften wurden zerstört, Millionen von Menschen wurden durch die **Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des IWF** in die Armut getrieben. Andererseits weiß die Führung Europas auch, wie man einer Ökonomie hilft sich zu erholen: Das geschah in Deutschland nach dem Krieg. Mit wesentlich geringerer (und leichter nachvollziehbarer) Verschuldung als Griechenland wurde Deutschland ein erheblicher **Schuldenerlass** gewährt, und die Schuldentilgung wurde an das Exportwachstum gekoppelt. Es funktionierte! (1)

(Demonstration in Athen , 11. Feb. 2015)

Die Behandlung, die Griechenland zuteil wurde, war nicht auf die Reduzierung der Schulden ausgerichtet. **Es ging darum, eine anständige Krise dazu zu nutzen, die Gesellschaft zu Gunsten des 1 % umzugestalten.**

Jetzt gibt es aber eine Chance, das alles zu ändern. Trotz Verteuflung in den Medien ist das Programm von Syriza vernünftig und human: Reduzierung der Verschuldung, Anhebung der Löhne, Wiederherstellung von Gewerkschaftsrechten, Wiederbelebung des Sozialstaats. Eine solche Politik abzulehnen ist durchaus überzogen.

Es gibt nur ein Problem, und das lässt sich nach Pablo Iglesias, Vorsitzender der Partei Podemos, die in Spanien in den Umfragen führt, so beschreiben: Eine Wahl zu gewinnen bedeutet nicht Macht zu gewinnen. (2)

„Was wir vor uns haben, wird nicht einfach sein. Zuerst müssen wir die Wahlen gewinnen – und danach fangen die wahren Schwierigkeiten an … Vergesst nicht, dass die Mächtigen Wahlergebnisse, die ihnen nicht gefallen, fast nie akzeptieren."

Damit Syriza wirklich Macht ausüben kann, müssen **die sozialen Bewegungen**, aus denen das Bündnis hervorgegangen ist, eine **entscheidende Rolle** spielen. Das ist überall in Lateinamerika in den letzten 15 Jahren geschehen: Progressive Regierungen sind von Massenbewegungen einerseits zur Rechenschaft gezogen und andererseits stets angetrieben worden. Als Tandem haben die Massenbewegungen und die politische Macht Lateinamerika verändert; Armut und Ungleichheit wurden verringert.

Das und vieles mehr braucht Griechenland. Die Regierung wird unter enormen Druck gesetzt werden, damit sie ihre Wahlversprechen zurücknimmt. Wenn sie sich weigert, wird Europas Finanzelite *„die Wirtschaft aufschreien lassen"*, wie es Richard **Nixon** formulierte, als er das Chile Allendes destabilisierte. **Die Verteidigung und Entwicklung der Demokratie bedarf nicht nur einer erheblichen Steigerung der Aktivität der griechischen Bevölkerung, sondern auch eines hohen Maßes an Solidarität von ganz Europa.**

Mit der Änderung des Namens unserer Organisation in der letzten Woche wollten wir die Notwendigkeit einer Verbindung der Kämpfe für Gerechtigkeit im globalen Norden und globalen Süden deutlich machen. Im Zeitalter der globalen Superreichen gilt mehr denn je, dass die meisten Menschen, egal wo sie leben, gleichsam in einem Boot sitzen. Es gibt keinen anderen Weg, wenn die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit tatsächlich angegangen werden sollen.

Genauso wie wir unsere Solidarität mit den Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zeigen, wenn sie mit der riesigen Macht des Finanzkapitals konfrontiert werden, so zeigen wir auch unsere Solidarität mit den Menschen in Griechenland. Griechenland hat eine Flamme entzündet, die das Potenzial hat, ganz Europa einen Weg zu weisen, wie der inhumanen Politik, die unserem Kontinent auferlegt wurde, zu entkommen ist. **Wir werden alle dafür gebraucht, diese Flamme am Leben zu erhalten.**

http://www.globaljustice.org.uk/blog/2015/jan/27/greece-lights-europe

(1)
http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/feb/27/greece-spain-helped-germany-recover
(2)
https://www.jacobinmag.com/2015/01/pablo-iglesias-speech-syriza/
Übersetzung: coorditrad (Hormazdyar Kutar, Werner Horch)

Liste von früheren SiG-Artikeln zu Griechenland
http://sandimgetriebe.attac.at/10366.html

Führende Mitglieder von deutschen Gewerkschaften, Attac-Mitglieder und andere:

Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa

Der politische Erdrutsch in Griechenland ist eine **Chance** nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, **die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.**

Wir unterstreichen erneut die von Seiten der Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren vielfach geäußerte **Kritik**: Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt werden, hatten von Anfang an **nicht die Bezeichnung »Reform«** verdient. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer **brutalen Kürzungspolitik** in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben.

Die **Folge** ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22% gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27%, unter Jugendlichen sogar bei über 50%. Vielen Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil über diese verfehlte Politik.

Mit Reformen, die an den tatsächlichen Problemen Griechenlands ansetzen, hatte all dies nichts zu tun. Keines der strukturellen Probleme des Landes wurde gelöst, es wurden aber zusätzliche geschaffen. **Es war eine Politik des Abbaus, nicht des Aufbaus**. Wirkliche Strukturreformen, die diesen Namen verdienen, bahnen Wege zu neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, anstatt eine hochqualifizierte junge Generation ins Ausland zu vertreiben. Wirkliche Strukturreformen machen ernst mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Wirkliche Strukturreformen bekämpfen Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen.

Die neue griechische Regierung ist herausgefordert, ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines **»Europäischen Investitionsplanes«** werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass derartige Projekte Früchte tragen können.

Mit der neuen griechischen Regierung **muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt** werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. Dies gilt insbesondere für die mit der bisherigen, jetzt abgewählten Regierung vereinbarten **zerstörerischen Auflagen**, unter denen die internationalen Kredite bislang gewährt wurden. Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein »Weiter so« darf es nicht geben!

Die Abwahl der für die bisherige Politik in Griechenland Verantwortlichen ist eine **demokratische Entscheidung**, die auf europäischer Ebene respektiert werden muss. **Die neue Regierung braucht eine faire Chance**. Wer jetzt die Fortsetzung des bisherigen, so genannten Reformkurses verlangt, spricht faktisch der griechischen Bevölkerung das Recht auf eine demokratisch legitimierte Neuorientierung der Politik in ihrem Land ab. Und wenn hinzugefügt wird, eine solche Neuorientierung sei allenfalls möglich, wenn Griechenland aus der Europäischen Währungsunion ausscheide, werden die europäischen Institutionen für unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in den Mitgliedsländern erklärt. So erhalten die erstarkenden nationalistischen Strömungen in Europa zusätzlichen Rückenwind.

Die vielfach beklagten, doch immer noch nicht überwundenen demokratischen Legitimationsdefizite auf europäischer Ebene dürfen nicht zusätzlich durch die Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern zementiert werden. Vielmehr muss, wie viele von uns 2012 in dem Aufruf »Europa neu begründen« hervorgehoben haben, die Demokratie auf EU-Ebene gestärkt werden, wenn dem europäischen Projekt neue Glaubwürdigkeit gegeben werden soll. Das europäische Projekt wird nicht durch Spardiktate gestärkt, sondern nur durch die demokratische Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit.

Diese Initiative muss jetzt im Interesse der Menschen in Griechenland unterstützt werden. Sie gibt zugleich neue Anstöße für einen politischen Kurswechsel in Europa.

Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden!

Erstunterzeichnende

Reiner Hoffmann, DGB;
Frank Bsirske, ver.di
Robert Feiger, IG BAU;
Alexander Kirchner, EVG
Michaela Rosenberger, NGG;
Marlis Tepe, GEW
Michael Vassiliadis, IG BCE;
Detlef Wetzel, IG Metall
Prof. Elmar Altvater,Sozialwissenschaftler
Prof. Brigitte Aulenbacher, Sozialwissenschaftlerin
Klaus Barthel, MdB, SPD, AfA-Vorsitzender
Christiane Benner, IG Metall
Prof. Hans-Jürgen Bieling, Sozialwissenschaftler
Dr. Reinhard Bispinck, Sozialwissenschaftler
Prof. Gerhard Bosch, Sozialwissenschaftler
Prof. Ulrich Brand,Sozialwissenschaftler
Prof. Christine Brückner, Erziehungswissenschaftlerin
Dr. Udo Bullmann, MdEP, SPD;
Annelie Buntenbach, DGB
Prof. Dr. Frank Deppe, Sozialwissenschaftler
Prof. Klaus Dörre, Sozialwissenschaftler
Prof. Trevor Evans, Wirtschaftswissenschaftler
Jens Geier, MdEP, SPD;
Thomas Händel, MdEP, Die Linke
Elke Hannack, DGB
Prof. Arne Heise, Wirtschaftswissenschaftler
Prof. Rudolf Hickel, Wirtschaftswissenschaftler
Olivier Höbel, IG Metall;
Jörg Hofmann, IG Metall
Institut Solidarische Moderne, Vorstand
Dr. Andreas Keller, GEW;
Jürgen Kerner, IG Metall
Cansel Kiziltepe, MdB, SPD;
Stefan Körzell, DGB
Dr. Steffen Lehndorff, Sozialwissenschaftler
Wolfgang Lemb, IG Metall
Prof. Birgit Mahnkopf, Sozialwissenschaftlerin
Lisa Paus, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
Prof. Thomas Sauer, Wirtschaftswissenschaftler
Dr. Wolfgang Schäfer-Klug, Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender
Armin Schild, IG Metall, Mitglied des SPD-Parteivorstands
Prof. Mechthild Schrooten, Wirtschaftswissenschaftlerin
Dr. Thorsten Schulten, Sozialwissenschaftler
Irene Schulz, IG Metall
Prof. Michael Schumann, Sozialwissenschaftler
Ralf Stegner, SPD, stv. Vorsitzender;
Jutta Steinruck, MdEP, SPD
Prof. Olaf Struck, Sozialwissenschaftler
Dr. Axel Troost, MdB, Die Linke
Dr. Hans Jürgen Urban, IG Metall;
Prof. Frieder Otto Wolf, Philosoph
Prof. Karl Georg Zinn, Wirtschaftswissenschaftler
Roman Zitzelsberger, IG Metall

http://www.europa-neu-begruenden.de/ (Die Erklärung kann unterschrieben werden!)

Das Wahlprogramm von Syriza

vorgestellt auf der Internationalen Messe in Thessaloniki am 15. September 2014 von

Alexis Tsipras

DER KONTEXT DER VERHANDLUNGEN

Wir verlangen sofortige Parlamentswahlen und ein starkes Verhandlungsmandat mit dem Ziel, Folgendes zu vereinbaren:

- Streichung des größeren Teils des nominellen Werts der öffentlichen Schulden auf einer **europäischen Schuldenkonferenz**, damit sie tragbar sind. So wie es für Deutschland 1953 möglich war, ist es auch für die südeuropäischen Länder einschließlich Griechenlands möglich.
- Einbeziehung einer „Wachstumsklausel" in die Rückzahlung der verbleibenden Schulden, sodass sie entsprechend der Wachstumsrate und nicht mit Haushaltsmitteln getilgt werden.
- eine ausreichende „Schonfrist" (Moratorium) für die Schuldentilgung, damit Mittel für Wachstum zur Verfügung stehen.
- Ausnehmen öffentlicher Investitionen von den Beschränkungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
- einen **europäischen New Deal** für öffentliche Investitionen, finanziert von der Europäischen Investitionsbank.
- „Geldpolitik der leichten Hand" (quantitative easing) seitens der Europäischen Zentralbank durch direkten Ankauf von Staatsanleihen.
- Schließlich erklären wir erneut, dass die Frage der von den Nazis der Bank von Griechenland abgepressten Zwangsanleihe für uns nicht gelöst ist. Das ist unseren Partnern bekannt und wird vom Tag unseres Regierungsantritts an die offizielle Position unseres Landes sein.

Auf Grundlage dieses Plans werden wir eine sozial verträgliche Lösung für das griechische Schuldenproblem erkämpfen und absichern, sodass unser Land in der Lage ist, die verbleibenden Schulden aus dem neugeschaffenen Reichtum und nicht aus dem Primärüberschuss zu bedienen, wodurch der Gesellschaft Einkommen entzogen würde.

Mit diesem Plan werden wir mit Sicherheit für eine Erholung und einen erfolgreichen Wiederaufbau unseres Landes sorgen können:

- Die öffentlichen Investitionen werden umgehend um mindestens 4 Milliarden € erhöht.
- Das vom Memorandum verursachte Unrecht wird allmählich beseitigt.
- Löhne und Pensionen werden allmählich wieder angehoben, sodass Konsum und Nachfrage gestärkt werden.
- Kleine und mittelgroße Unternehmen bekommen Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen und die Energiekosten der Industrie werden im Austausch gegen Beschäftigung und Umweltschutz subventioniert.
- Wir werden in Bildung, Forschung und neue Technologien investieren, um die vielen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zurückzuholen, die in den letzten Jahren emigriert sind.
- Wir werden den Wohlfahrtsstaat wieder aufbauen, das Recht wiederherstellen und einen leistungsorienterten Staat schaffen.

Wir sind bereit zu verhandeln und wir arbeiten daran, das breitestmögliche Bündnis in Europa zu schaffen.

Die gegenwärtige Regierung Samaras ist wieder einmal bereit, die Beschlüsse der Gläubiger zu akzeptieren. Das einzige Bündnis, um das sie sich sorgt, ist das mit der deutschen Regierung.
Dies unterscheidet uns und das ist schließlich die Alternative: europäische Verhandlungen durch eine Syriza-Regierung oder Anerkennung der Auflagen der Gläubiger für Griechenland durch die Regierung Samaras.
Verhandlungen oder keine Verhandlungen.
Wachstum oder Austerität.
Syriza oder Nea Dimokratia.

Was wird in der Zeit bis zum Abschluss der Verhandlungen passieren?

Mit Syriza für einen Wiederaufbauplan für die griechische Gesellschaft
Wir übernehmen die Verantwortung und legen uns dementsprechend gegenüber der griechischen Bevölkerung auf einen nationalen Wiederaufbauplan fest, der das Memorandum sofort nach unserem Regierungsantritt ersetzen wird, noch vor den Verhandlungen und unabhängig von ihrem Ergebnis.
Der nationale Wiederaufbauplan beruht auf vier Grundpfeilern und zielt darauf ab, den sozialen und wirtschaftlichen Zerfall umzukehren, die Wirtschaft wieder aufzubauen und die Krise zu überwinden.

DIE VIER PFEILER DES NATIONALEN WIEDERAUFBAUPLANS

1. Die humanitäre Krise bekämpfen
2. Die Wirtschaft wieder ankurbeln und Steuergerechtigkeit schaffen
3. Beschäftigungsförderung
4. Umwandlung des politischen Systems zur Stärkung der Demokratie

Erster Pfeiler: die humanitäre Krise bekämpfen

Geschätzte Gesamtkosten: 1,882 Milliarden €

Unser Programm zur sofortigen Bekämpfung der humanitären Krise mit geschätzten Kosten von ca. 2 Milliarden € beinhaltet ein umfassendes Netz von Sofortmaßnahmen mit dem Ziel, einen Schutzschild für die verletzlichsten sozialen Gruppen zu errichten.

- **Kostenlose Elektrizität** für 300 000 Haushalte unterhalb der Armutsgrenze im Umfang von 300 kWh pro Monat und Familie; das sind 3 600 kWh pro Jahr.
  Gesamtkosten: 59,4 Millionen €.
- **Essenszuschüsse** für 300 000 einkommenslose Familien. Die Umsetzung wird mit Hilfe einer öffentlichen Koordinierungsstelle in Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden, der Kirche und Solidaritätsorganisationen erfolgen.
  Gesamtkosten: 756 Millionen €.
- **Wohnraumgarantie.** Das Ziel ist, zunächst 30 000 Wohnungen (30, 50 und 70 m²) bereitzustellen mit einer subventionierten Miete von 3 €/m².
  Gesamtkosten: 54 Millionen €.
- **Wiedereinführung der Auszahlung von Weihnachtsgeld** als 13. Rentenzahlung an 1 262 920 Rentnerinnen und Rentner mit einer Rente von bis zu 700 €.
  Gesamtkosten: 543,06 Millionen €.
- **Kostenlose medizinische und Arzneimittelversorgung** für unversicherte Arbeitslose.
  Gesamtkosten: 350 Millionen €.
- **Sonderfahrscheine für den öffentlichen Personenverkehr** für Langzeitarbeitslose und unterhalb der Armutsgrenze lebende Menschen.
  Gesamtkosten: 120 Millionen €.
- **Rücknahme der Erhöhung der Steuern auf Heizöl und Dieselkraftstoff**, wodurch der Preis für Heizöl von derzeit 1,20 € auf 0,90 € pro Liter zurückgeführt wird.
  Dadurch sind Einnahmen zu erwarten.

Zweiter Pfeiler: die Wirtschaft wieder ankurbeln und Steuergerechtigkeit schaffen

Geschätzte Gesamtkosten: 6,5 Milliarden €
Geschätzte Einnahmen: 3 Milliarden €

Der zweite Pfeiler besteht aus Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Die Priorität liegt auf dem Abbau der Steuerbelastung der Realwirtschaft, der finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Erzeugung von Liquidität und der Steigerung der Nachfrage.

Die übermäßige Belastung des Mittelstands sowie derer, die sich der Besteuerung nicht entziehen können, hat einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger in eine Lage gebracht, die unmittelbar ihre Beschäftigung gefährdet sowie ihr Eigentum, wie gering es auch sein mag, ja sogar ihre physische Existenz, was die noch nie da gewesene Zahl von Selbstmorden belegt.

Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen gegenüber Staat und Sozialversicherung in 84 Raten.

Geschätzte Einnahmen: 3 Milliarden €

Die Zahlung der Summen, die wir jährlich eintreiben wollen (zwischen 5 % und 15 % der Gesamtschulden), wird durch folgende Maßnahmen erleichtert:

1. sofortige Einstellung der Strafverfolgung sowie der Beschlagnahme von Bankguthaben, Erstwohnungen, Löhnen usw. und Ausgabe von Zertifikaten für die Regelung der Steuerschuld an alle, die unter die Abzahlungsregelung fallen.

2. eine zwölfmonatige Aussetzung von Strafverfolgung und Zwangsmaßnahmen bei Schuldnerinnen und Schuldnern, die wegen nachweislich fehlenden Einkommens unter die Abzahlungsregelung fallen.

3. Rücknahme der verfassungswidrigen Definition nicht erfüllter finanzieller Verpflichtungen gegenüber dem Staat als Vergehen (in flagranti delicto).

4. Abschaffung der obligatorischen Anzahlung von 50 % der ausstehenden Schulden als Vorbedingung für eine gerichtliche Anhörung. Die Anzahlung soll von einer Richterin/einem Richter festgelegt werden. Sie wird zwischen 10 % und 20 % betragen, je nach den finanziellen Möglichkeiten der Schuldnerin/des Schuldners.

Sofortige Abschaffung der bestehenden einheitlichen Immobilienbesitzsteuer (ENFIA). Einführung einer Steuer auf große Immobilien. Sofortige Absenkung der Grundsteuersätze pro m².

Geschätzte Kosten: 2 Milliarden €

Es wird einen progressiven Steuertarif mit hohem Freibetrag geben. Mit Ausnahme von Luxusimmobilien wird keine Steuer auf Erstwohnungen erhoben. Ausgenommen sind auch kleine und mittelgroße Wohnungen.

Wiedereinführung des Freibetrags von 12 000 € bei der Einkommensteuer. Erhöhung der Anzahl der Steuerklassen zur Gewährleistung der Steuerprogression.

Geschätzte Kosten: 1,5 Milliarden €

Ermäßigung der Schulden von Personen und Unternehmen durch die Umstrukturierung nicht bedienbarer Schulden („red loans").

Diese neue entlastende Gesetzgebung schließt ein: fallweise die partielle Abschreibung von Schulden von Personen, die sich jetzt unterhalb der Armutsgrenze befinden, sowie die Neubewertung ausstehender Forderungen nach dem Grundsatz, dass die Gesamtverpflichtung gegenüber Banken, Staat und Sozialversicherung ein Drittel des Schuldnereinkommens nicht übersteigen darf.

- Für den Umgang mit Privatschulden wird eine öffentliche Vermittlungsstelle eingerichtet, nicht als „Bad Bank", sondern als eine Institution, die einerseits überfällige Zahlungen an Banken behandelt und andererseits als Bankenaufsicht fungiert, die die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen überwacht.

- In den nächsten Tagen wird Syriza einen Gesetzentwurf vorlegen, der das dauerhafte Verbot der Zwangsräumungen von Erstwohnungen im Wert von unter 300 000 € zum Ziel hat.
- Der Gesetzentwurf schließt das Verbot ein, Schuldtitel und Ansprüche auf Grundstücke zu verkaufen oder abzutreten, um damit Kredite an Finanzunternehmen außerhalb des Bankensektors abzusichern.
- Wir gründen eine öffentliche Entwicklungsbank sowie weitere Spezialbanken. ***Startkapital: 1 Milliarde €.***
- Das Mindesteinkommen wird wieder auf 751 € angehoben. ***Kosten: 0 €.***

Dritter Pfeiler: nationaler Plan zur Beschäftigungsförderung

Geschätzte Kosten: 3 Milliarden €

Ein Nettozuwachs von 300 000 Arbeitsplätzen in allen Bereichen der Volkswirtschaft – dem privaten, dem öffentlichen und dem sozialen – ist die zu erwartende Folge unseres Zweijahresplans zur Beschäftigungsförderung. Ein solcher Plan ist unentbehrlich dafür, Langzeitarbeitslosen, besonders denjenigen über 55 Jahre, sowie jungen Arbeitslosen, an denen sonst das wirtschaftliche Wachstum weitgehend vorbeigehen würde, Arbeit zu verschaffen. Außerdem kommen dank der dadurch entstehenden Einnahmen mehr Menschen in den Genuss der Arbeitslosenversicherung.

- Wiederherstellung des Arbeitsrechts, das von den Memorandumsregierungen stark beschnitten wurde.
- Wiederinkraftsetzung von Tarifverträgen und der sogenannten Nachwirkung von Tarifverträgen sowie des Schlichtungsverfahrens.
- Abschaffung aller Regelungen, die massive und ungerechtfertigte Entlassungen oder den Verleih von Beschäftigten erlauben. **Keine Kosten.**
- Schaffung von 300 000 neuen Arbeitsplätzen. **Geschätzte Kosten im ersten Jahr: 3 Milliarden €.**

Vierter Pfeiler: Umwandlung des politischen Systems zur Stärkung der Demokratie

Geschätzte Kosten: 0 €

Vom ersten Jahr der Syriza-Regierung an treiben wir den Prozess der institutionellen und demokratischen Erneuerung des Staates voran. Wir stärken die Institutionen der repräsentativen Demokratie und wir führen Elemente der direkten Demokratie ein.

1. Regionale Staatsorgane. Verbesserung der Transparenz, Steigerung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Wirksamkeit von Gemeinden und Regionen. Wir stärken Elemente der direkten Demokratie und führen neue ein.

2. Stärkung der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Einführung neuer Institutionen wie Gesetzesinitiativrecht der Bürgerinnen und Bürger, Bürgerveto und Initiativrecht für Referenden.

3. Stärkung der Parlamentsrechte, Einschränkung der Immunität und Aufhebung des rechtlichen Sonderstatus, der Abgeordnete vor Strafverfolgung schützt.

4. Regulierung der Radio- und Fernsehlandschaft, indem darauf geachtet wird, dass alle gesetzlichen Bestimmungen und die finanziellen, steuerlichen und die Sozialversicherung betreffenden Bestimmungen eingehalten werden. Wiedererrichtung des öffentlichen Rundfunk- und Fernsehsenders ERT, ohne dass dadurch Kosten entstehen.

Geschätzte Kosten für die Durchführung des nicht verhandelbaren Sofortprogramms zur Neugestaltung der Gesellschaft

Wir haben die Gesamtkosten des Sofortprogramms zur Bekämpfung der humanitären Krise sowie die Belastung der Staatsfinanzen durch die Abschaffung übermäßiger Steuern berechnet. Sie werden in vollem Umfang wie folgt gedeckt:

1. an erster Stelle durch Maßnahmen und Verfahren zur Abwicklung und Tilgung. Wir planen mindestens 20 Milliarden € der Außenstände von insgesamt 68 Milliarden € innerhalb von sieben Jahren einzunehmen. Das würde den öffentlichen Haushalten ca. 3 Milliarden € zuführen.
2. durch entschiedene Verfolgung der Steuerhinterziehung und des Schmuggels (zum Beispiel von Kraftstoff und Zigaretten), was Entschlossenheit und den politischen Willen erfordert, sich mit den Oligarchen anzulegen.
3. Das Startkapital der öffentlichen Vermittlungsstellen und die Kosten für die Gründung der öffentlichen Entwicklungsbank und weiterer Spezialanken (insgesamt 3 Milliarden €) finanzieren wir aus dem „Finanzpolster" in Höhe von ca. 11 Milliarden € des Hellenischen Finanzstabilitätsfonds für das Bankensystem.
4. Der Beschäftigungsplan kostet 5 Milliarden €, 3 Milliarden € davon im ersten Jahr. Während des ersten Jahres werden die Kosten wie folgt finanziert: 1 Milliarde € aus dem „Brückenprojekt" des strategischen nationalen Aufgabenrahmenplans für die Jahre 2007 bis 2013, 1,5 Milliarden € aus dem entsprechenden Topf für die Jahre 2014 bis 2020 und 500 Millionen € aus speziellen europäischen Instrumenten zur Beschäftigungsförderung.

Angesichts der riesigen Anstrengungen, die für die Sicherstellung der Rentenzahlungen nötig sind, wird unsere Regierung, statt öffentliches Eigentum zu verschleudern, einen Teil davon auf die Sozialversicherungen übertragen.

Das ist das Minimum an Maßnahmen, die unternommen werden müssen, um die katastrophalen Folgen der Privatisierung der Rentenfonds zu kompensieren und das frühere Rentenniveau allmählich wiederherzustellen.

Geschätzte Gesamtkosten: 11,382 MILLIARDEN € **Geschätzte Gesamteinnahmen: 12 MILLIARDEN €**

http://www.transform-network.net/de/fokus/griechenland-entscheidet/news/detail/Programm/what-the-syriza-government-will-do.html

40 Forderungen von Syriza, 2012: http://sandimgetriebe.attac.at/10124.html
Alexis Tsipras: das Europa, das wir wollen (6.Januar 2014): http://sandimgetriebe.attac.at/10813.html

Alexis Tsipras an Deutschland

Was Ihnen bisher nie über Griechenland gesagt wurde

In einem offenen Brief an das "Handelsblatt" am 13. Januar wendet sich Tsipras an die Deutschen.

(…) Die Wahrheit ist, dass die Staatsschulden Griechenlands nicht zurückgezahlt werden können, solange die griechische Volkswirtschaft ständigen fiskalischen Ertränkungsversuchen ausgesetzt ist (**fiscal waterboarding**). Das Beharren auf diese ausweglose und menschenverachtende Politik und das Leugnen mathematischer Tatsachen kostet den deutschen Steuerzahler Unmengen an Geld und das griechische Volk seine Würde. Und führt, noch viel schlimmer, dazu, dass sich Griechen gegen Deutsche und Deutsche gegen Griechen wenden und so dem Ideal eines demokratischen und geeinten Europa tiefe Schäden zufügen.

Deutschland, und vor allem die hart arbeitenden deutschen Steuerzahler haben von einer SYRIZA-Regierung nicht das geringste zu befürchten. Ganz im Gegenteil. Unser Ziel ist es nicht, auf Konfrontation mit unseren Partnern zu gehen, noch mehr Kredite oder einen Freibrief für neue Defizite zu erhalten. Unsere Ziele sind die Stabilisierung des Landes, das Erreichen eines ausgeglichenen Primärhaushaltes und die Beendigung dieses Aderlasses, den deutsche und griechische Steuerzahler dank dieser absolut unangemessenen Kreditvereinbarung über sich haben ergehen lassen müssen. Wir fordern ein Ende des „Extend and Pretend"–Dogmas, und zwar nicht zu Lasten der Bürger Deutschlands, sondern zu unser aller Vorteil.

Liebe Leser, ich weiß, dass hinter der Forderung nach genauester Durchsetzung dessen, was vereinbart wurde, die Befürchtung steht, die Griechen könnten, wenn man es ihnen erlaube, einfach weitermachen wie bisher. Ich habe großes Verständnis für diese Sorge, aber möchte klarstellen, dass es nicht SYRIZA war, die dieses System der Kleptokratie geschaffen hat, sondern eben jene, die heute allzu sehr auf die Einhaltung des Vereinbarten und die Fortführung des Reformprogramms pochen. Selbstverständlich nur, wenn dabei nicht ihre eigenen Privilegien in Gefahr geraten. Wir sind bereit und willens, weitreichende Reform zusammen mit unseren Europäischen Partnern mit dem Mandat unserer Wähler einzuführen.

Unser Ziel ist ein Europäischer New Deal, bei welchem unsere Bürger atmen, etwas neu aufbauen und in Würde leben können.
http://www.transform-network.net/de/fokus/griechenland-entscheidet/news/detail/Programm/-9aff1e6a87.html

Tsipras, Oktober 2014: *"It is important to note that our work doesn't just end with abolishing austerity. Our mission is not simply to carry out the unfinished work of post-war social democracy, but rather to enable the radical transformation of society across Europe, based on socialism and democracy. This is our goal as we seek to form new social alliances that will unite the working and middle classes, the unemployed, the most disadvantaged members of society, intellectuals, and social movements, around a common struggle: the struggle to liberate society from the effects of cutthroat profiteering, and to foster social justice and democracy, an economy that will focus on people's needs, and a welfare state that ensures education, health, and dignity for all.*
To call a halt to the 'free-market' policies responsible for miring Europe in the economic crisis, the European left must have a feasible and realistic political strategy, in addition to a unifying vision – these go together."
http://www.transform-network.net*/de/zeitschrift/jahrbuch-2015/news/detail/Journal/test.html, erscheint demnächst auf Deutsch*

Film: Wer Rettet Wen?
Die Krise als Geschäftsmodell
auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit
Übersicht der Vorführungen:
http://www.whos-saving-whom.org/index.php/de/

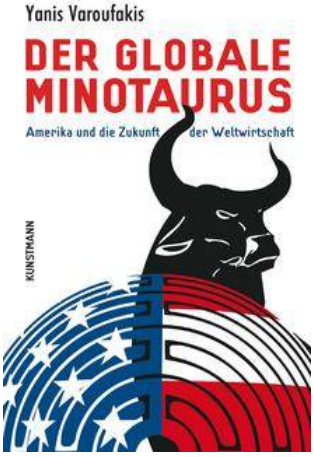
Alexis Tsipras:

Regierungserklärung am 8.Februar 2015
Rede vor der parlamentarischen Fraktion von SYRIZA am 17.Februar 2015
http://wp.europa-neu-begruenden.de/links-2/
Pressekonferenz mit Alexis Tsipras am 27.9.2012
„Die Troika-Medizin tötet Griechenland"
https://www.youtube.com/watch?v=X8u0bVQGbi8#t=12

Interview mit dem griechischen Gesundheitsminister Panagiotis Kouroumplis, 6.Februar 2015
„Wir wollen kein Mitleid, wir wollen eine Lösung, die allen Seiten passt."
http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-02/griechenland-gesundheitsminister-blind-panagiotis-kouroumplis

Ein umfassendes Bild über die Reform-Agenda der Tsipras-Regierung bietet das non-paper, das Varoufakis am 11. Februar in Brüssel vorgelegt hat. Dieses Konzept wurde in englischer Fassung in "Efimerida ton syntakton" zugänglich gemacht,
http://www.efsyn.gr/sites/efsyn.gr/files/wysiwyg/nonpaper-greek-1102.pdf

Yanis Varoufakis
Der globale Minotaurus



Über die Finanzkrise selbst und fehlende Lösungen dazu sind zahlreiche Publikationen erschienen. Yanis Varoufakis aber hinterfragt, wer letztlich die Schuld für die Finanzkrise trägt." Indira Gurbaxani, Süddeutsche Zeitung

"In verständlicher Sprache, die Makroökonomie fest im Blick und unterm Sattel die Bücher des John Maynard Keynes, macht Varoufakis sich ans Werk. (...) Ein kluger Befund zur Lage."
Christiane Müller-Lobeck, taz

"Die Schuld an der aktuellen Krise sieht Varoufakis vor allem bei US-amerikanischen Banken. Um die Finanzkrise in den USA zu überwinden, habe das Land die Kosten auf den Rest der Welt abgewälzt, auch auf Europa, schreibt der Finanzminister in seinem Buch 'Der Globale Minotaurus'."
Stefan Wolff, Deutschlandfunk (30.1.2015)

"Anstatt beim Thema Wachstum bloß auf private Investoren zu setzen und, wie es mit überschaubarem Ergebnis derzeit geschieht, wieder und wieder Geld in Richtung Bankensektor zu leiten, fordert Varoufakis in seinem Buch einen entschiedenen Einsatz der europäischen Institutionen."
Christiane Müller-Lobeck, taz (30.1.2015)

"Nur wenige wirtschaftswissenschaftliche Bücher sind so eloquent, bissig und verständlich geschrieben wie 'Der globale Minotaurus'. Auf knapp 300 Seiten präsentiert Varoufakis eine bemerkenswerte Interpretation globaler Finanzkrisen. Er geht zurück auf den Schwarzen Freitag von 1929, zeigt im Detail, wie die USA mit dem Bretton-Woods-System die weltweiten Einkommensunterschiede für sich nutzten, und er bietet mit dem 'Überschussrecycling' eine erste Lösung."
Mirko Smiljanic, Deutschlandfunk (2.2.2015)

Webseite vom Finanzminister Yanis Varoufakis: http://yanisvaroufakis.eu/

Vorspann zum Buch
„Der Globale Minotaurus“

Die Metapher vom Globalen Minotaurus (1) kam mir während endloser Gespräche mit Joseph Halevi über das, was die Welt nach den Wirtschaftskrisen der 1970 er-Jahre bewegte. Unser Austausch war intensiv, regelmäßig und anregend. Er erstreckte sich über zwei Jahrzehnte, bei Begegnungen in Australien und Europa, von Angesicht zu Angesicht, per E-Mail, in allen möglichen Medien und Stimmungen. Und dabei kristallisierte sich allmählich eine kohärente Sicht des **Weltwirtschaftssystems** heraus, in der die **amerikanischen Defizite eine zentrale und auf paradoxe Weise beherrschende Rolle spielten.**
An die Öffentlichkeit gelangte diese Sicht erstmals 2003 in einem Artikel in **Monthly Review** mit dem Titel »Der Globale Minotaurus«. Darin präsentierten Joseph und ich die Arbeitshypothese, das definierende Merkmal der Weltwirtschaft sei die Umkehrung der Ströme bei den Handels- und Kapitalüberschüssen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte stärkte der Hegemon seine Hegemonie dadurch, dass er **absichtlich seine Defizite vergrößerte,** nachdem er seine globale Überschussposition verloren hatte. Der Trick dabei war, zu verstehen, wie Amerika das anstellte und auf welche tragische Weise der Erfolg dieser Strategie dem **Finanzkapitalismus** den Weg bereitete, der die amerikanische Vorherrschaft stärkte und zugleich die Saat zu ihrem möglichen Ende legte. Es wurde eine interessante Geschichte, die offenbar gut zu dem passte, was viele ganz unterschiedliche Menschen über unsere schöne globale Welt dachten. Und als dann der Crash von 2008 kam, klang unsere Geschichte noch einleuchtender – zumindest für uns.
(1) Die griechische Mythologie beschreibt ihn als schreckliche Kreatur - zur Hälfte Mensch, zur Hälfte Stier, SiG-Red.

Einige Internet-Seiten

Eine Reihe von Internet-Seiten, die nicht unbedingt dem Mainstream entsprechen, schaffen es, in kurzen Abständen zu informieren, hier eine kleine Auswahl:

http://www.stokokkino.gr/index_en.php (**Griechischer Radiosender,** Webseite mit *internationalem Teil*)

https://griechenlandsoli.wordpress.com/ (Vernetzung deutschprachiger Solidaritätsgruppen)

http://www.nachdenkseiten.de/?cat=19) (Hinweise des Tages, Presseschau und viele weitere Informationen)

http://www.transform-network.net/focus/greece-decides.html

http://wp.europa-neu-begruenden.de/links-2/

cadtm.org/Debt-of-the-Northern-countries,613?lang=en

http://blockupy-goes-athens.tumblr.com/

Nachdenkseiten (Artikelauswahl über Griechenland)

troika-Watch

http://syriza-fr.org (französische Seite)

http://www.thepressproject.net/

http://stuttmann.de/karikatur.php?l=int

Foto: Panagiotis Grigoriou: http://www.greekcrisis.fr

Demonstrationen u.a. in Rom, in Paris , in Berlin am 15.Februar
Solidaritätsaktionen vor und nach den Wahlen am 25.Jan: Übersicht in der SiG-Werkstatt für Nr.114,
http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/

Attac Frankreich
Der unzulässige und unverantwortliche Gewaltstreich der EZB gegen Griechenland

5. Februar 2015
Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am Mittwoch den 4. Februar verlautbart, dass sie die normalen Refinanzierungsoperationen der griechischen Banken einstellt.

Die Banken können nicht mehr griechische Staatsanleihen als Garantie hinterlegen, um von der EZB Liquidität zu bekommen. Die EZB entzieht damit den griechischen Banken deren grundlegende Finanzierungsquelle.

Attac verurteilt aufs schärfste diese Entscheidung der EZB.

Diese Entscheidung ist unakzeptabel, denn die EZB hat ihr Mandat überschritten.

Sie hat die Finanzierung der griechischen Banken auf die bloße Vermutung hin aufgekündigt (ihrem Kommuniqué nach), dass keine Übereinstimmung mit der neuen griechischen Regierung hinsichtlich der Neustrukturierung der Schulden gefunden werden könne.

Wie kann die EZB - eine Institution ohne jede demokratische Legitimation – eine dermaßen politische Entscheidung treffen in einem Moment, wo die Verhandlungen gerade erst beginnen?

Diese Entscheidung ist illegitim, denn die Bank wendet sich gegen ein politisches Programm das von den griechischen Wählern bestätigt wurde.

Einmal mehr macht sich die EZB zur Verteidigerin der Gläubiger Griechenlands, um ein Austeritätsprogramm aufzuzwingen, das das griechische Volk ruiniert hat und zum Höchststand griechischer Schulden geführt hat.

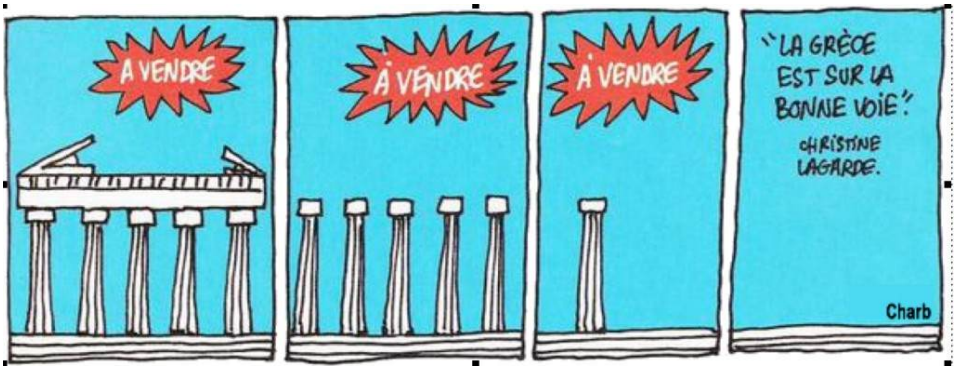
Die Entscheidung der EZB ist unverantwortlich, denn sie kann einen Banken-Run (Bankenpanik) auslösen, dessen Konsequenzen katastrophal sein können für Griechenland und die Euro-Zone als ganzer.

Attac fordert, dass die EZB ihre Entscheidung zurückzieht und die Vorschläge der neuen griechischen Regierung anhört und umsetzt.

Allein eine schnelle Umstrukturierung der griechischen Schulden einschließlich eines Schuldenschnitts ist akzeptabel.

Die grenzenlose Macht der Troika und der Gläubiger muss aufhören.

https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/le-coup-de-force-inadmissible-et
Übersetzung: coorditrad



„Zu verkaufen!“
- Griechenland ist auf dem guten Weg (Christine Lagarde)

Zeichnung von Charb,
also ***Charbonnier,***
Chefredakteur von Charlie Hebdo,
der am 7. Januar 2015 ermordet wurde.

Bilanz der Troika-Politik

Heft vom Netzwerk „Solidarität für Alle“*: „Es ist unser Anliegen, nicht nur vom Ausmaß des Desaster zu berichten, sondern von den verschiedenen Aktivitäten der sozialen Solidarität, die von der griechischen Bevölkerung entwickelt wurden. Diese sind ein integraler Bestandteil des Kampfes für ein Ende der Austeritätspolitik und des Regimes der Notlage, die uns von der Troika und den verschiedenen Regierungen der letzten Jahre aufgezwungen wurden.*
Diese haben unser Land in ein einmaliges Übungsfeld sozialer Experimente verwandelt, mit dem Ziel, diese nach und nach (mindestens) auf die restlichen Länder der EU auszudehnen“ http://www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf

«Human Rights in Times of Austerity Policy», 17.2. 2014, von Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, LL.M. (EUI)
In den fünf Jahren, die das ökonomische Tief mittlerweile andauert, hat sich die **Lage noch dramatisch verschlimmert.** OECD-Länderbericht; mehr hier. **Studie von Medizinern** (The Lanzet);
Säuglingssterblichkeit in Griechenland steigt um 43 Prozent, Diabetiker vor der Wahl: Insulin oder Nahrung, Der Spiegel
Menschenrechtsverletzungen durch Troika-Maßnahmen, SiG 112: s. auch hier

Die “Troika” verlangt großflächige Privatisierungen. Europoly (Tagesspiegel) - mit einer Übersicht der Privatisierungen, nicht nur in Griechenland.
„Die nominell größte Einnahme erzielte der Staat bislang mit dem Verkauf ihrer Anteile an der Lotto-Gesellschaft Opap, für die 652 Millionen Euro eingelöst wurden. Dabei ist die Opap eine Gewinnmaschine, die dem Fiskus jährlich rund 200 Millionen Euro eingespielt hat. Der Staat hätte sich langfristig mehr Einnahmen gesichert, wenn er die Opap nicht verscherbelt hätte. Der Käufer, ein Konsortium aus osteuropäischen und einem griechischen Oligarchen, war im Übrigen der einzige Bieter und konnte so den Preis diktieren. Das gilt auch für alle weiteren Privatisierungen, etwa für die gigantische Immobilie des früheren Athener Flughafens Ellinikon. Das Konsortium, das sie erwarb - der griechische Oligarch Spyros Latsis mit arabischen und chinesischen Teilhabern - zahlte für das küstennahe Areal mit 577 Millionen Euro gerade mal die Hälfte des Schätzpreises.(10) (http://www.monde-diplomatique.de/pm/2015/02/13.mondeText1.artikel,a0004.idx,0)

Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2013 über die **Privatisierung im Erziehungs- und Bildungswesen i**n Griechenland

Weitere Privatisierungsvorhaben auch in Deutschland! Petition: Kein Ausverkauf unserer Infrastruktur an Versicherungen und Banken! http://www.gemeingut.org/gabriel-stoppen/

Europäisches Attac-Netzwerk zur Wahl in Griechenland
Es siegte die Hoffnung – lasst uns sie lebendig erhalten und in der ganzen EU verbreiten

Bei der Wahl in Griechenland am 25. Januar 2015 siegte die Hoffnung über Furcht und Resignation. Das eröffnet der griechischen Bevölkerung die Möglichkeit, erstmals eine linke Regierung zu bekommen. Der Sieg weckt Zuversicht, nicht nur in Griechenland, sondern bei allen Europäerinnen und Europäern, die ihre Solidarität im Kampf gegen die von der Troika bestimmte Austeritätspolitik bekundeten.

Die Solidarität wurde während des Wahlkampfs deutlich sichtbar, nicht nur durch die Teilnahme an Zusammenkünften in Griechenland, sondern auch durch Aktionen in ganz Europa. So haben gewissermaßen wir alle Anteil an diesem historischen Sieg. Das Wahlergebnis ermutigt uns alle, denn bei dieser Wahl haben Bürgerinnen und Bürger auf demokratische Weise ihr Recht zu entscheiden zurückerlangt.

Mit ihren ersten Maßnahmen und Verlautbarungen beweist die neue Mehrheit ihre Entschlossenheit, die Austeritätspolitik in Griechenland und im übrigen Europa zu bekämpfen und die Bürgerinnen und Bürger von der Last der Staatsschulden zu befreien, die als Instrument zur Durchsetzung einer neoliberalen Politik genutzt werden, die der Ausübung demokratischer Rechte und jedem Verständnis für soziale Gerechtigkeit entgegensteht. Der Kampf wird schwer sein und dauerhafte Unterstützung erfordern. Das EAN ist gewillt, diesen Kampf zu unterstützen, der unser gemeinsamer Kampf für einen Politikwechsel in Europa ist.

Leicht wird das nicht sein und manchmal mögen Maßnahmen auf Kritik stoßen. Das EAN wird ein wachsames Auge auf die Entscheidungen der von SYRIZA geführten Regierung haben. Das Hauptkriterium für die Unterstützung der Regierung, die sich erwartungsgemäß mit schwierigen Bedingungen konfrontiert sieht, wird sein, inwieweit die einzelnen Maßnahmen dazu beitragen, die Austeritätspolitik zu beenden, demokratische Institutionen zu stärken, die Beeinträchtiung unserer Bürgerrechte durch Marktkräfte zu beenden sowie in der gesamten EU einen ökologischen Wandel einzuleiten und soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Staatsverschuldung in Europa uns alle betrifft und dass sie gerade in Griechenland wegen der untragbaren Höhe von existenzieller Bedeutung ist, treten wir für eine europäische Schuldenkonferenz ein, die sich an der Londoner Konferenz von 1953 orientiert, bei der die Verschuldung Deutschlands vor und nach dem Zweiten Weltkrieg verhandelt wurde. Sie soll auch dazu genutzt werden, die Rolle und die Befugnisse der EU-Institutionen neu zu definieren.

Übersetzung: Werner Horch

Die LINKE: Hoffnung für einen demokratischen Aufbruch in Europa

(…) Mit der Regierung Tsipras besteht die reale Chance für eine andere, die Menschen in den Vordergrund rückende Politik. Erste mutige Schritte zur Verbesserung der sozialen Lage und zum Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft im öffentlichen Interesse sind bereits unternommen worden.
Dies hat Auswirkungen auf die anderen europäischen Länder.
Insbesondere in Südeuropa, wo die schädlichen Folgen der Politik der Troika am stärksten spürbar sind, gewinnen die Menschen ihre Würde zurück und kämpfen gegen die unsoziale Austeritätspolitik und die Aushöhlung der Demokratie in der EU. Einige linke politische Kräfte, die an diesem Kampf teilnehmen und Lösungen für einen Ausweg aus der Krise vorschlagen, gewinnen an Kraft.
Auch in Nordeuropa haben sich die Bedingungen für den Kampf gegen die neoliberale Politik verbessert. Auch in diesen Ländern gibt es starke Kritik an Armut, Arbeitslosigkeit und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. So wurde gerade in Deutschland, dem Land, das am stärksten der europäischen Politik seinen neoliberaler Stempel aufdrückt, Prekarität und Niedriglohnsektor stark ausgeweitet und haben die Einkommens- und Vermögensunterschiede erheblich zugenommen.
Wir sind solidarisch mit dem Kampf des griechischen Volkes und unterstützen die neue griechische Regierung. Der Kampf der griechischen Bevölkerung gegen Austerität und für die Rückgewinnung von Würde und Selbstbestimmung ist auch unser Kampf.
Von den Wahlen in Griechenland könnte ein Aufbruch ausgehen, der linke Kräfte in Europa stärkt und einen dringend notwendigen Pfadwechsel der Politik in Europa einläutet. **Doch das ist kein Selbstläufer**, der Widerstand in Europa muss sich formieren. Entschieden wenden wir uns gegen alle Versuche, die demokratische Entscheidung des griechischen Volkes zu unterlaufen oder gar die Regierung Tsipras erpressen zu wollen. Die neue griechische Regierung fordert faire Verhandlungen und Zeit, um ein Vorschläge für eine neue Einigung mit der EU zu entwickeln. Dies ist ein faires, verständliches und nachhaltiges Angebot. Wir fordern die europäischen Institutionen und insbesondere auch die Europäischen Zentralbank auf, das zu unterstützen.

Wir unterstützen die Forderungen von Syriza, weil sie die Forderungen vieler Menschen in Europa und aller linken Kräfte in Europa sind.
Insbesondere fordern wir:

- Eine **europäische Schuldenkonferenz** nach dem Muster der Londoner Konferenz von 1953 mit der Zielsetzung einer Lösung der Schuldenproblematik – nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Europa.
- Die **Macht der Banken muss eingeschränkt**, die Staaten aus der Erpressbarkeit durch die Finanzmärkte befreit werden. Die **EZB** muss für die Mitgliedsstaaten als „lender of last ressort“ fungieren und Direktkredite zu günstigen Zinsen vergeben.
- Statt der Orientierung auf Austeritätspolitik muss als Maßstab der europäischen Wirtschaftspolitik eine **nachhaltige, sozialökologische wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und soziale Sicherheit** stehen.
- Ein **gerechtes Steuersystem** mit der Besteuerung von Finanztransaktionen und stärkerer Besteuerung von hohen Einkommen und großen Vermögen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um Steuerflucht effektiv zu bekämpfen.
- **Öffentliche Investitionsprogramme** für die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge und eine **ökologisch und sozial nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung**
- Ein **Zukunftsprogramm gegen die Massenerwerbslosigkeit, insbesondere der Jugenderwerbslosigkeit.**

Wir kämpfen für ein Ende der Troika-Politik in Europa und für die Entwicklung eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas. Dafür werden wir jetzt aktiv. **Wenn eine soziale Alternative und ein demokratischer Aufbruch scheitern, droht eine weitere Stärkung der extremem Rechten und Neo-Nazis in Europa.** Wir treten für eine Politik ein, die nicht nur eine Alternative zur neoliberalen Austeritätspolitik darstellt, sondern auch eine klare Absage an die nationalistische, xenophobe und rassistische Politik der politischen Rechten beinhaltet. Das Fundament unserer Politik ist die Solidarität.
Ein solcher Politikwechsel kann nur gelingen, wenn wir eine **breite Plattform** von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bilden. Hierzu laden wir in den nächsten Wochen zu Gesprächen ein.
Wir rufen alle linken Parteien, soziale Bewegungen und progressiven Kräfte auf, den neuen griechischen Weg zu unterstützen und damit für ein Ende der unsozialen Kürzungspolitik in Europa und für ein solidarisches, soziales, demokratisches und friedliches Europa zu kämpfen.

http://www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/hoffnung-fuer-einen-demokratischen-aufbruch-in-europa/

600 Ökonom_innen weltweit: Aufruf für Griechenland

Die Schulden Griechenland sind unhaltbar! Wir verurteilen die Nötigung der Regierung

Wir, die Unterzeichner_innen, appellieren an die Regierungen Europas, an die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und den IWF, die Entscheidung des griechischen Volkes, einen neuen Kurs einzuschlagen, zu respektieren und guten Glaubens in Verhandlungen mit der neuen Regierung Griechenlands zur Lösung des griechischen Schuldenproblems einzutreten.

Die griechische Regierung besteht zu Recht auf neuen Konzepten, denn die bisherigen sind gescheitert. Sie haben nicht zu wirtschaftlichem Aufschwung und finanzieller Stabilität geführt. Sie haben die griechische Gesellschaft stark belastet und ihre Institutionen geschwächt. Diese Vorgehensweise ist untauglich und hat zu keinem Fortschritt geführt, den es zu bewahren gilt. Wir bitten Griechenlands europäische Partner dringend, diese Tatsache zu akzeptieren, denn ohne sie wäre diese neue Regierung niemals gewählt worden.

Griechenland braucht sofortige humanitäre Unterstützung, einen höheren **Mindestlohn**, neue **Arbeitsplätze**, Investitionen und Maßnahmen zur Wiederherstellung und Verbesserung von grundlegenden Dienstleistungen wie **Bildung** und **Gesundheitspflege**. Das Land braucht ein leistungfähigeres und progressiveres **Steuersystem**, das sich weniger auf die Mehrwertsteuer stützt und effektiver bei der Besteuerung von Einkommen und Vermögen vorgehen kann. Es muss die **Korruption bekämpfen**, bestrafen und ausrotten. Die neue Regierung braucht finanzpolitischen Spielraum, um diese Maßnahmen einführen und ihre Wirksamkeit unter Beweis stellen zu können, und die ununterbrochene finanzielle Unterstützung durch die Europäische Zentralbank ist unabdingbar, um den Finanzsektor zwischenzeitlich stabil zu halten. Wir bitten Griechenlands europäische Partner und die involvierten Institutionen dringlich, diesen finanzpolitischen Spielraum und diese Unterstützung bereitzustellen.

Zu Recht strebt die griechische Regierung einen Erlass der ihren europäischen Partnern geschuldeten Gelder an. **Diese Schulden sind unhaltbar** und werden deshalb ohnehin nicht komplett zurückgezahlt werden. Deshalb entsteht **durch einen Schuldenerlass auch kein wirtschaftlicher Schaden,** weder für ein anderes Land noch für dessen Steuerzahler. Ganz im Gegenteil wird ein Neubeginn Griechenlands dazu beitragen, auch seinen Partnern neue Aktivitäten, Einkünfte und Gewinne zu verschaffen. Wir bitten die Gläubiger Griechenlands, diese Gelegenheit wahrzunehmen und ihren eigenen Bevölkerungen diese Fakten klar und ehrlich darzulegen.

Bei all diesem geht es auch um die Zukunft ganz Europas. Eine Politik des Drohens und der Angstmache, eine Politik der Fristsetzungen, des Starrsinns und der Erpressung würde allen Europäern nur zeigen, dass **das europäische Projekt** gescheitert ist. Es wäre dann moralisch, politisch und wirtschaftlich gescheitert. Wir bitten Europas Führungsspitze, jeden **Versuch einer Nötigung der Regierung und des Volkes Griechenlands zurückzuweisen und zu verurteilen.**

Ein Erfolg Griechenlands kann Europa allerdings den Weg zu neuem Wohlstand und Stabilität weisen mit einer neuen Rolle für die **Demokratie** und einer neuen Offenheit für Wahlen, die zu konstruktiven Veränderungen führen. Wir stehen gemeinsam mit Griechenland und Europa, für die Demokratie und für den Wandel.

Wir bitten die Spitzenpolitiker Europas, die griechischen Entscheidungsprozesse, die das Resultat einer hart erkämpften und entschieden demokratischen Auswahl sind, zu respektieren, und den Weg einer realistischen Wertung und eines sinnvollen Verhandelns einzuschlagen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sabine Tober

http://blogs.mediapart.fr/edition/english-club/article/050215/scholars-appeal-greece

DGB fordert Politikwechsel in Europa

PM 008 – 26.01.2015 "Es muss endlich Schluss sein mit einer Sparpolitik, die vor allem auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird, und in Griechenland wie in anderen Ländern zu skandalösen Lebensverhältnissen geführt hat. 800.000 Menschen in Griechenland haben keine Krankenversicherung, über 50 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos, Sozialleistungen wurden dramatisch gesenkt - aber die Verursacher der Krise werden nicht zur Verantwortung gezogen", sagte Hoffmann. "Der politische Kurswechsel der EU muss jetzt eingeleitet werden, in Griechenland und in allen anderen Krisenländern - weg von Spardiktaten, hin zu Investitionen. Ich erwarte, dass die deutsche Bundesregierung dieses demokratische Wahlergebnis respektiert und Syriza unterstützt, statt wieder wilde Spekulationen zum Euro zu führen. "

Team von „Griechenland Entscheidet“

Einschätzungen zu den Wahlergebnissen und der neuen Regierung in Griechenland

<u>These 1: Der Wahlausgang ist ein historischer Sieg für alle, die in Europa gegen die Verarmungs-politik kämpfen.</u>

Lassen wir uns nicht den Blick aufs Wesentliche verstellen: Der 25. Jänner war ein historischer Tag in der jüngeren europäischen Geschichte. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wurde in einem EU-Land eine Partei an die Regierung gewählt, die für eine echte Alternative zum neoliberalen Kapitalismus steht. Das wird die europäische politische Landschaft grundlegend verändern. SYRIZA wird den Widerstand gegen den verfehlten Kurs der EU-Eliten – ob in der Frage der Austeritätspolitik, der Migrationspolitik oder von TTIP – in die Institutionen der Europäischen Union tragen. Das wird die Voraussetzungen für Kämpfe außerhalb Griechenlands, ob in Bewegungen, Gewerkschaften oder Parteien, verbessern.

Auch wenn SYRIZA die absolute Mehrheit knapp verfehlt hat, ist ihr Sieg eindrucksvoll. Er ist das Ergebnis jahrelanger, konsequenter politischer Arbeit und eines Einigungsprozesses der pluralen griechischen Linken. So wie SYRIZAs Sieg ohne die sozialen Bewegungen und Kämpfe in Griechenland nicht möglich gewesen wäre, wird auch der Erfolg ihrer Regierung von ihnen abhängen. Angesichts der Übermacht von europäischen Eliten, nationalen Oligarch_innen und internationalen Finanzmärkten braucht die Regierung den Druck von Kämpfen in Betrieben, Parteien und auf der Straße, um Kurs halten zu können.

Die eigentliche Auseinandersetzung beginnt erst jetzt. Die Menschen in Griechenland erhalten die Chance, die humanitäre Krise zu beenden und um einen wirtschaftlichen Neubeginn zu verhandeln. Wir in anderen europäischen Staaten bekommen die Möglichkeit, diese Dynamik zu nützen, um einen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel auch bei uns voranzutreiben.

<u>These 2: Es gibt für SYRIZA keine gute Koalitionsoption. Die Entscheidung für ANEL zielt darauf ab, kurzfristig die wichtigsten Forderungen umzusetzen.</u>

SYRIZA hat mit 149 von 300 Abgeordneten die absolute Mehrheit knapp verfehlt, ist also auf eine Koalition angewiesen. Eine

Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen PASOK hat SYRIZA ausgeschlossen, da diese die Troika-Politik mitgetragen hat. Wunschpartner war die Kommunistische Partei **(KKE)**, die 15 Sitze erreicht hat. Diese schließt jedoch seit Jahren jegliche Kooperation mit SYRIZA aus und ändert ihre kompromisslose Linie auch in diesem historischen Moment nicht. Ihr Vorsitzender Dimitris Koutsoumbas sagte, es sei „undenkbar", eine Koalition mit SYRIZA zu bilden, „um die EU, den Euro und die großen Monopole zu retten". Die KKE hat den EU-Austritt zum Glaubenssatz erhoben, auch gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung.

Da der Wunschpartner nicht bereit ist, bleiben SYRIZA drei schlechte Optionen: Neuwahlen, eine Koalition oder Zusammenarbeit mit TO POTAMI oder ANEL. Keine Regierung zu bilden und damit eine Neuwahl auszulösen, würde als Flucht vor der Verantwortung ausgelegt werden. Zudem würde der neue Wahltermin Ende Februar gefährlich nahe ans offizielle Ende des Troika-Programms fallen. Beides würde die Chancen von Anti-SYRIZA-Propaganda („regierungsunfähig") und Erpressung („Kapitalflucht") im Wahlkampf erhöhen.
TO POTAMI (17 Mandate) ist eine Partei, die am ehesten als post-politisch zu charakterisieren ist: Sie ist erst ein Jahr alt und auf ihren Gründer, den TV-Journalisten Stavros Theodorakis, konzentriert. Er verfügt über enge Verbindungen zur griechischen Oligarchie und genießt die Unterstützung der privaten Medien. TO POTAMI wird bei uns als „linksliberal" bezeichnet, vertritt aber neoliberale und rassistische Positionen, etwa Migrant_innenquoten für Stadtviertel. Zudem grenzen sie sich als „pro-europäisch" von SYRIZA ab. In harten Verhandlungen mit der Troika könnte die Partei zur Gegnerin in der eigenen Regierung werden.
ANEL (13 Mandate) wiederum ist in der Frage der Verhandlungen auf einer Linie mit SYRIZA. Die Partei lehnt die Troika-Programme aus nationalistischen Gründen ab. Sie entstand 2012 als Abspaltung von der konservativen ND, nachdem diese dem zweiten Troika-Abkommen zugestimmt hatte. ANEL tritt seither konsequent gegen die Kürzungspolitik auf. Sie war rund um die gescheiterte Wahl des Präsidenten im Parlament, die zur gestrigen Neuwahl führte, ein verlässlicher Partner für SYRIZA. Ein wichtiges Thema ist für ANEL der Kampf gegen Korruption und Steuerbetrug. Sie hat keine Verbindung zu den alten politischen Eliten.
Zugleich darf nicht verschwiegen werden, dass ANEL in anderen Fragen rechtskonservative Positionen vertritt. Sie steht der griechisch-orthodoxen Kirche nahe und gibt sich betont patriotisch. Ihr Nationalismus richtet sich stark auf den Namensstreit mit Mazedonien – eine Frage, die in den nächsten Monaten wohl keine große Rolle spielen wird. Mit Aussagen über Migration und Flüchtlinge hat sich ANEL zuletzt zurückgehalten, um eine mögliche Koalition mit SYRIZA nicht zu gefährden. ANEL ist zweifellos eine rechte Partei mit einigen inakzeptablen Positionen, allerdings nicht mit den Neonazis von der Goldenen Morgenröte gleichzusetzen.
SYRIZA geht davon aus, in der Zusammenarbeit mit ANEL keine Abstriche am Sofortprogramm für die ersten Monate machen zu müssen. In den zwei Kernpunkten – Bekämpfung der humanitären Krise und Verhandlungen über einen Schuldenschnitt – ist man sich mit ANEL einig. Wie sich die Zusammenarbeit darüber hinaus gestalten und welche Rolle ANEL in der Regierung spielen wird, ist zunächst offen. Themen, in denen die zwei Parteien teilweise fundamental unterschiedliche Positionen vertreten, sollen kurzfristig ausgespart werden.

These 3: Der Kampf um Europa hat gerade erst begonnen – und wir müssen uns aktiv an ihm beteiligen.

Die erste und schwierigste Aufgabe der neuen Regierung ist die Konfrontation mit den europäischen Eliten. Konkreter Streitpunkt wird die Frage eines Schuldenerlasses für Griechenland sein. Die Staatsschulden sind während der Troika-Jahre massiv angestiegen, liegen heute bei 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ersticken jeden Versuch, die griechische Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Zugleich fürchten die EU-Eliten nichts mehr als einen Erfolg SYRIZAs in dieser Frage: Sollte es Griechenland gelingen, die Krisenlasten gerechter zu verteilen, werden andere Länder folgen. Jeder Etappensieg von SYRIZA würde etwa PODEMOS in Spanien stärken, wo Ende des Jahres ebenfalls gewählt wird.

Doch die Eliten können einen Rauswurf oder ein Hinausdrängen Griechenlands aus der Eurozone kaum riskieren. Die ökonomischen und politischen Konsequenzen wären nicht absehbar. Akteur_innen wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel oder der EZB-Präsident Mario Draghi würden ihre eigenen, jahrelangen Bemühungen untergraben, die Eurozone um jeden Preis zusammenzuhalten.

Die Verhandlungen dürften zum Drahtseilakt werden. Ein wesentlicher Teil der Auseinandersetzung wird auf propagandistischer und psychologischer Ebene stattfinden: Drohungen und Erpressungsversuche seitens der EU-Eliten sind zu erwarten. Wir sollten vorsichtig bleiben und nicht alles, was in den nächsten Monaten über die griechische Regierung gesagt und geschrieben wird, für bare Münze nehmen.
SYRIZA hat zahlreiche kompetente Ökonom_innen in ihren Reihen. Die Partei verfügt zweifellos über die nötige Expertise, um die Verhandlungen auf Augenhöhe führen zu können. Ob sie den Poker auch gewinnen kann, hängt von zwei Faktoren ab: Zum einen braucht die Regierung die aktive Unterstützung der griechischen Bevölkerung und vor allem der Bewegungen. Zum anderen ist sie auch auf Beistand von außen angewiesen: Wir sind gefragt, Druck auf unsere Regierungen und die EU-Eliten auszuüben, damit sie einer fairen Lösung der Schuldenproblematik zustimmen – als erstem Schritt in Richtung eines grundlegenden politischen Wandels.

These 4: Die internationale Solidarität wird schwieriger, ist zugleich aber wichtiger denn je.

Die internationale Solidarität der letzten Wochen war beeindruckend. Die vielfältigen Aktivitäten unterschiedlicher Gruppen in vielen europäischen Staaten haben erreicht, dass die Angst- und Hetzkampagne gegen SYRIZA nicht dieselbe Wirkung entfalten konnte wie bei den Wahlen 2012.

Jetzt, wo es eine neue Regierung gibt, die den Konflikt mit den nationalen und europäischen Eliten führen wird, ist unsere Solidarität noch wichtiger und zugleich schwieriger geworden. Die Sorgen über die Zusammenarbeit mit ANEL sind berechtigt. Ob alle Maßnahmen der Regierung unseren Hoffnungen entsprechen werden, bleibt offen. Zu internationaler Solidarität gehört auch Kritik – sie darf sich aber nicht darin erschöpfen. Aus unserer Sicht ist Kritik selbstverständlich legitim, sollte aber nicht die gemeinsame Sache aus den Augen verlieren. Die Position, sich ins Eck der reinen Lehre zurückzuziehen und SYRIZA dogmatisch zu attackieren, lehnen wir ab.
Jetzt ist nicht die Zeit für Zynismus, sondern für Hoffnung. Ob SYRIZA erfolgreich sein kann, hängt von uns allen ab.
Wir müssen den Druck erhöhen und der Regierung und den Menschen in Griechenland die nötigen Räume verschaffen, um eine neue Politik wagen zu können. Dieser historische Moment ist die beste Chance auf einen echten Wandel in Europa seit langer Zeit. Nützen wir sie.
First we take Athens, then we take …!

http://mosaik-blog.at/hoffnung-statt-zynismus-vier-thesen-zur-griechenland-wahl/

„Griechenland entscheidet"
Österreichischer Zusammenschluss

Hinweis:
Gregor Kritidis und Patrick Schreiner: Griechenland: SYRIZAs Dilemma und die verlogenen Reaktionen in Deutschland,
http://www.sopos.org/aufsaetze/54cb41933e051/1.phtml

Elisabeth Gauthier

Wie kam Syriza zu einem solchen Erfolg?

Einige erste Betrachtungen

Der historische Sieg von Syriza ist nicht das Ergebnis eines einfachen Zusammentreffens von Ereignissen. Schon 2012 zeigte sich Syriza als bedeutende Kraft, als wichtigste linke Kraft, die es wagte, große politische Ambitionen anzumelden, indem sie die Wähler dazu aufrief,mit ihrer Stimme für Syriza nicht Protest, sondern den Wunsch nach Übernahme der Regierung auszudrücken. Bereits 2012 wurde klar, dass die alte PASOK, ein Pfeiler der europäischen Sozialdemokratie, jegliche Fähigkeit verloren hatte, ein von den Neoliberalen unterscheidbares Projekt vorzulegen, welches sich mit der Troika anlegen und einen Ausweg aus der Krise darstellen könnte. Doch die Angst vor dem Unbekannten überwog noch den Wunsch nach einem Politikwechsel.

Gewiss ist der Zugewinn von Syriza bei Wahlen seit einigen Jahren rapide, doch ist der jetzige Erfolg das Ergebnis eines intensiven Prozesses mit viel Arbeit, Mobilisierung, ideologischer Auseinandersetzung und inhaltlicher Vertiefung, sowie vielfältigen tief in der Gesellschaft verwurzelten Aktivitäten. Er ist zudem das Ergebnis konkreter alltäglicher Aktionen, intensiver politischer Debatten, solidarischen Handelns mit zahlreichen Bürgern, um durch Selbstorganisation elementare Bedürfnisse zu befriedigen. So konnte Syriza als jene Kraft wahrgenommen werden, die heute am besten in der Lage ist, auf die Bedürfnisse zu antworten. Die Herausbildung dieser neuen politischen Kraft aus nächster Nähe zu beobachten, ist für alle linke Akteure von Interesse.

Syriza ist keine alte, traditionelle Partei, sondern das Ergebnis sowohl eines Sammlungsprozesses verschiedener, bisweilen neuer Kräfte mit unterschiedlichen Traditionen, als auch der Zusammenarbeit mit zahlreichen sozialen Bewegungen. Dass es gelang, alle diese Kräfte für ein gemeinsames Ziel zu vereinigen, ist einer der großen Erfolge, die diesen Sieg ermöglicht haben.

Seit rund zehn Jahren sind in Synaspismos und dann in Syriza junge Menschen mit wesentlichen Verantwortlichkeiten betraut worden. Diese junge Leute haben große Fähigkeiten in der Entwicklung neuer demokratischer, sehr weltoffener Praktiken, und sind in der Lage, eine aktive Rolle in sozialen Bewegungen wie der der „Empörten/Indignados“ zu spielen.

Seit 15 Jahren sind bedeutende AktivistInnen aus den verschiedenen Komponenten Syrizas an der Schaffung neuer öffentlicher Räume, von Sozialforen, von Denk- und Kampfnetzwerken, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene maßgeblich beteiligt. Und so konnten zahlreiche Verantwortliche der heutigen Syriza Kooperations- und Freundschaftsbeziehungen mit jenen Kräften knüpfen, die in vielen Ländern für ein anderes Europa kämpfen. Daraus erklärt sich zu einem wesentlichen Teil die starke Mobilisierung für Syriza in Europa. Viele der Analysen und Vorschläge, die sich heute im Programm von Syriza befinden, entstanden aus diesen Diskussionen und geteilten Erfahrungen. Die theoretischen Beiträge und Expertisen, die Syriza heranzog bzw. heranziehen wird, sind das Ergebnis einer kontinuierlichen Arbeit, die sehr offen für Beiträge von außerhalb ist. Dieser tiefgreifende und dauerhafte Austausch erlaubte auch die Herausbildung qualifizierter Kollektive , die bei Bedarf auch die entsprechenden Entscheidungen treffen können. Auf diese Weise konnten der Umgang mit der europäischen Frage und mit der Euro-Frage, trotz heftiger interner Debatten, klar und überzeugend gelöst werden. Die Kandidatur von Alexis Tsipras um das Präsidentenamt der Europäischen Kommission bei den Europawahlen von 2014 hat dazu beigetragen, die Vorstellung zu stärken, dass die Völker Europas nur gemeinsam ein anderes Europa werden schaffen können und hat den linken Kräften in mehreren Ländern Schwung gegeben. Sie hat zur Entstehung eines neuen Bewusstseins über die europäische Dimension der Kämpfe beigetragen. Das Sichtbarwerden von Podemos als aufsteigende Kraft wie auch die Verstärkung der Solidarität in Europa in den letzten Wochen haben das Bestreben Syrizas nach Veränderung der europäischen Regelungen glaubwürdiger gemacht. Man kann darüber hinaus hoffen, dass die radikale Linke im Verlauf der 2015 anstehenden Wahlen in mehreren Ländern spürbar stärker wird.

Das Programm, das aus einem gemeinsamen Arbeitsprozess von Experten und Menschen mit viefältigen praktischen Alltagserfahrungen entstanden ist, konnte zu einem Faktor der Hoffnung werden, weil es offensiv, realistisch und in sich schlüssig ist, weil es insbesondere den konkreten Bedürfnissen der unteren und Mittelschichten Rechnung trägt und weil es für alle verständlich ist. Es ist der Ausdruck eines konkreten politischen Willens und nicht eines ideologischen Diskurses. Es behandelt die Schuldenfrage und ein New Deal als europäische Herausforderungen, die den Interessen der Bevölkerungen aller europäischen Ländern entsprechen würden. Es stellt nicht die Interessen Griechenlands denjenigen anderer Länder gegenüber. Der Kampf gegen die Oligarchie, gegen die Austerität und für eine Alternative nimmt so einen auch jenseits der griechischen Grenzen verständlichen Tonfall an und erlaubt es, die Grundlagen für gemeinsame Kämpfe zu schaffen. Diese neue Wirklichkeit sollte uns veranlassen, die Kräfteverhältnisse in Frankreich zu verändern und dazu beizutragen, dass eine kraftvolle Ablehnung der Austerität in Europa entsteht, so dass die französische und andere Regierungen gezwungen werden, den Kurs zu wechseln. Sie muss uns zudem veranlassen, an den „Baustellen der Hoffnung“ zu arbeiten, um der Linken in unserem Lande eine neue Dynamik zu verschaffen.

Erschienen in der französischen Zeitung „L'Humanité“ vom 27.01.2015
Übersetzung: Hans-Hermann Bohrer (coorditrad), von E.G. durchgesehen.

Blockupy-Koordinationskreis

Statt eines Kommentars: Treffen wir unsere Wahl. #18M

1. Februar 2015

(…) Die griechische Bevölkerung hat nicht akzeptiert, was als alternativlos gilt. Sie hat ihre eigene Krise – die Krise des Alltags, der Gesundheitsversorgung, der Flüchtlinge und Migrant_innen, der Beschäftigten und Erwerbslosen, der Schulen und Familien – dorthin zurück gebracht, wo sie hergekommen ist: in das deutsche Europa der Troika, der Spardiktate und der Ausgrenzung. Sie hat nach den erbitterten Abwehrkämpfen der letzten Jahre nicht klein beigegeben und resigniert. Wir möchten das ohne Pathos sagen: Wir verneigen uns vor dieser Entschlossenheit und Rebellion, vor dem langem Atem und der Hoffnung, die davon ausgeht.

Der 18. März ist nun unsere Gelegenheit und gleichzeitig unsere Verantwortung, darauf eine eigene Antwort zu finden. In Frankfurt, Deutschland. Vor der EZB und mit unseren Freund_innen aus ganz Europa und darüber hinaus. Auch deshalb haben wir ja Blockupy 2012 „erfunden“, entschie-

den daran festgehalten und zu einem transnationalen Raum, der auch in Frankfurt, in Deutschland agiert, entwickelt.
Wir sagen das auch deswegen, weil wir keine falschen Hoffnungen haben, was durch die Wahl in Griechenland möglich geworden ist. Den Krisenkapitalismus kann man nicht einfach abwählen. Eine andere, bessere Welt wird nicht per Kabinettsbeschluss eingeführt, sondern durch den Aufbau einer Demokratie von unten und über alle Grenzen hinweg. Deswegen stellen wir uns auch nicht an die Seite irgendeines Regierungsprojekts. Das ist nicht unsere Frage, das ist nicht unsere Aufgabe. Wir stehen an der Seite der solidarisch kämpfenden Menschen in Griechenland und der gesellschaftlichen Linken.

Aber solange die neue Regierung deren Kämpfe in die europäischen Institutionen trägt, anstatt die Zwänge der Austerität an die eigene Bevölkerung weiterzugeben, ist sie eine Chance für uns alle. Denn damit eröffnet sich ein Raum für eine neue Qualität der politischen Auseinandersetzung um das Krisenregime und den Neoliberalismus. Das kann einen Dominoeffekt in Gang setzen, in Spanien, Italien und anderswo. Die Öffnung solch eines politischen Korridors ist das, was jetzt alle von Syriza erwarten – und woran sich Syriza in Zukunft zu messen haben wird.
Und das gilt selbstverständlich auch für alle anderen Kämpfe in der griechischen Gesellschaft: die der Migrant_innen, der LGBTs, der Antifaschist_innen, der Aktivist_innen gegen Zwangsräumungen, Privatisierungen und zerstörerische Großprojekte.

Gerade vor dem Hintergrund der Koalition mit der rechtspopulistischen ANEL dürfen wir insofern jetzt nicht in das alte Denken des Hauptwiderspruchs zurück fallen. Die Chance der griechischen Wahl misst sich daher nicht nur am Umgang der Regierung mit den Auflagen der Troika, sondern gleichermaßen an ihrem Verhältnis zu den Fragen der linken Bewegungen. Sozial geht nicht national, nicht patriarchal, nicht homophob, nicht antisemitisch, nicht rassistisch. Wir wissen dabei, dass es sich bei der Entscheidung für ANEL um eine taktische Entscheidung gehandelt hat. Und wir wissen auch, dass die Arbeit von SYRIZA wie der solidarischen, antirassistischen Bewegungen bisher das Bollwerk gegen Rechtspopulismus und Faschismus in Griechenland war. Trotzdem zeigt die Entscheidung für ANEL überdeutlich, welch geringen Spielräume die politische Situation bietet und welche Zwänge Regierungstätigkeit insgesamt mit sich bringt. Und auch deswegen und darum müssen wir immer wieder miteinander diskutieren und streiten, es braucht keine bedingungslose Solidarität. Zugleich sollten wir nicht vergessen, dass es die praktischen Auseinandersetzungen sind, in der Kontroversen produktiv werden können.

Die Unterwerfung unter die Zwänge von Regierung und Parteipolitik zu verhindern ist einzig und allein möglich, wenn es starke, unabhängige, linke Bewegungen gibt. Und politischer Fortschritt kann nur dort erzielt werden, wo er gesellschaftlich schon Wirklichkeit ist. Die Entwicklung in Athen macht insofern nur erneut deutlich: es braucht einen langem Atmen und Aufmerksamkeit an allen Stellen, es braucht die selbstorganisierten Projekte, die Hoffnung machen und die Gesellschaft umwälzen.

Der Situation, die nun in Griechenland entstanden ist, kann man sich aber nicht mit dem Verweis auf ANEL und die Regierungskoalition entziehen. Sie geht über die Fragen von Parteien und Regierungen hinaus und ihr Schauplatz ist erneut Europa. Die Frage, die jetzt für alle hierzulande sichtbar aufbricht ist die, ob man auf der Seite des Krisenregimes oder auf der Seite derjenigen steht, die seine alltäglichen Opfer sind. Viele deutsche Medien – bis weit ins linksliberale Milieu hinein – haben schon damit begonnen, sich eindeutig zu positionieren – gegen „die unverschämten Griechen“. Und wenig überraschend: Brüssel und Berlin zeigen ihre Zähne – nicht nur in Richtung Griechenland sondern in all die Ecken Europas, die sich neu auf den Weg machen.
Auch wir müssen uns auf den Weg machen. Denn am 18. März können wir auf die Straße gehen und deutlich zeigen, dass Widerstand gegen die Zumutungen des Krisenregimes dort wie hier jetzt nötiger ist als je zuvor. Dass wir uns in den Kämpfen der griechischen Bewegungen für ein besseres Leben für alle wiedererkennen. Wir werden uns dabei aktiv gegen alle nationalistischen und rassistischen Akteure stellen. Wir müssen die Proteste am 18. März in Frankfurt groß machen, nicht nur weil die EZB in Frankfurt für die Herrschaft der europäischen Eliten steht, sondern weil die Krise auch hier stattfindet und auch hier als alternativlos gilt. Nehmen wir diese Herausforderung an. Jetzt.

18. März 2015 in Frankfurt: http://blockupy.org/4998/aufruf2-18m/
Solidarität mit den Menschen in Griechenland – gegen die Erpressungspolitik der EZB
07:00 BLOCKADEN RUND UM DIE EZB 14:00 KUNDGEBUNG AM RÖMER 17:00 DEMONSTRATION

Sandro Mezzadra und Toni Negri
Ein Experiment wie in Thüringen? Syriza, Podemos und wir

(...)Wir meinen, dass in den nächsten Wahlabläufen in Griechenland und Spanien zusammen eine fundamentale Chance entsteht, dass sich neue politische Räume in Europa eröffnen. Und dass also das Wagnis von Syriza zur Gänze unterstützt gehört:
(...) Die Gelegenheit, die sich bietet, ist die eines Bruchs mit dem Bipolarismus von europäischer Volkspartei und Sozialistischer Partei und, damit verbunden, mit der Dominanz des Einheitsdenkens, dieses “Extremismus der Mitte”, der den politischen Rahmen der Krisenbewältigung in den letzten Jahren in Europa vorgegeben hat. (…) Und dieser “Extremismus der Mitte” hat seinen weniger vorzeigbaren Zwilling schon hervorgebracht: Eine Fülle von “nationalen” Rechten, vielfach offen faschistisch, die schon jetzt Elemente gewalttätiger Disziplinierung und einer neuer Hierarchisierung in das soziale Gefüge einfügen.
(…) Sowohl Syriza, als auch Podemos sprechen schon explizit von der Notwendigkeit, eine “sozialdemokratische” Hypothese wiederaufzubauen. Wir meinen: Sie zielen auf die Bestimmung eines reformistischen Projektes, das fähig ist, die bereits endgültige Krise der historischen Sozialdemokratie und die tiefgreifenden Transformationen von Kapital und Arbeit zu bewältigen. Ein im Grunde vergleichbares Experiment ist in Thüringen im Gange, wo die Linke neben SPD und Grüne in die Landesregierung eingezogen sind. Die Sache schockiert uns nicht: Der Bruch mit dem “Extremismus der Mitte” kann nicht anders als die Frage nach der Schaffung einer neuen Struktur der Vermittlung zu stellen, nach der Eröffnung von Räumen, in denen Leben und Zusammenarbeit, um es in einfachen Worten zu sagen, weniger hart, weniger schmerzhaft und weniger mühevoll sind. Wir haben oft die strukturellen Schwierigkeiten betont, der ein solches Projekt gegenüber der finanziellen und “extraktiven” Logik des gegenwärtigen Kapitalismus ausgesetzt ist. Aber allein schon ihre Existenz, die ins Spiel gebracht wird (zumal unter dem Antrieb der großen Kämpfe dieser Jahre in Griechenland und Spanien), scheint uns wichtig. Und sie kann die Bedingungen für das Aufbrechen neuer Bewegungen schaffen, kann dazu beitragen, die Kämpfe in vertiefender Weise zu entwickeln – oder auch die Frage einer “Politik der Kämpfe” ausdrücklich zu stellen. Es ist möglich: deshalb steht so viel auf dem Spiel.
(….) Das Jahr 2015 kann in Europa ein gutes werden, wenn es uns gelingt, bessere Bedingungen zu schaffen, um die alten Probleme, die sich heute in radikal neuen Formen stellen, in einer konstiuierenden Perspektive anzugehen (wie jene der Beziehung zwischen Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen, des Internationalismus und der Beziehung zwischen Reform und Revolution).
(...)
http://www.euronomade.info/?p=4056

Eric Toussaint

Und wenn Syriza die Europäische Union (EU) beim Wort nehmen und Griechenlands Schulden prüfen würde?

(Tsipras und Toussaint)

22. Januar 2015

Seit in Griechenland für den 25. Januar 2015 Wahlen angekündigt wurden, wird die Möglichkeit, dass Syriza den Wahlsieg davonträgt und eine Regierung bildet, der Öffentlichkeit und insbesondere der in der Eurozone als Bedrohung präsentiert.

Jedoch wissen diejenigen, die Alarm schlagen, ganz genau, dass Syriza angekündigt hat, im Fall einer Regierungsübernahme die Schuldentilgung nicht auszusetzen und die Eurozone nicht zu verlassen.

Syriza schlägt vor, auf europäischer Ebene die **Rückzahlung der Schulden neu zu verhandeln**, und möchte, dass Griechenland in der Eurozone bleibt. Dafür verpflichtet sich Syriza, die ungerechten und unsozialen Maßnahmen aufzuheben, die von den früheren Regierungen und der Troika getroffen wurden.

Ziel der Kampagne gegen die vermeintlich mit Syriza einhergehende Bedrohung ist es, die griechischen Wählerinnen und Wähler einzuschüchtern, damit sie auf ihr Recht auf einen Kurswechsel verzichten. Gleichzeitig zielt sie darauf ab, im Falle eines Wahlsiegs von Syriza Teile der europäischen Öffentlichkeit gegen die griechische linksradikale Koalition aufzuhetzen und so zu verhindern, dass im Herbst 2015 Podemos die Wahlen in Spanien gewinnt. Ähnliche Überraschungen könnten auch in Ländern wie Portugal, Slowenien und Zypern eintreten, wenn die Bürger und Bürgerinnen zu der Ansicht gelangen sollten, dass es sich lohne, eine katastrophale ultrakonservative Politik durch eine linke Politik zu ersetzen. Die europäischen Regierenden und die sie stützenden mächtigen privaten Gruppen wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Eurozone eine negative Bilanz aus der Politik der letzten Jahre zieht und ihre Stimme eher Kräften geben möchte, die einen Wandel vorschlagen.

Ein Sieg von Syriza in Griechenland würde für die traditionellen Parteien, „sozialistische“ wie konservative, eine große Bedrohung darstellen, befürchten sie doch eine Ausbreitung dieser Entwicklung, die auch Spanien erfassen könnte.

Die Schulden, die Griechenland zurückzahlen soll, belaufen sich auf 175 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – eine unerträgliche Belastung für die griechische Bevölkerung.

Was geschieht, wenn Syriza an die Regierung gelangt und dann **Artikel 7 einer im Mai 2013 verabschiedeten EU-Verordnung** bezüglich der Länder, die einem Strukturanpassungsprogramm unterworfen sind, beim Wort nimmt? Dazu gehören insbesondere Griechenland, Portugal und Zypern.

Im Artikel 7 Punkt 9 wird den Staaten unter struktureller Anpassung vorgeschrieben, eine gründliche Prüfung der Staatsschulden vorzunehmen, um zu klären, warum die Verschuldung übermäßig gestiegen ist, und Unregelmäßigkeiten aufzuspüren. Der vollständige Text lautet: *„Ein Mitgliedstaat, der einem makroökonomischen Anpassungsprogramm unterliegt, führt eine umfassende Prüfung seiner öffentlichen Finanzen durch, um unter anderem die Gründe für die Entstehung des übermäßigen Schuldenstandes zu analysieren und etwaige Unregelmäßigkeiten zu ermitteln.“* (1)

Die griechische Regierung von Antonis Samaras hat sich geflissentlich davor gehütet, diese Vorschrift anzuwenden, um der griechischen Bevölkerung die wirklichen Ursachen des Anstiegs der Verschuldung sowie die damit verbundenen Unregelmäßigkeiten vorzuenthalten. Im November 2012 hatte das – mehrheitlich rechte – griechische Parlament einen von Syriza eingereichten Antrag zur Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Schulden mit 167 Neinstimmen bei 119 Jastimmen und null Enthaltungen abgelehnt.

Klar ist, dass ein Wahlsieg von Syriza zur Bildung einer Regierung führen könnte, die die EU durchaus beim Wort nehmen und eine Kommission zur Überprüfung der Staatsschulden (unter Einbeziehung der Bevölkerung) bilden könnte, um die Gründe für die übermäßige Verschuldung Griechenlands zu analysieren, etwaige Unregelmäßigkeiten zu ermitteln und illegale, illegitime und verabscheuungswürdige Bestandteile zu identifizieren.

Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ist unerlässlich, wenn die Prüfung gründlich und unabhängig sein soll. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass Artikel 8 der oben erwähnten EU-Verordnung empfiehlt, bei der *„Vorbereitung des Entwurfs für ein makroökonomisches Anpassungsprogramm [...] die Ansichten der Sozialpartner sowie der einschlägigen zivilgesellschaftlichen Organisationen“* einzuholen. Ein Grund mehr, sie an der Prüfung aktiv teilnehmen zu lassen.

Im Folgenden werden **einige Kernpunkte genannt, die bei der Prüfung ans Licht kommen könnten.**

Im Jahre 2009, bevor die Krise ausbrach und die Troika, die Gläubiger von vier Fünfteln der Schulden, sich einmischte, betrugen die griechischen Staatsschulden 113 % des BIP; 2014 stiegen sie auf 175 % des BIP. Die Einmischung der Troika hatte demnach einen sehr starken Anstieg der griechischen Schulden zur Folge.

Von 2010 bis 2012 dienten die Kredite, die die Troika Griechenland gewährte, weitgehend dazu, die Hauptgläubiger des Landes zu befriedigen – das heißt die Privatbanken der größten Wirtschaftsmächte der EU, allen voran deutsche und französische Banken. (2) Ungefähr 80 % der griechischen Staatsschulden waren im Besitz der Privatbanken von sieben EU-Ländern. Allein die deutschen und französischen Banken waren im Besitz von zirka 50 % aller griechischen Schuldtitel.

Eine Überprüfung der griechischen Staatsschulden wird zeigen, dass die europäischen Privatbanken von Ende 2005 bis 2009 die an Griechenland gewährten Kredite stark gesteigert haben (von 80 Milliarden Euro auf 140 Milliarden Euro, also um 60 Milliarden Euro), ohne dabei die tatsächlichen Rückzahlungsmöglichkeiten Griechenlands zu beachten. Die Banken haben demnach abenteuerlich gehandelt, in der Überzeugung, dass die europäischen Behörden ihnen zu Hilfe kommen würden, falls ein Problem auftreten sollte.

Wie schon oben angedeutet, wird die Prüfung zeigen, dass der angebliche Rettungsplan, der für Griechenland von den europäischen Instanzen unter Mitwirkung des Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgearbeitet wurde, in Wirklichkeit dazu gedient hat, die Rückzahlung der Griechenland gewährten Kredite an die Banken einiger in der EU ausschlaggebender Länder sicherzustellen und dabei das Risiko über die Troika auf die Staaten selbst zu verlagern. Nicht Griechenland wurde gerettet, sondern eine Handvoll großer europäischer Privatbanken, hauptsächlich mit Sitz in den stärksten EU-Ländern.

So ist die Troika an die Stelle der europäischen Privatbanken getreten und damit Ende 2010 Griechenlands Hauptgläubiger geworden.

Eine Prüfung wird die Legalität und Legitimität des Rettungsplans analysieren. Entspricht er den EU-Verträgen (insbesondere dem **Artikel 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,** demzufolge ein Mitgliedstaat die finanziellen Verpflichtungen eines anderen Mitgliedstaates nicht übernehmen darf)? Ist das normale Entscheidungsfindungsverfahren eingehalten worden?
Ist im Jahre 2010 das Autonomieprinzip, der freie Wille des Kreditnehmers – also Griechenlands –, von den staatlichen Kreditgebern (also den 14 Mitgliedstaaten, die Griechenland Anleihen in Höhe von insgesamt 53 Milliarden gewährt haben, und ferner dem IWF, der Europäischen Zentralbank (EZB), der Europäischen Kommission usw.) beachtet worden?
Oder haben sie die infolge der spekulativen Angriffe der Finanzmärkte entstandene Notlage des Landes ausgenutzt, um ihm Verträge aufzuzwingen, die seinen eigenen Interessen widersprechen?
Haben die Kreditgeber rabiate Bedingungen gestellt, insbesondere überhöhte Zinssätze gefordert? (3)
Haben die 14 Mitgliedstaaten, die Griechenland jeweils eine bilaterale Anleihe gewährt haben, die eigenen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen und diejenigen Griechenlands eingehalten?

Zusätzlich muss die **Handlungsweise des IWF geprüft** werden. Bekanntlich äußerten sich innerhalb der IWF-Führung mehrere Exekutivdirektoren (der brasilianische, schweizerische, argentinische, indische, iranische, chinesische und ägyptische) zur Gewährung einer IWF-Anleihe extrem zurückhaltend; insbesondere heben sie hervor, dass Griechenland in Anbetracht des ihm auferlegten politischen Kurses nicht imstande sein würde, die Anleihe zurückzuzahlen. (4) Hat die griechische Regierung im Einverständnis mit dem damaligen Direktor des IWF von den griechischen Statistikbehörden verlangt, die richtigen Daten zu fälschen und somit die Finanzlage so schlecht darzustellen, dass der IWF einen Rettungsplan starten konnte? Mehrere hohe griechische Beamte behaupten es.

Hat die EZB ihre Kompetenzen massiv überschritten, als sie vom griechischen Parlament verlangte, Gesetze zum Streikrecht, zu Gesundheit, Koalitionsfreiheit, Bildung und Lohnhöhen zu verabschieden?

Im März 2012 hat die Troika eine Restrukturierung der griechischen Staatsschulden organisiert, die damals als Erfolg präsentiert wurde. Erinnert sei daran, dass der Premierminister G. Papandreou Anfang November 2011 am Vortag eines G-20-Treffens angekündigt hatte, im Februar 2012 ein Referendum über die von der Troika ausgearbeitete Restrukturierung abzuhalten. Auf **Druck der Troika kam dieses Referendum nie zustande** und die griechische Bevölkerung wurde ihres Rechts beraubt, sich zu den neuen Schulden zu äußern. Die großen Medien haben die Behauptung aufgegriffen, dass die Restrukturierung eine Reduzierung der griechischen Staatsschulden um 50 % erlaube. In Wirklichkeit aber sind die griechischen Staatsschulden 2015 höher als 2011, im Jahr vor der angeblichen großen Kürzung um 50 %. Die Prüfung wird zeigen, dass dieses **Restrukturierungsvorhaben** – in Wahrheit ein gewaltiger Betrug – mit der Verschärfung einer den Interessen Griechenlands und seiner Bevölkerung zuwiderlaufenden Politik einherging.

Weiterhin muss geprüft werden, ob die dem griechischen Staat von der Troika auferlegten strengen Bedingungen zur Gewährung der Kredite einige der Konventionen und Verträge, die sowohl die öffentlichen Gläubiger als auch der Kreditnehmer (Griechenland) einhalten müssen, eindeutig verletzen. Der **Juraprofessor Andreas Fischer-Lescano** hat in einer von der Kammer für Arbeiter/-innen und Angestellte für Wien beauftragten Studie (5) unwiderlegbar bewiesen, **dass die Programme der Troika nach europäischem Recht und nach dem Völkerrecht illegal sind**. Die in den Anpassungsprogrammen für Griechenland enthaltenen Maßnahmen sowie die daraus resultierende konkrete Politik verletzen eine ganze Reihe von Grundrechten wie zum Beispiel das Recht auf Gesundheit, Bildung, Wohnung, Sozialversicherung, einen gerechten Lohn, aber auch die Koalitionsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen. All diese Rechte werden durch zahlreiche juristische Texte auf internationaler und europäischer Ebene geschützt, zum Beispiel die Grundrechtecharta der EU, die Europäische Menschenrechtskonvention, die Europäische Sozialcharta, die zwei Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen (UN), die UN-Charta, die UN-Kinderrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention, aber auch die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die alle als allgemeine Rechtsgrundsätze gelten.
Die von Professor Fischer-Lescano akribisch aufgestellte Liste der durch die Griechenland aufgezwungenen Memoranden verletzten Artikel ist beeindruckend und macht die Instanzen der Troika beziehungsweise die von ihr eingeführten Werkzeuge (zum Beispiel den Europäischen Stabilitätsmechanismus) juristisch dafür verantwortlich.

Die Prüfung soll herausfinden, ob die folgenden Bestimmungen der oben erwähnten **EU-Verordnung (472/2013)** beachtet wurden: *„Der Entwurf eines makroökonomischen Anpassungsprogramms hält Artikel 152 AEUV und Artikel 28 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union uneingeschränkt ein.“ „Bei den im makroökonomischen Anpassungsplan aufgeführten Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung wird berücksichtigt, dass hinreichende Mittel für grundlegende Politikbereiche, wie Bildung und Gesundheit, bereitgestellt werden müssen.“* Außerdem ist die Einhaltung des folgenden Grundprinzips der Verordnung zu prüfen: *„Nach Artikel 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) trägt die Union bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen den Erfordernissen im Zusammenhang mit der Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, mit der Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, mit der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sowie mit einem hohen Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes Rechnung.“*
Es geht darum, diese Bestimmungen mit dem Bericht über die Umsetzung des zweiten strukturellen Anpassungsprogramms, den die zuständigen EU-Stellen im April 2014 veröffentlicht haben, zu vergleichen. Dort gratulieren sich die Verfasser zur Kürzung der Zahl der im öffentlichen Dienst Griechenlands Beschäftigten um 20 %. (6) In einem Kasten mit dem Titel „Success stories of the Economic Adjustment Programme“ (Erfolge des strukturellen Anpassungsprogramms) heißt es, dass die Arbeitsmarktreformen eine Kürzung des gesetzlichen Mindestlohns ermöglicht haben und in der öffentlichen Verwaltung 150 000 Arbeitsplätze abgebaut worden seien („decrease in general government employment by 150,000“, Seite 10).

Die Prüfung dürfte eindeutig zeigen, dass die von den Gläubigern diktierten Maßnahmen einen deutlichen Rückschritt in der Ausübung fundamentaler Menschenrechte darstellen und eine ganze Reihe von Verträgen eindeutig verletzen. Bedeutende Unregelmäßigkeiten können ermittelt werden. **Folglich sollte die mit der Prüfung beauftragte Kommission ein fundiertes Urteil über die Legalität oder Illegitimität, ja sogar die Nichtigkeit der Schulden Griechenlands gegenüber der Troika fällen können.**

---

(1) Verordnung (EG) Nr. 472/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über den Ausbau der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung von Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind. URL: http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R0472&rid=2 .

(2) C. Lapavitsas, A. Kaltenbrunner, G. Lambrinidis, D. Lindo, J. Meadway, J. Michell, J. P. Painceira, E. Pires, J. Powell, A. Stenfors, N. Teles: The eurozone between austerity and default. September 2010. URL:http://www.researchonmoneyandfinance.org/index.php/publication/eurozone-reports/33-second-rmf-report-on-the-eurozone-crisis-eurozone-between-austerity-and-default . Siehe auch Eric Toussaint: Grèce-Allemagne : qui doit à qui ? (2) Créanciers protégés, peuple grec sacrifié. 8. Oktober 2012. URL: http://cadtm.org/Grece-Allemagne-qui-doit-a-qui-2 .

(3) Der Zinssatz betrug 2010 und 2011 zwischen 4 und 5,5 % und wurde 2012 nach Protesten von verschiedenen Seiten (einschließlich der Regierung Irlands, die ab Ende 2010 ebenfalls mit einem sehr hohen Zinssatz zu kämpfen hatte) auf etwa 1 % gesenkt. Mit der Senkung haben die 14 Staaten faktisch anerkannt, dass die früheren Zinssätze überhöht waren.

(4) Siehe die Darstellung des Wall Street Journal unter http://blogs.wsj.com/economics/2013/10/07/imf-document-excerpts-disagreements-revealed/ sowie auch http://greece.greekreporter.com/2013/10/08/secret-imf-report-shows-greek-bailout-worries/ .

(5) Austeritätspolitik und Menschenrechte. 22. Dezember 2013. URL: http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Studie_Austeritaetspolitik_und_Menschenrechte.pdf .

(6) European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs (Europäische Kommission, Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen): The Second Economic Adjustment Programme for Greece. Fourth Review – April 2014. Seite 3. URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2014/pdf/ocp192_en.pdf . Der Bericht umfasst 304 Seiten.

http://cadtm.org/Si-un-gouvernement-Syriza

Übersetzung: coorditrad (Michèle Mialane, Werner Horch, 26.01.2015)

Wer schuldet wem?

Attac Österreich: 77% der Hilfsgelder für Griechenland gingen an den Finanzsektor,
SiG 104, S. 25 (attac Österreich), weiter hier
Staatsverschuldung als Umverteilung“, Mehrere Artikel in **SiG 83**
Fred Schmid, ISW: Nicht die Griechen, die Troika und Finanzmärkte haben das Land verwüstet

Michael Schlecht
Schuldentreiber Deutschland

11. Februar 2015

Schon seit einigen Jahren präsentiert sich die Bundesregierung als Sparkommissar Europas – eigentlich der ganzen Welt. Mit dem „Wachstum auf Pump“ müsse Schluss sein, fordert die Bundeskanzlerin. Dass dies funktioniere, zeige das Beispiel Deutschland. Der Staatshaushalt sei ausgeglichen, die Wirtschaft wachse. Alles in Butter?

Tatsächlich beruht das Wachstum der deutschen Wirtschaft zum großen Teil auf Schulden – die das Ausland bei Deutschland macht.

2014 wuchs die deutsche Wirtschaftsleistung um 1,5 Prozent. Darin enthalten war ein Exportüberschuss von rund 220 Milliarden Euro. Das heißt: Die deutsche Wirtschaft verkaufte im vergangenen Jahr Waren und Dienstleistungen im Wert von 220 Milliarden Euro mehr ans Ausland, als sie aus dem Ausland bezog.
Das ist der gefeierte “Exportüberschuss”. Nur: Was bedeutet das real? Sitzt Deutschland nun auf einem großen Geldsack? Nein. Es bedeutet, dass sich das Ausland über weitere 220 Milliarden Euro bei Deutschland verschuldet hat. Anders gesagt: 2014 lieh Deutschland dem Ausland 220 Milliarden, um deutsche Waren zu kaufen. Der Geldsack besteht aus nichts anderem, als aus Forderungen an das Ausland.

Dieser Überschuss soll im Jahr 2015 auf 206 Milliarden weiter steigen, das hat das Bundeswirtschaftsministerium fest eingeplant. Das bedeutet, dass die deutsche Wirtschaft auf Pump lebt – auf Pump der anderen.

Nimmt man den Leistungsbilanzüberschuss, in dem zusätzlich zum Exportüberschuss noch Einkommen- und Vermögensübertragungen berücksichtigt werden, dann beträgt der Überschuss 2014 nur rund 215 Milliarden Euro. Das ist aber immer noch Weltrekord. Selbst das Riesenreich China kam nur auf 115 Milliarden!

Seit dem Jahr 2000 summieren sich die deutschen Exportüberschüsse auf 1,8 Billionen Euro, am Ende des Jahres werden es zwei Billionen sein. Das sind 2000 Milliarden, die Deutschland ans Ausland leiht, um seinen Export zu finanzieren. Wie nachhaltig ist das? Gar nicht! Eigentlich müsste Deutschland Defizite im Außenhandel machen, um die Verschuldung des Auslands bei sich zu senken und um das zu erreichen, was das Stabilitätsgesetz von 1967 vorschreibt: einen langfristig ausgeglichenen Außenhandel.

Wenn Wirtschaftsminister Gabriel weiterhin Exportüberschüsse für unverzichtbar hält, dann heißt das nur, dass er erstens dauerhaft die Schulden des Auslandes bei uns weiter steigert und zweitens, dass er dem Ausland nie die Chancen geben will die Schulden an uns zurückzuzahlen. Letztlich ist er bereit die Waren und Dienstleistungen von bislang zwei Billionen Euro dem Ausland zu schenken. Denn wenn es nie seine Schulden bezahlen kann, bleibt am Ende in irgendeiner Form nur die Schuldenstreichung übrig.

Doch die Bundesregierung ist nicht in der Lage oder nicht willens, diese doch recht einfachen Zusammenhänge zur Kenntnis zu nehmen. Auf das Problem hingewiesen, lacht Wirtschaftsminister Gabriel und schlägt die Hände über dem Kopf zusammen. Die übergroße Mehrheit des Hohen Hauses verlustiert sich schenkelklopfend über ihre eigene ökonomische Impotenz. „Eine Stärke der deutschen Industrie ist der Außenhandel, deswegen wünschen wir uns keine Außenhandelsdefizite“, sagte Dirk Becker (SPD). Nichts verstanden! Intellektueller Tiefflug!
Dabei wäre die Lösung so einfach: **massive Reallohnerhöhungen und öffentliche Investitionen zur Stärkung der Binnennachfrage.** Das stützt die Konjunktur, schafft Jobs, macht Menschen wohlhabender, erhöht den Import – und beseitigt auf Dauer den unhaltbaren Zustand, dass Deutschland den Banker der Welt spielt.

http://www.michael-schlecht-mdb.de/schuldentreiber-deutschland.html

Lohndumping als Krisenbeschleuniger
Wie hängen die europäischen Ungleichgewichte und die Schuldenberge Südeuropas zusammen? von: Tomasz Konicz
http://www.gegenblende.de/++co++7d078ba4-cddf-11e2-a4bd-52540066f352

Eric Toussaint zur Londoner Schuldenkonferenz:
Vergleich Deutschland 1953 / Griechenland jetzt

(…) Der radikale Schuldenschnitt für die Bundesrepublik Deutschland und ihr rascher Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg wurden möglich, weil es einen politischen Willen seiner Gläubiger dazu gab – d.h. der USA und seiner wichtigsten westlichen Verbündeten Großbritannien und Frankreich. Im Oktober 1950 formulierten die Westalliierten ein Projekt, bei dem die Bundesregierung ihre Schulden aus der Zeit vor und nach dem Krieg anerkannte.

Die Alliierten schlossen dem eine Erklärung an, dass "*die drei Länder darin übereinstimmen, dass der Vorschlag eine angemessene Regelung der Forderungen gegenüber Deutschland vorsieht, die am Ende die finanzielle Situation der deutschen Wirtschaft nicht durch unerwünschte Auswirkungen aus dem Gleichgewicht bringen darf und die potentiellen Devisenreserven nicht über Gebühr angreifen darf. Die drei Länder sind überzeugt, dass die Bundesregierung ihre Position teilt und dass die Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit begleitet ist von einer angemessenen Regelung der deutschen Schulden, die allen Beteiligten eine gerechte Verhandlung sichert und die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands in Rechnung stellt."*

Die von Deutschland eingeforderte Schuld aus der Vorkriegszeit betrug 22,6 Milliarden DM, wenn man die Zinsen hinzuzählt. Die Schulden aus der Nachkriegszeit wurden auf 16,2 Mrd. geschätzt. Nach dem Londoner Abkommen wurde diese Schuld auf 7,5 Mrd. DM für die Vorkriegs- und auf 7 Mrd. DM für die Nachkriegszeit reduziert. **Das war eine Reduzierung um 62,6%.**

Zudem sah das Abkommen die Möglichkeit vor, die Zahlungen auszusetzen und die Zahlungsbedingungen neu zu verhandeln, sobald substantielle Änderungen eintreten würden, die die verfügbaren Ressourcen einschränken würden.

Um sicher zu gehen, dass die westdeutsche Wirtschaft wirklich wieder auf die Beine kommen und dass sie ein stabiles und zentrales Element im atlantischen Block gegenüber dem Ostblock darstellen würde, machten die alliierten Gläubiger den verschuldeten deutschen Behörden und Unternehmen bedeutende Zugeständnisse, die weit über eine Schuldensenkung hinausgingen. Sie sind vom Grundsatz ausgegangen, dass Deutschland in der Lage sein muss, seine Schulden zurückzuzahlen bei Sicherung eines hohen Lebensstandards und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.

(…) Wenn wir einen **Vergleich** zwischen der Behandlung wagen, die Griechenland heute erleidet und die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zuteil wurde, treten die **Unterschiede und die Ungerechtigkeit** frappierend zutage. Hier eine nicht erschöpfende Liste in elf Punkten:

1. Der Schuldenerlass, der Griechenland im März 2012 zuteil wurde, war im Verhältnis unendlich viel kleiner als der, der Deutschland gewährt worden war;

2. Die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, die mit diesem Plan einhergehen (und denen davor), fördern in keinster Weise einen Wiederaufschwung der griechischen Wirtschaft, während sie wesentlich zum Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft beigetragen haben;

3. Von Griechenland werden Privatisierungen vor allem zugunsten der ausländischen Investoren verlangt, während Deutschland ermuntert wurde, die eigene Kontrolle über strategische Wirtschaftssektoren zu verstärken und der öffentliche Sektor einen starken Aufschwung nahm;

4. Die bilateralen Schulden Griechenlands (gegenüber den Staaten die sich am Plan der Troika beteiligt haben) wurden nicht herabgesetzt (nur seine Schulden gegenüber den privaten Banken), während die bilateralen Schulden Deutschlands (angefangen bei denen, die das sog. Dritte Reich den von ihm überfallenen, besetzten oder annektierten Ländern aufgezwungen hatte) um über 60% reduziert wurden;

5. Griechenland muss in Euro zahlen und hat ein Handelsbilanzdefizit (also einen Mangel an Euro) gegenüber seinen europäischen Partner (vor allem Deutschland und Frankreich), während Deutschland den Hauptteil seiner Schulden in DM zahlen konnte, die damals stark abgewertet war;

6. Die griechische Zentralbank darf der griechischen Regierung kein Geld leihen, während die Bundesbank der Bundesregierung Geld geliehen hat und die Notenpresse (wenn auch moderat) betätigt hat;

7. Deutschland wurde erlaubt, nicht mehr als 5 Prozent seiner Exporterlöse in den Schuldendienst zu stecken, während es für Griechenland diesbezüglich keine Obergrenze gibt;

8. Gerichtsstand für die neuen griechischen Schuldentitel (gegenüber den Banken), die die alten ersetzen, ist nicht mehr die Griechenland, sondern Luxemburg und das Vereinigten Königreich; von diesen weiß man, wie sehr sie sich auf die Seite der privaten Gläubiger stellen; für die deutschen Schulden hingegen waren deutsche Gerichte zuständig (also die Gerichte einer ehemals aggressiven Militärmacht).

9. In Sachen Rückzahlung der Auslandsschuld konnte die deutschen Gerichte sich weigern, Urteile ausländischer Gerichte oder von Schiedsgerichten vollstrecken zu lassen, wenn dies die öffentliche Ordnung störte. In Griechenland lehnte es die Troika natürlich ab, dass dortige Gerichte die Störung der öffentlichen Ordnung als Argument für eine Aussetzung der Schuldenzahlung anrufen können. Die enormen sozialen Proteste und der Aufstieg der neonazistischen Kräfte sind aber direkte Folge der von der Troika und vom Zwang zur Schuldenzahlung diktierten Maßnahmen. Trotz der zu erwartenden Proteste aus Brüssel, vom IWF und von den "Finanzmärkten" könnte der griechische Staat sich ohne weiteres auf den Notstand und auf die Störung der öffentlichen Ordnung berufen, um die Schuldenzahlung auszusetzen und die unsozialen Maßnahmen der Troika abzuschaffen.

10. Deutschland hatte die Möglichkeit, die Zahlungen auszusetzen und die Zahlungsbedingungen neu zu verhandeln, wenn substantielle Veränderungen die Verfügbarkeit seiner Ressourcen einschränkten. Für Griechenland ist nichts dergleichen vorgesehen.

11. Im Londoner Abkommen ist ausdrücklich vorgesehen, dass Deutschland selbst herstellen konnte, was es zuvor importiert hatte, um einen Exportüberschuss zu errei-

chen und die lokale Produktion zu stärken. Der Grundgedanke der Abkommen, die Griechenland aufgezwungen wurden, und die Regeln der EU verbieten der griechischen Regierung jedoch, seine lokalen Produzenten zu helfen, zu subventionieren und vor der Konkurrenz anderer EU-Staaten (die Haupthandelspartner Griechenlands) zu schützen, sei es in der Landwirtschaft, der Industrie oder im Dienstleistungsgewerbe. Man könnte hinzufügen, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in bedeutendem Umfang Hilfen erhalten hat, vor allem aus dem Marschallplan.

Man versteht also, warum sich Alexis Tsipras, der Sprecher von Syriza, auf das Londoner Abkommen bezieht, wenn er sich an die europäische Öffentlichkeit wendet. Die ungerechte Behandlung, die das griechische Volk erleidet (wie auch die anderen Völker, deren Regierungen den Rezepten der Troika folgen), muss das Gewissen der öffentlichen Meinung wachrütteln.

Aber hegen wir keine Illusionen: Die Gründe, warum die Westmächte Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Samthandschuhen angefasst haben, fallen bei Griechenland nicht ins Gewicht. Für eine wirkliche Lösung des Schulden- und Spardramas wird es noch machtvolle soziale Mobilisierungen in Griechenland und im Rest der EU brauchen – und einer neuen Regierung in Athen, die wirklich den Volkswillen zum Ausdruck bringt.

Originaltext: http://cadtm.org/Allemagne-Grece-deux-poids-deux

Übersetzung: http://www.juergen-klute.eu/de/article/476.griechenland-deutschland-wer-schuldet-wem.html

Zur Londoner Schuldenkonferenz:

Broschüre von „Erlassjahr“
http://www.erlassjahr.de/london/broschuere-60-jahre-london.html

Kein Abs für Athen: Der Deutsche-Bank-Manager verhalf mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 den Bundesdeutschen zu Wohlstand und Wirtschaftswunder – für Griechen ist so was nicht zu vertreten. (18.2.2015)
http://www.jungewelt.de/2015/02-17/006.php

http://www.rosalux.de/news/41138/die-angst-vor-dem-schuldenschnitt.html

Manolis Glezos

Deutschland und Griechenland haben bisher offiziell keinen Friedensvertrag abgeschlossen

Der griechische Politiker und Widerstandskämpfer (1) Manolis Glezos über die Verbrechen der Wehrmacht, die Haltung der deutschen Bundesregierung und die Wahlen in Griechenland. Der 92-jährige Manolis Glezos wurde auf der griechischen Insel Naxos geboren, er ist Europaabgeordneter der Linkspartei SYRIZA und derzeit ältestes Mitglied des Europaparlaments.

weltnetz.tv: Herr Glezos, wenn die deutsche Regierung am 3. Oktober die Wiedervereinigung feiern lässt, trauern die Menschen in Griechenland. Denn der 3. Oktober steht dort für die Massaker der Wehrmacht im Bergdorf Ligiades. Es gibt heute in Griechenland neunzig sogenannter Märtyrerdörfer, die von den deutschen Besatzern niedergebrannt und deren Bewohner ermordet wurden. Nun war der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck als erster deutscher Staatsvertreter 2014 in Ligiades und hat dort um Verzeihung für die Verbrechen der Wehrmacht gebeten. Hat sich den seither etwas getan in Richtung Entschädigung und Wiedergutmachung?

Manolis Glezos: Vorerst möchte ich festhalten, dass das deutsche Volk heute keine Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reiches trägt. Vergleichen Sie es mit einem Kind, dessen Vater ein Mörder ist. Trägt hier das Kind Schuld? Aus demselben Grund habe ich tausend Mal betont, dass das deutsche Volk keine Verantwortung für die Gewalttaten des Dritten Reiches trägt. Die Thematik ist eine andere. Es geht um die Frage, warum die heutigen Regierungen Deutschlands die Taten des Dritten Reiches nicht zugeben.

weltnetz.tv: Das wäre auch meine Frage gewesen: Sind denn bisher überhaupt Täter vor Gericht gestellt oder bestraft worden?

Manolis Glezos: Ja, das hat es gegeben. Einige von ihnen haben in Griechenland vor Gericht gestanden. Aber viele andere wurden damals im Zusammenhang mit dem Fall Merten, nach Übereinkunft mit der griechischen Regierung, vor deutsche Gerichte gestellt. In Deutschland ist man zwar diesen Fällen gerichtlich nachgegangen. Man warf den Angeklagten Verbrechen in Griechenland vor. Aber sie antworteten: „Ich habe stets Anordnungen und Befehle meiner Obersten befolgt.“ Das Urteil hieß dann in der Regel: „Der Angeklagte wird freigesprochen.“ Dementsprechend folgte keine einzige Verurteilung in Deutschland.

Aber wir müssen den Tatsachen auf den Grund gehen: Deutsche Militäreinheiten hatten unser Land besetzt. Im Grunde fangen die Probleme ab diesem Punkt an. Denn gemäß des bis heute geltenden Völkerrechts ist kein Land, das ein anderes im Krieg angreift, zur Wiedergutmachung oder Entschädigung verpflichtet. Gemäß des geltenden Kriegsrechts – und so war es bisher – darf der Sieger alles, was in Verbindung mit Waffen, Rüstungsfabrikation und Waffenkammern steht an sich nehmen. Darum geht es uns aber noch nicht einmal. Wir sprechen von etwas anderem: und zwar davon, dass dem deutschen Militär ein Stab von Wirtschaftswissenschaftlern folgte, die umgehend Maßnahmen gegen das griechische Volk verhängten. Es handelt sich um eine Vielzahl von Maßnahmen, die dem Volk aufgezwungen wurden. Ich habe ein Buch über dieses Thema verfaßt. Der deutsche Bundespräsident, Joachim Gauck, berichtete mir, er habe es gelesen.

weltnetz.tv: Herr Glezos, das Thema der Wiedergutmachung könnte ja bald wieder auf der politischen Agenda stehen, wenn am Sonntag ihre Partei, die Linkspartei SYRIZA, die Wahlen gewinnt. Worum geht es? Wie soll dieses Thema wieder auf die politische Agenda gesetzt werden.

Manolis Glezos: Auf dieses Thema beziehe ich mich unabhängig von den Wahlen. Es geht um etwas Wesentliches. Deutschland und Griechenland haben bisher offiziell keinen Friedensvertrag abgeschlossen. Lediglich ein Waffenstillstand wurde vereinbart. Weshalb? Weil die deutsche Regierung weiß, dass sie gezwungen sein wird, Griechenland sämtliche Schulden zu erstatten, sobald ein Friedensabkommen unterzeichnet ist. Und zwar unabhängig davon, ob Griechenland es einfordert oder ob Griechenland es nicht einfordert. Deshalb lautet für mich die einzig wichtige Forderung, wie folgt: Sowohl unter der Regierung von SYRIZA sowie auch unter jeder anderen Regierung, muss die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Deutschland und Griechenland erfolgen.

weltnetz.tv: Und deswegen auch die Debatte über den Schuldenschnitt. Es gibt ja die Londoner Schuldenkonferenz von 1953. Deutschland wurden die Schulden erlassen. Wie geht es nun mit Griechenland weiter? Wie wollen Sie auch das durchsetzen?
Manolis Glezos: Das ist ein anderes Thema. Es hat nichts mit dem Vorherigen zu tun. Auf das vorhin erwähnte Problem bin

ich ausführlich eingegangen und ich denke, es ist lösbar. Allerdings erst, wenn ein Friedensvertrag abgeschlossen wird. Und ganz unabhängig davon, wer an der Regierung ist.

Das zweite Thema ist der riesige Schuldenberg, dem Griechenland gegenübersteht. Unserer Meinung nach sollte das Schuldenproblem ebenso gelöst werden, wie es 1953 mit der Schuldenentlastung Deutschlands der Fall war. Wir fordern nichts weiter als das. Das Problem sollte heute auf die gleiche Art und Weise lösbar sein, wie es damals auch geschah. Außerdem hatte Griechenland damals ebenfalls zur Lösung beigetragen.

weltnetz.tv: Herr Glezos, wenn wir jetzt hier in Berlin auf die Straßen gehen und mit den Deutschen heute sprechen, würden viele sagen: „Ach, das ist doch lange her. Wir haben heute nichts mehr damit zu tun. Warum sollen wir heute etwas zahlen? Warum sollen wir heute Schulden erlassen?“ Was würden Sie diesen Menschen antworten?

Manolis Glezos: Ich bin gestern mit dem Auto aus Brüssel nach Berlin gefahren, vorbei an Hannover. Vor zwanzig Jahren, 1995, wurde ich von Freunden aus Deutschland dorthin eingeladen, um über Fragen der Ökologie, der Umwelt und andere Themen zu diskutieren. Meine Freunde fragten mich, was ich noch zu besprechen wünschte. Ich bat um ein Gespräch über das Thema der Schulden Deutschlands an Griechenland. Einen ganzen Abend lang diskutierten wir darüber. Zum ersten Mal wurden Deutsche – es war ein deutsches Publikum – mit diesem Thema, das ich ansprach, konfrontiert. Das hat dermaßen viel Aufsehen erregt, dass ich, zurück in meinem Heimatort Aperathos, einem Bergdorf auf Naxos, von der Redaktion der Zeitung Die Zeit telefonisch dazu gebeten wurde, einen Artikel über dieses Thema zu schreiben. Sie wollten meine Rede schriftlich haben.

Ich habe den Artikel geschrieben, jedoch ohne Titel. Den Titel hatte die Redaktion ergänzt. Er hieß: „Ein Unrecht muß gesühnt werden.“ In dem Text versicherte ich, dass wir Griechen keinerlei Feindseligkeit gegenüber dem deutschen Volk verspüren; dass wir die deutsch-griechische Freundschaft vertiefen wollen.

Genau das beweist auch meine Aussage: Würden wir Griechen nämlich Hass gegenüber den Deutschen verspüren, hätte ich nicht folgenden Vorschlag gemacht: Dass Deutschland als Ausgleich der Kriegsschulden beispielsweise Schülern, Studenten und jungen Wissenschaftlern aus Griechenland Stipendien in der Bundesrepublik gewährt. Ähnliche Vorschläge können sie auch in der Zeit nachlesen. Es müßte die Ausgabe von Juli 1995 sein, das weiß ich nicht mehr so genau. Dort können sie alles nachlesen, es ist dort veröffentlicht. Solche Vorschläge habe ich gemacht. Und ich betone, dass diese Vorschläge – es sind Vorschläge von mir persönlich – Deutschland nicht so in Bedrängnis bringen würde, wie wir heute in Bedrängnis gekommen sind. Das ist der große Unterschied. Wir wollen Deutschland nicht an den Pranger stellen. Wir können die Lösungen gemeinsam finden.

Was für Lösungen können das sein? Da wäre das Problem mit den Zinsen. Hier müssen wir möglichst niedrige Zinssätze vereinbaren. Das ist meine persönliche Meinung. Ich glaube, jede griechische Regierung wird einen Weg finden, Griechenlands Ansprüche zu sichern.

Eigentlich geht es um die Frage der Moral. Darüber habe ich auch ein Buch geschrieben. Selbst wenn es sich nur um eine Deutsche Mark handelte, Deutschland ist verpflichtet, sie zu erstatten. Denn die Moral steht über allem.

Und nicht das deutsche Volk soll bezahlen, sondern die deutschen Firmen, die aus der Besatzung einen Nutzen gezogen und das griechische Volk ausplündert haben. Das deutsche Volk braucht nicht dafür aufkommen. Die Firmen sollen alle Reparationen zahlen. Die Ansprüche sind nicht sehr hoch. Wissen Sie, um wieviel Geld es sich handelt? Abgeordnete der Partei DIE LINKE haben die Summe errechnet. Während einer Sitzung im deutschen Bundestag erklärten sie, die Summe sei nur ein Drittel der aufgewendeten Kosten für den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin. Dreißig Prozent davon, das ist nicht viel.

weltnetz.tv: Herr Glezos, meine letzte Frage: Wir sind hier auf dem Dach in der Kuppel des deutschen Bundestages. Wenige Meter von uns entfernt tagt die Regierung, tagt das Parlament. Nun gibt es am Sonntag Wahlen in Griechenland und ihre Partei - die SYRIZA - hat gute Chancen, die Regierung zu übernehmen. Aber es gab gleichzeitig sehr harsche, sehr kritische Stellungnahmen der deutschen Regierung, die vor schweren Konsequenzen für Griechenland gewarnt hat. Wie haben Sie das empfunden? Haben Sie das als Druck, vielleicht sogar als Erpressung, empfunden?

Manolis Glezos: Zuallererst würde ich gerne das Vorangegangene vervollständigen. Denn ich habe versäumt zu erwähnen: Das Thema wird offiziell von Seiten der deutschen Regierung, konkreter von Herrn Schäuble selbst, als abgeschlossen erklärt. Doch gerade mit dieser Aussage bestätigt Herr Schäuble, dass das Thema überhaupt existiert. Ich habe ihm folgende Frage gestellt und erwarte eine Antwort. Ich stelle ihm von hier aus noch einmal die Frage und fordere eine Antwort. Wann wurden die griechischen Reparationsansprüche abgegolten, und wie? Darauf erwarte ich eine Antwort. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt: Er sagte, das Thema gehöre der Vergangenheit an. Wir sollten die Vergangenheit ruhen lassen und in die Zukunft blicken. Ich frage ihn: Wenn er tatsächlich darin Recht haben sollte, warum hat dann die deutsche Regierung vor Kurzem erst die Nachkommen der Holocaust-Opfer, jüdischer Abstammung, die heute in Israel leben, nicht nur entschädigt, sondern ihnen außerdem einen Rentenanspruch ohne Zeitbeschränkung zugewiesen? Gehört das der Vergangenheit oder der heutigen Zeit an? Warum mit zweierlei Maß messen? Warum wird im Fall Israels dem Land entgegengekommen und warum im Falle Griechenlands nicht? Darauf ist er eine Antwort schuldig.

Um auf das andere Thema zu kommen, das Sie vorhin erwähnten: In Griechenland – und ich bitte, dass alle Ihre Zuschauer das wirklich ernst nehmen – hat das griechische Volk die Zeichen der Zeit erkannt und wird die Tore für ein anderes Europa öffnen, das heute so noch nicht existiert und nach dem wir uns sehnen. Wir verlangen ein demokratisches Europa. Ein Europa, das seinen Bürgern gehört und nicht der NATO und den USA. Es soll autonom, selbstverwaltet und unabhängig sein. Und das soll am Sonntag in Griechenland beginnen. Wie gesagt: Das griechische Volk hat die Zeichen der Zeit erkannt und wird den Weg bereiten für ein neues Europa. Das neue Europa wird am Sonntag in Griechenland geboren werden. Ein neues Europa, das sich alle seine Völker erhoffen. Ein Europa der Demokratie, des Friedens und nicht ein Europa eines autoritären Regimes!

http://weltnetz.tv/video/614

(1) Am 30. Mai 1941 holte Manolis Glezos zusammen mit seinem Freund Lakis Santas die Naziflagge von der Akropolis und hisste die griechische Fahne. Diese erste Widerstandshandlung in Griechenland, durch die Glezos ein antifaschistischer Held wurde, war ein Fanal, das viele Griechen zum Widerstand anregte. Glezos und Santas wurden in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Am 24. März 1942 wurde Glezos verhaftet und von der deutschen Besatzungstruppe gefangen gehalten und gefoltert.

Griechenland, das Diktat vom IWF und EU und die deutsche Verantwortung *(Wissenschaftlicher Beirat von Attac Deutschland, 2010)*

Manolis Glezos: „Schwarzbuch der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg“

Manolis Glezos ist Mitautor des **“Schwarzbuches der Besatzung”**, das nicht nur präzise die zahllosen Verbrechen deutscher Besatzer im Zweiten Weltkrieg beschreibt, sondern auch die systematische ökonomische Ausplünderung Griechenlands durch die Deutschen. (…)

Erstens wurden große Mengen von Bodenschätzen - Bauxit, Mangan, Nickel, Molybdän, Schwefelkies u. a. beschlagnahmt und dauerhaft nach Deutschland “umgeleitet” - ca, 45 bis 50 Mio RM jährlich!
Aber auch große Mineralöl- und Kohlenvorräte (10.000 Tonnen) sowie die wichtigsten landwirtschaftlichen Exportprodukte wurden weggeschafft (...).
Das bedeutendste Beutegut aber war der Tabak. Unter der Regie des Reemtsma-Managers Otto Lose wurde die gesamte Ernte der Jahre 1939 und 1940 beschlagnahmt und abtransportiert. (…)
Für diese „Ankäufe“ stellten die Beute- und Erfassungskommandos der 12. Armee Lieferbescheinigungen aus, die Zahlungsversprechen für die Zeit nach Kriegsende enthielten, oder sie bezahlten mit „Reichskreditkassenscheinen“, dem Besatzungsgeld der Wehrmacht (…) .

Griechenland wurden auch riesige Stationierungskosten aufgebürdet, einschließlich Proviantlieferungen für das Afrika-Korps von Erwin Rommel! Die Folge war der Hungerwinter von 1941/42. Es starben über 100.000 Menschen an Hunger und Folgekrankheiten.

Die gigantische Ausplünderung dauerte faktisch bis zum Abzug der Deutschen Besatzungstruppen im Herbst 1944 an. Griechenland wurden dabei rein materielle Schäden in Höhe von mindestens 10, vermutlich aber bis zu 12 Milliarden US-Dollar zugefügt. Dies auf heutige Euro-Werte umgerechnet ergibt - einschließlich Zinsen - einen Betrag von ca. 160 Mrd. Euro!

Dabei ist hier die “menschliche Komponente” fast völlig außer Acht geblieben. Griechenland hat - wie kein anderes Land Europas - durch Krieg und Besatzung fast acht Prozent seiner Bevölkerung verloren!
http://www.argolis.de/Glezos_Nafplio/

*»**Zug der Erinnerung**« fordert Begleichung deutscher Schulden gegenüber Griechenland. Bundesregierung und Deutsche Bahn mauern jedoch weiter*

Der gemeinnützige Verein »Zug der Erinnerung e.V.«wirft sowohl der DB als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn, als auch der amtierenden Bundesregierung als »juristischer Schuldnerin« vor, griechischen NS-Opfern insgesamt 75 Millionen Euro zu schulden und die Rückzahlung des Betrags nach wie vor zu verweigern.
Bei den Massendeportationen der jüdischen Bevölkerung Griechenlands nach Auschwitz soll die Deutsche Reichsbahn Fahrtkosten im heutigen Wert von über 75 Millionen Euro erhoben haben, allein 64 Millionen Euro mußten von den über 48.000 Deportierten der Stadt Thessaloniki gezahlt werden, deren Verschleppung zwischen März und August 1943 stattfand.
Mit einer logistischen Glanzleistung stellten die Mordbeihelfer der Deutschen Reichsbahn damals 19 Transporte mit jeweils rund 30 verriegelten Güterwagen zusammen. Pro Person waren umgerechnet 33 Reichsmark zu entrichten. Die Verschleppten wurden bei Ankunft in Auschwitz sofort durch Gas ermordet; nur wenige entgingen diesem Tod, weil sie als Arbeitssklaven benötigt wurden. ***http://www.junge-welt.de/2015/02-14/034.php***
http://www.zug-der-erinnerung.eu/

***"Wenn wir Europa nicht ändern, wird es die extreme Rechte tun", hat Tsipras prophezeit**. Kühnheit ist heute also umso dringlicher gefordert. Dabei ist die Aufgabe der griechischen und spanischen Linken bereits so gewaltig, dass man zögert, ihnen auch noch die riesige Verantwortung aufzubürden, die Demokratie auf dem alten Kontinent zu verteidigen und den "clash of civilizations" abzuwenden. Und doch ist es genau das, worum es heute geht."*
Serge Halimi, Feb. 2015 : http://www.monde-diplomatique.de/pm/2015/02/13.mondeText1.artikel,a0032.idx,6

Le Monde Diplomatique France zu der Massenhinrichtung bei Charlie Hebdo
Es geht um die Definition der Bruchlinien innerhalb der französischen Gesellschaft

Donnerstag, 8. Januar 2015
Der am Sitz der Satirezeitschrift Charlie Hebdo begangene Mordanschlag am 7. Januar 2015 sollte Journalisten und Karikaturisten aufgrund ihrer öffentlich vertretenen Meinung töten.
Er stürzt diejenigen in Trauer, die sich für die Meinungs- und Pressefreiheit engagieren und versetzt die französische Gesellschaft in kollektive Trauer und Entsetzen. Die Belegschaft der Monde Diplomatique bekundet den Angehörigen der Opfer und deren Freunde ihr aufrichtiges Mitgefühl und sichert ihnen größte Solidarität zu.

Diese Massenhinrichtung trägt zu der Strategie der Spannung und der Angst bei, deren Elemente bedauerlicherweise wohlbekannt sind: Pseudoreligiöse Fanatismus, Aufrufe zu einem „Kampf der Kulturen“, Aushöhlung der bürgerlichen Grundrechte unter dem Vorwand, dass dadurch die öffentliche Sicherheit garantiert werden könnte und ein Sieg im „Krieg gegen den Terrorismus“ möglich sei.

Eine entscheidende Auseinandersetzung ist jetzt im Gange, bei der es um die Definition der Bruchlinien innerhalb der französischen Gesellschaft geht. Ideologische Brandstifter versuchen, in Europa eine Spaltung zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Kultur, ihrer Religionszugehörigkeit zu verankern.
Wir werden dagegen alles Mögliche tun, damit auf der selben Seite der Barrikade alle Befürworter einer emanzipierten, solidarischen und fröhlichen Gesellschaft, für die sich auch die Journalisten und Karikaturisten von Charlie Hebdo eingesetzt haben, zusammen kämpfen.
http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2015-01-08-Charlie-Hebdo
Übersetzung: coorditrad

quotidiano comunista
il manifesto

Samir Amin zu den Charlie-Hebdo-Morden

Eine direkte Folge der westlichen Politik und der Nato-Angriffe auf Libyen

Die Fehler des Westens und neoliberale Schäden: Saddam Hussein und Muammar Gaddafi konnten die islamistische Strömung kontrollieren, aber sie wurden umgebracht.

Wir haben Samir Amin - Philosoph, Ökonom und Direktor des in Dakar ansässigen Third World Forum - in Paris erreicht und ihn telefonisch über die Angriffe auf die Redaktion von Charlie Hebdo befragt. (8. Januar 2015)
Interview von Giuseppe Acconcia (Il Manifesto)

Warum haben die Terroristen das Herz Europas so brutal angegriffen?

Das ist eine direkte Folge der westlichen Politik in Libyen. Besonders Südlibyen ist zu einer riesigen Versorgungsbasis geworden. Diese Region ist strategisch wichtig für Frankreich - ohne sie könnte die französische Armee nicht in der Sahelzone eingreifen. Ich gehe noch weiter. Ich glaube auch, dass der Zeitpunkt der Angriffe mit dem kürzlichen Vorrücken der französischen Armee aus dem Tschad zu tun hat. Die Dschihadisten wollten noch einmal bekräftigen, dass Südlibyen ihre Basis und ein Niemandsland bleiben würde. All dies ist also eindeutig eine direkte Folge der NATO-Angriffe auf Oberst Muammar Gaddafi im Jahr 2011.

Wer ist dann wirklich verantwortlich für diese Taten? Sollten wir vielleicht die westliche Politik im Mittleren Osten hinterfragen?

Es handelt sich um einen verabscheuungswürdigen terroristischen Akt selbsternannter Islamisten, die sehr sonderbare Vorstellungen vom Islam und von Religion haben. Aber die Verantwortung für diese Angriffe liegt bei Frankreich und bei den Vereinigten Staaten. Die Westmächte unterstützen weiterhin Saudi-Arabien, Qatar und die anderen Golfstaaten. Sie stellen sich hinter all diese Länder, die den Terrorismus massiv unterstützen. Um es genauer zu sagen: Die Westmächte betrachten die Allianz mit den Golfstaaten als Grundlage neoliberaler Politik.

Der zweite Fehler des Westens war der Kampf gegen Autokraten, die den politischen Islam zu bremsen versuchten, von Saddam Hussein bis zu Muammar Gaddafi. Zum Beispiel wurde Saddam Hussein im Irak brutal abgesetzt, obwohl er eine Koexistenz von Schiiten und Sunniten garantieren konnte. Und Gaddafi hatte die Abwanderung hin zum Islamismus in Libyen eindeutig unter Kontrolle gehalten.

Gibt es etwas, für das Frankreich besondere Verantwortung trägt?

Frankreich trägt eine zusätzliche Verantwortung: Das Land hat die Islamisten in Algerien unterstützt und als Opfer der Armeediktatur dargestellt. Einige dieser Islamisten haben nicht nur in Saudi-Arabien, sondern auch in Europa Zuflucht gesucht - in Großbritannien sogar noch mehr als in Frankreich.

Warum haben die Westmächte Interesse daran, weiterhin den internationalen Terrorismus anzufachen?

Das einzige Ziel der Westmächte ist es, ihre neoliberale Politik voranzutreiben. Dabei ist die Welt für sie in zwei Lager geteilt: Länder, die den Neoliberalismus bedingungslos unterstützen, sind die einzigen Freunde des Westens, auch wenn er dabei mit verabscheuungswürdigen Islamisten umgehen muss; Widerstand leistende Länder sind die Feinde der Diktatur des internationalen Kapitals. Mit anderen Worten: Für die Westmächte gibt es nur ein Kriterium: den absoluten Neoliberalismus. Wer ihn unterstützt, dem wird verziehen. Und Demokratie hat damit nichts zu tun.

Einige der Täter bezogen sich während der Angriffe auf Al-Kaida im Jemen.

Das überrascht mich nicht - im Jemen wurden Islamisten jahrelang von den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien als Antikommunisten unterstützt. In dem Fall richtete sich der Kampf gegen die nationale „Bedrohung“ der Bevölkerung im früheren Südjemen.

Ist es in diesem Fall wahrscheinlich, dass sich dieses Phänomen durch Dschihadisten mit europäischen Pässen erklären lässt?

Die Westmächte haben es zugelassen, dass Europäer nach Syrien gingen, um gegen Bashar al-Assad zu kämpfen. Die Türkei und die anderen westlichen Regierungen haben diesen Mechanismus unterstützt. Aber wir müssen darauf achten, nicht in Islamophobie zu verfallen.

Die überwältigende Mehrheit der Immigranten in Frankreich, ob sie gläubig sind oder nicht, besteht keineswegs aus Fanatikern, die einem reaktionären Islam anhängen. Stattdessen darf man nicht unterschätzen, wie viele Atheisten und Konvertiten diesen radikalen Bewegungen angehören. Wie üblich sind die Täter gut vorbereitet. Ebenso war es bei den Taliban in Afghanistan, die von der CIA in Pakistan ausgebildet worden waren. Die „europäischen Dschihadisten“ sind also keine Amateure, sie wurden wahrscheinlich in Syrien und im Irak ausgebildet. Daran liegt es, dass sie extrem schlagkräftig waren.

Warum haben sie die Presse als Ziel gewählt?

Die Täter haben ein „intelligentes“ Ziel gewählt. Ihre Absicht war es, in den Medien Schrecken zu verbreiten. Das Ziel besteht letztlich darin, den Westen zur Aufgabe des Säkularismus und der freien Meinungsäußerung zu zwingen.

Das Original des Artikels, „Samir Amin: 'Un atto odioso, ma la colpa è di Francia e Stati uniti'“, erschien am 8. Januar 2015 in der Zeitung Il Manifesto.
Übersetzung ins Englische: Yoshie Furuhashi.
Übersetzung ins Deutsche: Stephanie Laimer-Read, coorditrad
http://mrzine.monthlyreview.org/2015/amin150115.html

Gespräch
mit Alain Badiou und Sophie Wahnich
nach den Morden in Paris in der Sendung von Mediapart „Contre-Courant“
http://www.dailymotion.com/video/x2fgdr1_alain-badiou-sophie-wahnich-apres-la-tuerie_news?start=10

Der Terror von Paris
und die globale Gewaltspirale
http://www.nachdenkseiten.de/?p=24659

*Man muss nicht mit allen Karikaturen von **Charlie Hebdo** einverstanden sein, ja man kann sogar der Meinung sein, dass einige Zeichnungen Öl aufs Feuer gegossen haben und wenig zum befreienden Lachen beigetragen haben – aber wir möchten auf Beiträge hinweisen, die sicher den jetzt Krokodilstränen vergießenden Staatschefs gar nicht gepaßt haben können.*

*Hier also ein Artikel von **Wolinski** von 2012 über Kuba und eine Zeichnung vom Chefredakteur **Charbonnier**, die beide am 7.Januar 2015 ermordet wurden. (md, SiG-Redaktion)*

Zeichnung von Charbonnier,
„Woher kommt der Kapitalismus?“
- „Das weiß ich nicht, ich weiß nur, dass meine Profite aus deinem Arbeitsschweiß kommen. ….Wie kann man so blöd sein!“

Georges Wolinski
Der Mut des kubanischen Volkes

*Die französische Tageszeitung **l´Humanité** blickt in ihrer Ausgabe vom 7. Februar 2012 auf 50 Jahre totale US-Blockade gegen Kuba zurück, die am 7. Februar 1962 verhängt wurde. L´Humanité veröffentlicht in dieser Ausgabe die Gedanken von George Wolinski, Zeichner und Ehrenpräsident von Cuba Si France.*

„1970 war ich zum ersten Mal auf Kuba. Ich habe Frankreich bei einer Ausstellung über politische Zeichnungen vertreten. Die dort ausgestellten Zeichnungen waren im Zuge der Ereignisse im Jahr 1968 in l´Action, l´Enragé und Charlie Hebdo erschienen. Danach wurde ich zum *Festival del Humor* nach San Antonio de Los Ba*ños* eingeladen und war so oft auf Kuba. Ich traf dort Zeichner aus Rumänien, Nordkorea, Polen und Tschechien. Auf dem Platz der Revolution hörte ich drei Stunden lang Fidel Castro bei einer seiner Reden zu. Später, im Jahr 1992, war ich Ehrenpräsident der Biennale des Humors.“

Um nach Kuba zu gelangen, musste man von Madrid oder Prag reisen und war ungefähr 22 Stunden unterwegs. Wegen der US-Blockade war die kubanische Wirtschaft damals zu 80 % von Moskau und den osteuropäischen Ländern abhängig. Dann kam der Zusammenbruch des Sowjetblocks. Ein harter Schlag für Kuba. Den Leuten fehlte es an allem was man zum Leben und zum Arbeiten brauchte. Charly Bouhana, Mitglied der Buchgewerkschaft, hat mich gebeten ihn dabei zu unterstützen, den kubanischen Künstlern und Schülern zu helfen. So entstand die Hilfsorganisation Cuba Si France. Erste Initiative: das Solidaritätsschiff. Ein Frachtschiff voll mit Heften, Papier und Schulmaterialien für die kubanischen Schulen.
In der Folge hat der Verein verschiedene Kinderhilfsprojekte begleitet. Es gab noch eine Materiallieferung für Künstler, die nicht mehr kreativ tätig sein konnten, weil ihnen das Material fehlte. Die Künstler standen zwar der Regierung nah, trotzdem konnten sie nicht mehr arbeiten.
Seit damals hat Cuba Si France nie aufgehört, sich vehement gegen die US-Blockade auszusprechen.

Vor zwei Jahren war ich wieder auf Kuba und konnte mit eigenen Augen sehen, wie couragiert die Kubaner den Embargo bedingten widrigen Lebensumständen trotzen. Ich sah 1 ½ Millionen offensichtlich kerngesunder, junger Kubaner vor einer Tribüne defilieren, auf der ein selbstbewusster Raúl Castro stand. Keiner einziger hat gerufen „Hau ab, Raúl!“
Am 8. März, dem internationalen Tag der Frau, habe ich eine Rede von Mayda Alvarez Suarez, Aktivistin des unter staatlicher Führung stehenden kubanischen Frauenforschungszentrums gehört. Sie wurde von unserem Verein nach Frankreich eingeladen. 52 Jahre nach Beginn der Revolution fasst Mayda die Philosophie der Kubanerinnen so zusammen: *„Zur allgemeinen Überraschung und trotz der geringen Begeisterung der Männer haben die Frauen ihre Autonomie erreicht. Die Gleichheit der Gehälter ist gesetzlich festgeschrieben und Frauen können Führungspositionen einnehmen, dies trotz schwieriger Lebensumstände, mangelnder Lebensmittel, fehlender Kinderbetreuungsplätze und zunehmender Gewalt.“*
Die Geburtenrate sinkt und liegt bei 1,6 Kindern pro Elternpaar. Mayda erklärt, dass vor der Revolution viele Mädchen mit 14 zum ersten Mal schwanger wurden. Heute bekommen die Frauen ihr erstes Kind durchschnittlich mit 24 Jahren.
Wie steht es um das Verhältnis Mann - Frau? Maydas Formel lautet:
„Die Männer, die die Frauen sich wünschen, gibt es noch nicht. Die Frauen, die die Männer sich wünschen, gibt es nicht mehr!“ In naher Zukunft sollen wichtige Reformen durchgeführt werden, wie die Entlassung von 500.000 Beamten. Mayda lächelt: *„Wir haben schon Schlimmeres erlebt.“*
Übersetzung:coorditrad

Zum Embargo gegen Kuba: *Die 33 Mitgliedsländer der Lateinamerikanischen und Karibischen Staatengemeinschaft CELAC haben den US-Kongress zur Beendigung der Blockade gegen Kuba aufgefordert. (…) Castro unterstrich den Wunsch Havannas nach einer Normalisierung der Beziehungen zu Washington, fügte aber hinzu, dass das Ende der Blockade dafür eine Voraussetzung sei.* **(Aus dem Bericht über das Treffen der CELAC Ende Januar , http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Lateinamerika1/celac3.html)**
Zu der Politik der USA gegenüber Kuba: Von Hard zu Softpower https://amerika21.de/analyse/112101/von-hard-zu-soft-power
S. auch Chomsky: Obama's Historic Move, https://zcomm.org/zcommentary/obamas-historic-move/

Leticia Hillenbrand, amerika21

Putschversuch - Lateinamerika solidarisiert sich mit Venezuela

Mexiko-Stadt/Montevideo. Regierungen und zivilgesellschaftliche Akteure aus Lateinamerika haben sich mit der venezolanischen Regierung solidarisiert und einen mutmaßlichen Putschversuch gegen Präsident Nicolás Maduro verurteilt.

So brachte ein Bündnis mexikanischer Intellektueller, Künstler und sozialer Gruppen in einer Stellungnahme mit dem Titel "Respekt für Venezuela, Nein zum Putsch!" seine Ablehnung von Putschplänen oppositioneller Gruppen gegen Maduro zum Ausdruck. Sie appellieren an die Regierungsgegner, die venezolanische Verfassung zu respektieren. "Die Opposition soll endlich verstehen, dass es keine Umkehr des Aufbaus einer gerechten, freien und demokratischen Gesellschaft in Venezuela gibt", heißt es in dem Kommuniqué.

Zudem kritisieren sie das Verhalten der USA. Von Washington aus würde die bolivarische Revolution in Venezuela torpediert, meinen die Unterzeichner des Appells, die bekräftigen: "Lateinamerika und die Karibik sind nicht der Hinterhof der USA." In der Stellungnahme heißt es weiter: "Wie auch die südamerikanischen Organisationen CELAC und MERCOSUR fordern wir Respekt für Venezuela und für seine gewählte Regierung und appellieren an die Nationen der Welt, die neuen Gewalttaten zu verurteilen und die verfassungsmäßige Ordnung des Staates zu unterstützen."

Die Abgeordneten des kürzlich in Uruguay neugewählen Parlaments sprachen ebenfalls ihre Verbundenheit mit Venezuela aus und bestärkten das venezolanische Volk, "die Demokratie in seinem Land zu verteidigen".

Lucía Topolansky, Mitglied des uruguayischen Senats und Ehefrau des scheidenden Präsidenten José Mujica, kritisierte die Versuche venezolanischer Regierungsgegner, das Land zu destabilisieren. *"Es wird immer eine Gruppe von Bürgern geben, die sich nicht repräsentiert fühlen, aber das wichtigste ist das neben- und miteinander Leben"*, betonte Topolansky. Die Senatorin wies auf die Bedeutung lateinamerikanischer Organisationen wie UNASUR und CELAC hin, die die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region förderten.

Vergangene Woche hatten der venezolanische Präsident Nicolás Maduro und der Parlamentspräsident, Diosdado Cabello, im staatlichen Fernsehkanal Venezolana de Televisión (VTV) bekanntgegeben, dass eine Gruppe von Luftwaffenoffizieren zusammen mit Mitgliedern der rechtskonservativen Partei Primero Justicia (PJ), darunter der Abgeordnete Julio Borges, einen Putsch gegen Präsident Maduro geplant hatten. Anschläge seinen dabei auch auf den multinationalen Nachrichtensender Telesur, den Präsidentenpalast Miraflores und die Wahlbehörde geplant gewesen. Finanzierung erhielten die Putschisten möglicherweise auch aus den USA.

Seit den vereitelten Putschplänen berichten auch andere Medienanstalten von Bedrohungen. In der Nacht des 7. Februar meldete der unabhängige Fernsehkanal ViVeTV einen Angriff mit Molotowcocktails auf seine Niederlassung im Bundesstaat Zulia. Verletzt wurde dabei niemand.

https://amerika21.de/2015/02/112617/solidaritat-mit-venezuela

Weitere Informationen über Venezuela:
https://amerika21.de/geo/venezuela

Maurice Lemoine, Ära der leisen Staatsstreiche in Lateinamerika,
in SiG 113,
http://sandimgetriebe.attac.at/11136.html

«Der Krieg gegen das Soziale» von Dario Azzellini (31.03.2014)
Gewaltsame Destabilisierung und Paramilitarismus hängen in Venezuela eng zusammen
https://amerika21.de/analyse/98825/krieg-gegen-das-soziale

«Die Geierfonds und die Medien - Wie Hedgefonds und Medienunternehmen versuchen, sich der Ressourcen in Argentinien und Venezuela zu bemächtigen» von Aram Aharonian (13.09.2014)
https://amerika21.de/analyse/…/die-geierfonds-und-die-medien

Zunehmende Angriffe auf Medien in Venezuela (15.02.2015)
Molotow-Cocktail gegen Vive TV. Mehr Aggressivität der rechten Opposition. Nachrichtensender Telesur berichtet "von der Straße"
https://amerika21.de/2015/02/112267/angriffe-medien-venezuela

«Schauermärchen gegen Maduro - Internationale Medienkampagne gegen Venezuela: Regierung sieht »blutigen Putsch« im Gange» von André Scheer (04.02.2015)
https://www.jungewelt.de/2015/02-04/009.php

«Venezuelas Regierung besetzt Supermarktkette - Vorwurf der Beteiligung am "Wirtschaftskrieg". 35 Filialen und Lagerhallen vorübergehend unter staatlicher Kontrolle, fünf Manager festgenommen» von Maren Krätzschmar
https://amerika21.de/2015/02/111693/supermarktkette-besetzt

«Spannungen zwischen Venezuela und USA nehmen zu» von Vilma Guzmán (05.02.2015)
https://amerika21.de/2015/02/111733/spannungen-usa-venezuela

«Viele Warnungen vor Putschgefahr in Venezuela - Regierung bittet angesichts konkreter Hinweise um Unterstützung. Auch ausländische Beobachter und Oppositionsvertreter schüren Gerüchte» von Christian Kliver (06.02.2015)
https://amerika21.de/2015/02/111819/warnungen-putsch-venezuela

Willy Wimmer

Gegen jeden Terror

In dem Maße, wie wir die Opfer in Paris beklagen, dürfen wir nicht verkennen, in welch erschreckendem Umfang wir zu Massenmorden rund um den Globus beitragen

(…) Wie wir aus leidvoller Erfahrung wissen, werden Massaker dieser Art umgehend benutzt, um weitere Kontrollmechanismen einzuführen, die vor allem die rechtschaffenen und gesetzestreuen Bürgerinnen und Bürger zum Ziel haben. Seit den Terroranschlägen von New York wissen wir, in welchem Maße die bürgerlichen Freiheiten Opfer dieser Anschläge geworden sind, weil die Überwachungseinrichtungen unserer Staaten sich diese einmalige Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten. (…) Wenn unsere Regierungen den seit Jahrzehnten eingeschlagenen Weg der Bekriegung weiter Teile des Globus fortsetzen, wird die von unseren Staaten losgetretene Verelendung anderer Staaten und der dort lebenden Menschen vor unseren Städten und Dörfern nicht haltmachen.

In dem Maße, wie wir die Opfer in Paris beklagen und die Täter vor Gericht sehen wollen, dürfen wir nicht verkennen, in welchem erschreckenden Umfang wir zu Massen-morden rund um den Globus beitragen. **Wir gehen mühelos über die Opfer afghanischer Hochzeitsgesellschaften hinweg, die Ziel unserer Raketen geworden sind.**

Warum haben wir zugelassen, der NATO eine Entwicklung zu erlauben, die keinesfalls und in keinem einzelnen Punkt mit dem NATO-Vertrag übereinstimmt, dem ein Deutscher Bundestag einmal zugestimmt hat?

Warum haben wir es zugelassen, unsere eigenen Interessen an einem gedeihlichen Zusammenleben in Europa hintanzustellen und statt dessen vom Raketenschirm bis zum Ukraine-Putsch das Tischtuch zur Russischen Föderation zu zerschneiden?

Warum verfolgen wir gegenüber anderen Staaten eine Sanktionspolitik, von der wir wissen, dass sie Kriege vorbereiten und mit einem Legitimationsrahmen versehen soll?

Warum lassen wir es zu, Menschenrechte zu militarisieren, um politische und vor allem ökonomische Interessen auf dem Rücken derjenigen durchzusetzen, für deren Belange wir angeblich streiten?

Warum haben wir es zugelassen, eine verbesserungsfähige Gesellschaft der »sozialen Marktwirtschaft« auf dem Altar von »Shareholder Value« zu opfern und weiten Teilen unserer eigenen Bevölkerung die Perspektivlosigkeit zu offerieren?

Sieht man deshalb schwarz, weil absehbar ist, wohin dieser Weg führt? Sollen wir zusehen, wie unsere Erfahrungen von Krieg und Wahnsinn beiseite gefegt werden, um in das nächste Elend gestürzt zu werden? Die Menschen suchen Halt und finden ihn nicht mehr.

So interessant es ist, die Beleuchtung von Domen abzuschalten, wenn es opportun erscheint, so wichtig wäre es, gegen die Hybris der Mächtigen auf dem Weg in den globalen Krieg die Glocken läuten zu lassen.

Warum ist es nicht möglich, durch normales geschäftliches Vorgehen an die Rohstoffe für unsere Wirtschaft zu gelangen, statt alles mit der allein entscheidenden Machtfrage zu verbinden?

Und unsere Soldatinnen und Soldaten? Über wohlfeile Mehrheiten in unseren Parlamenten werden sie nie und nimmer die für ihren Dienst notwendige Gewissheit erhal-ten, die zwingend daran gebunden ist, dass unser Land in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz dem Frieden in der Welt dienen muss und jede Teilnahme an einem Angriffs-krieg sich deshalb a priori verbietet.

Fallen wir hinter »Nürnberg« deshalb zurück, weil die mit uns verbündeten Vereinigten Staaten von Amerika den Krieg wieder zum Normalfall machen werden, wie es bis zum Ersten Weltkrieg gang und gäbe gewesen ist?

Verweigern wir uns in Zukunft dem, was in der Charta der Vereinten Nationen postuliert worden ist, weil unser »Lager« den Durchmarsch will und sich die globalen Strukturen schon dafür zurechtgelegt hat?

Soll das Beispiel der Vereinigten Staaten mit einem überdimensionierten Militärapparat zu Lasten der Gesellschaft auf uns übertragen werden, um eine Neuauflage des Militarismus und der damit verbundenen gesellschaftlichen Verwerfungen erleben zu müssen?

»Frieden statt NATO«*. Der Januar dieses neuen Jahres soll und muss in diesen Fragen verantwortlich beginnen und den* ***notwendigen Kontrapunkt zu jenem Treffen in München*** *setzen, bei dem mit der angeblichen Sicherheits-konferenz nur die Politik der schiefen Ebene fortgesetzt werden soll.*

(Auszüge, Jungewelt 9.1.2015)

Jürgen Todenhöfer

GAZA - "Verdammt nochmal tut endlich was!"

Täglich wird über alle Katastrophen dieser Welt berichtet. Doch nie über Gaza.
Von der "4 Mrd. € Hilfe" sind bisher nur 3% angekommen. Vor allem für Gehälter der internationalen Helfer. Zynisch hält Netanjahu die Steuer-Einnahmen Palästinas (!) zurück, weil dessen Regierung dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten ist. Folge: Not pur. Selbst schwer zerstörte Wohnungen können nicht repariert werden. Nachts ist es oft bitterkalt. Fünf Babies sind bereits erfroren. Salma, Fadi, Adel, Rafah und Wadie. Kein Staatsmann der Welt protestiert gegen den Tod dieser Kinder. Keiner kondoliert den Eltern. Unsere Staatsmänner kümmerten sich ja auch nie um die 539 zu Tode gebombten und 3000 verletzten Kinder aus Gaza. Es waren ja nur Palästinenserkinder.
Gaza liegt am Boden. Nicht angezählt, ausgezählt. Freunde aus Gaza sagen mir leise: "Noch nie war die Lage der Menschen so verzweifelt. Nie!" 140.000 Kommunalangestellte erhalten nur noch Bruchteile ihrer Gehälter. Sie können ihren Kindern nicht einmal mehr ein Pausenbrot bezahlen. Abwassersystem, Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen sind zusammengebrochen. Alles ist verseucht. Die Zahl der Krankheiten explodiert.

Über 370.000 Kinder müssten laut UNICEF zur Zeit psychologisch betreut werden. Sie können die grausamen Bilder des Todes ihrer Eltern, Geschwister und Freunde nicht verarbeiten und stehen noch immer unter Schock. Auch Erwachsene. Ihre Behandlung ist völlig unzureichend. Einer von ihnen ist der 12-jährige Sayed, dessen vier Spiel-Kameraden beim Fußballspielen am Strand durch israelische Raketen starben. Ich war an jenem Tag in Gaza. Fassungslos. Erst war Sayed gelähmt und verlor die Sprache. Jetzt wird er mit schwersten Psychopharmaka behandelt. Die Schule hat er aufgegeben.

Einige Kinder und Heranwachsende wollen sich mit dem trostlosen Bild ihrer zerstörten Stadt nicht abfinden. Mit bunten Farben malen sie die Felsen und Betonklötze des Hafens an. Gaza soll leben, leuchten, bunt sein. Weg mit den traurigen Gedanken! Eine verzweifelte Initiative! Doch sie wird die Tristesse nur aus dem Hafen der Stadt vertreiben. Nicht die Trauer aus den Herzen der Menschen.

Wissen Sie wirklich, Herr Netanjahu, was Sie diesen Menschen angetan haben? Waren Sie jemals in den Notunterkünften, den Krankenhäusern, den zerbombten Wohnungen von Gaza? Wahrscheinlich nicht. Sie verstünden sonst, warum Palästina dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten ist. Obwohl man dort auch über Verbrechen der Hamas sprechen wird.

Der Beitritt Palästinas zum Internationalen Gerichtshof ist ein Schrei nach Gerechtigkeit. Warum, Herr Netanjahu, wehren Sie sich gegen Gerechtigkeit, wenn Sie sich nichts vorzuwerfen haben? Wenn es zulässig war, in einer Orgie der Gewalt über 2.100 Menschen zu töten, über 11.000 zu verwunden und 20.000 Häuser zu zerstören? Oder wehren Sie sich etwa, weil sie genau wissen, dass die maßlosen Bombardements Kriegsverbrechen waren? Dass das Urteil über Ihre Rambo-Entscheidungen im Gaza-Krieg vernichtend sein wird? Auf all das wollen die traumatisierten Palästinenser eine Antwort. Auch der kleine Strandfußballer Sayed.

***Unseren Politikern aber rufe ich zu: "Verdammt nochmal tut endlich was!** Es ist völlig richtig, die Verbrechen der Vergangenheit nicht zu vergessen. Aber wenn Ihr jetzt Gaza langsam sterben lasst, habt Ihr wieder versagt."*
Es ist schwer, über Gaza nicht zu weinen. Ich schaffe es nicht mehr. Euer JT
http://juergentodenhoefer.de/gazas-schrei-nach-gerechtigkeit/

Ökologische und soziale Katastrophe macht Gaza unbewohnbar, ein Beitrag von Annette Groth und Wiebke Diehl, Jan. 2015,
http://www.businesscrime.de/oekologische-und-soziale-katastrophe-macht-gaza-unbewohnbar/
UN-Organisation über die besetzten Palästinensichen Territorien: http://www.ochaopt.org/ :
The main challenges facing Palestinians in occupied Palestinian territory: http://www.ochaopt.org/srp2015/
NO ASSOCIATION WITH OCCUPATION – Suspend the EU-Israel Association Agreement
http://freepalestine.eu/wp-content/uploads/2014/10/No_association_factsheet_A4_2.pdf

---

Einige Themen in „Sand im Getriebe" Nr.115, *erscheint im April*

1. Zunehmende Ungleichheit

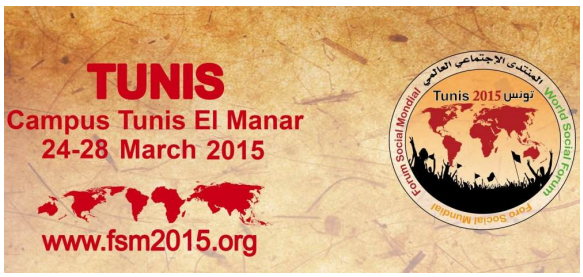
Laut einer neuen Studie von Oxfam besitzt das weltweit reichste Prozent mehr als der Rest der Welt.
Da die Vermögen des reichsten Prozents jährlich um mehr als 5 Prozent wachsen, nimmt diese Ungleichheit auch weiter enorm zu. Alle bisher bestehenden Vorschläge die Ungleichheit zu reduzieren sind daher nur kosmetisch. Wer Ungleichheit wirklich reduzieren will, müsse große Vermögen über ihrer jährlichen Zuwachsrate besteuern, fordert Attac.
In Österreich besitzt das reichste Prozent soviel wie die ärmsten 37 Prozent der Bevölkerung.

http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Vermoegen_in_Oesterreich.pdf
http://media.arbeiterkammer.at/wien/SWSAktuell_2014_10.pdf

2. Klima: Über die Klimakonferenz in Lima (Dez 2014),

http://www.klimaretter.info/wirtschaft/hintergrund/18097-latifqweg-mit-dem-emissionshandelq

3. Weltsozialforum in Tunis 24.-28.März 2015



https://france.attac.org/actus-et-medias/le-flux/article/nous-serons-nombreux-a-tunis-pour

Oskar Lafontaine
Gegen jede Kriegsbeteiligung

Rede auf der XX. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 10. Januar 2015
Aufzeichnung der Rede: https://www.youtube.com/watch?v=SKTTwBGJzVo

»Die ganze Außenpolitik ist ein Lügengebäude, und wir haben die Aufgabe, diese Lügen zu durchbrechen, wenn wir wirklich zu einer friedlichen Außenpolitik kommen wollen«

Ich habe heute morgen France Inter gehört und habe dort die Diskussion hinsichtlich der Ereignisse in Frankreich, der terroristischen Anschläge und der Ermordeten, verfolgt. Und dann war jemand dort, der über das Täterprofil dieser Leute gesprochen hat. Es stellte sich erwartungsgemäß so dar: jung, männlich, muslimischen Glaubens, sozial entweder ausgegrenzt oder in einer Tarn-Berufsgruppe und so weiter und so weiter. Ich habe mir das dann gar nicht länger angehört, denn mir ist es durch den Kopf gegangen, dass wir Terroristen in aller Welt haben, und dass das Täterprofil der Terroristen in aller Welt das gleiche ist – mangelnde Liebe zum Menschen und mangelnde Liebe zum Leben. Und wenn wir die Debatte nicht so führen, dass wir die Frage stellen, wo haben wir denn überall Terrorismus, und wenn wir die Debatte nicht so führen, dass wir uns die Frage stellen, ob nicht auch bei uns im angeblich guten Westen Verantwortung für terroristische Anschläge besteht, wenn wir uns nicht die Frage stellen, was ist Terrorismus überhaupt, dann werden wir keine vernünftige Debatte führen können und auch keine Ergebnisse haben können.

Ausgrenzung und Ohnmacht

Ich habe jahrelang im Deutschen Bundestag die Kanzlerin immer wieder gefragt, was denn Terrorismus sei. *»Sie wollen Terrorismus bekämpfen«*, war meine Aussage, *»also bitte sagen Sie uns, was Terrorismus ist, denn sonst kann man ihn ja nicht bekämpfen.«* Es kam nie eine Antwort, und das hat Gründe. Irgendein Beamter hat dann ein sogenanntes Antiterrorgesetz geschrieben, demzufolge – hört genau zu – Terrorismus die rechtswidrige Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Belange ist. Gott sei dank wird gelacht. Ich habe das im Bundestag vorgetragen und gesagt: *»Wissen Sie, was Sie gerade beschlossen haben? Sie haben gerade beschlossen«*, das war damals noch nicht so lange nach dem Irak-Krieg, *»dass Bush, Blair und alle anderen, die den Irak-Krieg unterstützt haben, Terroristen sind.«* Ich will es nur an diesem Beispiel deutlich machen: Wenn wir nicht lernen, dass das zumindest in der arabischen Welt so gesehen wird, dass etwa Bush ein großer Terrorist ist, weil Hunderttausende ermordet worden sind aufgrund seiner Fehlentscheidung, dann werden wir im Westen niemals eine Diskussion darüber führen können, wie der Terrorismus in dieser Welt zu bekämpfen ist, niemals.

Und ich habe mir immer die Frage gestellt und versucht, diese in Diskussionen auch im Bundestag einzubringen: *»Wie nehmt ihr eigentlich die Welt wahr? Was glaubt ihr eigentlich, was bei jungen Leuten, was in den Herzen von jungen Leuten vorgeht, die dann sehen, dass ihre ganze Familie ausgelöscht wird, weil sich eine Drohne in eine Hochzeitsgesellschaft verirrt hat, wo dann viele unschuldige Menschen ums Leben kommen? Da geht ihr zur Tagesordnung über, aber wenn jetzt hier ein terroristischer Anschlag geschieht, dann ist die Empörung groß.«* So kann man nicht herangehen. Eine Voraussetzung muss sein, dass wir die Doppelmoral endlich aufgeben, die Grundlage der großen Irrtümer in der Welt ist.

Ausgrenzung und Ohnmacht, das waren zwei Wörter, die ich in vielen Kommentaren gelesen habe. Im Zentrum der Überlegungen stand, dass Ausgrenzung und Ohnmacht Reaktionen provozieren; das ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen weltweit, das lässt sich nicht unbedingt lokalisieren. Und überall dort, wo Ausgrenzung und Ohnmacht festgestellt werden, muss man mit Gewalt rechnen. Das gilt auch für unsere Gesellschaft. Es gibt viele Menschen, die fühlen sich ausgegrenzt, es gibt viele Menschen, die fühlen sich ohnmächtig – in allen Ländern dieser Welt, in allen Systemen dieser Welt, und irgendwann glauben diese Menschen, sie können sich nur mit Gewalt zu Wehr setzen. Und daraus ist doch nur eine Lehre zu ziehen: Wir müssen Gesellschaftsordnungen aufbauen, die Menschen nicht ausgrenzen und sie nicht das Gefühl von Ohnmacht und Ratlosigkeit fühlen und empfinden lassen. Wenn man über Terrorismus spricht, muss man sagen, was man unter Terrorismus versteht. Wenn man beispielsweise Mord verurteilt, dann muss man Mord verurteilen, wo immer er begangen wird und von wem er auch begangen wird. Und daran fehlt es im großen Umfang in der westlichen Gesellschaft.

Diese Ereignisse müssen doch eine Diskussion über die Außenpolitik provozieren und lassen nur eine einzige Schlussfolgerung zu. Die Interventionskriege, diese terroristischen Kriege, sind die Grundlage für die Ausbreitung des weltweiten Terrors. Man kann sicherlich über dieses und jenes reden, über eines jedoch nicht: Wenn es denn einmal dazu kommen sollte – ich muss den Fall ja sehr hypothetisch hier diskutieren –, dass die Linke eingeladen wird, sich an einer Bundesregierung zu beteiligen, dann muss eines klar sein: Eine solche Regierung darf sich niemals an Interventionskriegen beteiligen, niemals, das muss die Grundbedingung sein.

Was denken sich diejenigen eigentlich, die solche Kriege beschließen? Was empfinden sie? Wie kommen sie überhaupt dazu, andere zu beauftragen, Krieg zu führen? Macht man sich überhaupt eine Vorstellung davon, was das heißt? Und da muss man doch heute zu der Antwort kommen: Diejenigen, die den Auftrag geben, können sich gar nicht mehr vorstellen, welche Aufträge sie eigentlich vergeben. Und dass sie noch weniger Phantasie haben, darüber nachzudenken, was das eigentlich heißt. Man kann hier auf den alten Kant verweisen. Ich tue das gerne, eben weil ich ja Leute erreichen will, die nicht schon so denken, wie wir denken. Sie sollen mal darüber nachdenken, warum der alte Kant in seiner Schrift zum ewigen Frieden einen richtigen Gedanken geäußert hatte. Sinngemäß sagte er: *»Wenn diejenigen, die zu beschließen haben, auch die Drangsale des Krieges zu erleiden hätten, dann würden sie diese Beschlüsse nicht fassen«*. Und wenn ich zornig bin, dann sage ich: Wir bräuchten nur ein Bataillon von Interventionskriege befürwortenden Journalisten und ein Bataillon von kriegsbefürwortenden Politikern, die sofort eingesetzt werden können, wenn solche Kriege geführt werden, dann wäre der ganze Spuk zu Ende. Wir hätten das dann alles nicht.

Kein Vermögen ohne Verbrechen

So, nun will ich zum Thema dieser Konferenz kommen – »Frieden statt NATO«. Daraus ergibt sich die Frage: Wofür stehen wir, welche Überzeugung haben wir, wie kann

man dazu beitragen, dass Frieden überhaupt entsteht? Nach meiner tiefen Überzeugung – ich darf wohl sagen: nach unserer tiefen Überzeugung – kann der Frieden auf der Welt nur dann erreicht werden, wenn eine Gesellschaftsordnung aufgebaut wird, die wirklich demokratisch ist. Das heißt eine Gesellschaftsordnung, in der sich die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen, weil wir davon ausgehen können, dass die Mehrheit der Bevölkerung, das sehen wir im Afghanistan-Krieg, das sehen wir überall, keine Kriege beschließen würde, weil sie ihre Kinder, weil sie ihre Männer, weil sie ihre Frauen nicht in Kriege schicken würde. Und deshalb brauchen wir demokratische Gesellschaften, die wir derzeit nirgendwo auf der Welt haben.

Und demokratische Gesellschaften sind nun untrennbar verbunden mit einer Wirtschaftsordnung, in der der Mensch eben im Mittelpunkt steht. In der die Ausbeutung des Menschen beendet wird. In der das gemeinsam erarbeitete Vermögen auch denen zukommt, die es erarbeitet haben. Wir leben in einer Gesellschaftsordnung, in der eine Minderheit reich wird, weil sie die große Mehrheit für sich arbeiten lässt. Wir wollen aber eine Gesellschaftsordnung, in der das Vermögen denen bleibt, die es erarbeitet haben – und das ist die große Mehrheit der Bevölkerung. Denn auch das ist ja kein neuer Gedanke: Immer dann, wenn durch diese Art von Einkommens- und Vermögensverteilung sich Vermögen ballt – dann ist keine Demokratie möglich. Großes Vermögen verträgt sich nicht mit Demokratie, weil es niemals demokratisch zustande gekommen ist.

Wie wenig das gelernt wurde – bis zum heutigen Tag –, sieht man ja daran, dass Herr Chodorkowski in den westlichen Gesellschaften als großer Freiheitskämpfer empfangen wird. Da fasst man sich nur noch an den Kopf. Man muss kein Marxist sein, man muss nur Balzac gelesen haben, um zu wissen, dass hinter jedem großen Vermögen ein großes Verbrechen steht. Wir sollten endlich aufhören, Verbrecher zu bejubeln und sie zu empfangen.

Wenn SPD und Grüne doch nur begreifen würden, was da in der Ukraine geschehen ist. Als hätte das irgend etwas mit Demokratie zu tun, dass man ein Oligarchensystem durch ein anderes abgelöst hat – und das noch in Form eines Putsches. Wenn wirklich um Demokratie gekämpft würde, dann wären wir ja dabei. Aber wir wollen keine Oligarchenwirtschaft, die nach wie vor das Volk brutal ausbeutet.

Hintergrund

Im Gegensatz zu dem Pfarrer, der zum Bundespräsidenten gewählt wurde und zur Pfarrerstochter, die Kanzlerin ist, hat der Papst in Rom die Bibel gelesen und weiß daher, was darin steht. Da steht nicht, *»Du sollst Kriege führen«*. Die Kernbotschaft des Bibeltextes lautet vielmehr, *»Du sollst den anderen lieben wie dich selbst«*. Und das verträgt sich nun mal nicht mit Kriegen und Ausbeutung. Das ist die Kernbotschaft, und deshalb ist es gut, dass dieser Papst sagt, *»Wir leben im dritten Weltkrieg, und es gibt Wirtschaftssysteme, die können ohne Krieg nicht sein. Und deshalb werden Waffen produziert und verkauft«.* Das ist doch die Wahrheit, die jemand endlich mal ausspricht. Ich begrüße das sehr, dass der Papst diese Botschaft mittlerweile in aller Welt verbreitet.

Wir, die Linke, können aber nicht sagen: *»Warten wir, bis eine bessere, eine andere Wirtschaftsordnung da ist.«* Damit würden wir uns für den Rest der Zeit aus der Politik verabschieden. Wir müssen schon versuchen, die minimalen Spielräume, die wir haben, zu nutzen. Und ich scheue mich dann auch nicht zu sagen: Ja, man kann darüber nachdenken, ob eventuell eine Regierungsbeteiligung möglich ist. Aber dann muss man wirklich wissen, was man will. Dann darf man nicht einknicken, und ich habe ja eine Grundbedingung vorhin genannt. Diese Grundbedingung ist aber noch viel umfassender. Eine solche Regierungsbeteiligung ist überhaupt nur vorstellbar, wenn die Außenpolitik eine grundsätzliche Neuorientierung erfährt. Und das heißt: Wir brauchen die Auflösung der NATO, und wir brauchen den Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einschluss Russlands. Etwas anderes ist überhaupt nicht möglich. Und das heißt auch gute Nachbarschaft. Das heißt Entspannung. Das heißt, auf den anderen eingehen. Das heißt, dessen Ängste und Sorgen ernst zu nehmen. Wie verkommen die Diskussion ist, zeigt sich ja schon an dem Wort »Putinversteher«. Man muss im Grunde, wenn man Außenpolitik machen will, versuchen, den anderen zu verstehen. Man muss auch versuchen, Putin zu verstehen, sonst kann man mit ihm keinen Frieden erreichen. Wir müssen zu »Russlandverstehern« werden, wir müssen einander verstehen, sonst schaffen wir keinen Frieden, liebe Freundinnen und Freunde.

NATO auflösen

Der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, sagte kurz nach Kriegsende: *»Die NATO ist geschaffen worden, um die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten.«* Und deswegen fragt euch mal, was sich eigentlich heute geändert hat. Es ist wirklich nicht mehr nachvollziehbar, dass all das, was in den Jahren der Brandtschen Ostpolitik an Entspannung und Verständigung erreicht werden konnte, dass all das verspielt worden ist. Ich sage, wir können aus unserer Geschichte lernen: Deutschland braucht gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland. Das ist in unserem ureigensten Interesse. Damals hieß es, wir können den Frieden nur miteinander erreichen, nicht gegeneinander. Und das gilt heute nach wie vor. Dieses ganze Kriegsgerede, diese ganzen Sanktionen – das ist alles spannungsverschärfend. Wir brauchen eine Politik der Entspannung und der guten Nachbarschaft anstelle der Merkelschen Russlandpolitik.

Und das heißt, eine Regierung, an der wir mitwirken können, müsste in jedem Fall nein sagen zu jeder weiteren NATO-Osterweiterung. Der ständige Versuch, Russland einzukreisen, ist doch eine Ursache der Spannungen. Es war ein Versprechen, dass man die NATO nicht ausdehnen und an die Grenzen Russlands heranschieben würde. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Jeder Konflikt hat eine Vorgeschichte, und mit dem Bruch dieses Versprechens beginnt der Ukrainekonflikt. Man schob die NATO immer weiter nach vorn und sagte schließlich, auch die Ukraine brauchen wir. Die Ukraine müsse in die EU, sie müsse in die NATO. Das ist gegen Russland gerichtet. Das war eine völlig falsche Politik, die abgelöst werden muss durch eine Politik der Verständigung mit Russland, sonst werden wir den Frieden niemals erreichen.

Es geht also nicht nur darum, dass wir keine Osterweiterung in irgendeiner Form mittragen können, es geht auch aktuell darum, dass keine Truppen an der Grenze zu Russland stationiert werden dürfen. Die spinnen doch langsam. Welche Gründe haben wir, Truppen an der Grenze zu Russland zu stationieren? Es werden die alten Märchen des Kalten Krieges erneut aufgetischt, indem man sagt, Russland bedrohe uns.

Man muss sich das mal vorstellen. Die NATO gibt tausend Milliarden für die Rüstung aus. Russland gibt – das sind die Zahlen von 2013 – 88 Milliarden aus. Die sind doch nicht mehr ganz richtig im Kopf, dass sie sagen, »von einem Land, das 88 Milliarden ausgibt, fühlen wir uns, die wir tausend Milliarden ausgeben, bedroht. Wir müssen weiter aufrüsten«. Wie lange glaubt man eigentlich, der Bevölkerung einen solchen Schwachsinn noch auftischen zu können?!

Und deshalb ist in diesem Kontext ein weiterer Punkt anzusprechen: Die Sanktionen müssen sofort gestoppt werden! Es ist doch wirklich nicht allzu schwer zu begreifen, dass dann, wenn ein Land destabilisiert wird, wenn die Wirtschaft eines Landes in immer größere Turbulenzen gerät, wenn dieses Land immer stärker gefährdet wird, dass dann kein Mehr an Sicherheit gewonnen wird, sondern dass dann die Situation

immer weiter eskaliert. Und wir müssen wissen, dass heute zur Kriegsführung nicht nur Truppen und technisches Gerät gehören, sondern auch ökonomische Mittel. Man muss wissen, dass der IWF nichts anderes ist als ein verlängerter Arm der US-Politik. Genauso wie die NATO. Und deshalb müssen beide völlig reformiert und völlig anders gestaltet werden. Und das heißt, der IWF muss zu einer demokratischen Organisation umgewandelt werden. Und seine ganze Politik muss sich ändern. Es darf doch nicht sein, dass der IWF eingesetzt wird, um ökonomische Interessen Amerikas durchzusetzen bei gleichzeitiger Destabilisierung der betroffenen Länder. Aber das ist doch das, was vorgeht, liebe Freundinnen und Freunde.

BRD kein souveränes Land

Es geht heute nicht mehr nur um die Eroberung von Territorien, sondern es geht vielmehr um die Eroberung von Märkten. Man muss sich nur anschauen, welche Konzerne in der Ukraine mittlerweile Verträge abgeschlossen haben. Noch immer gilt das alte Verdikt: Außenpolitik ist nichts anderes als der ständige Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte. Das brauchen wir nicht – weder mit kriegerischen Mitteln noch durch sogenannte internationale Finanzinvestitionen. Man kann auch fairen freien Handel treiben, ohne den anderen in die Knie zwingen zu wollen.

Eine große Rolle hat über viele Jahre hinweg die NATO-Infrastruktur gespielt. Die Forderung: *»Ausscheiden aus der NATO-Infrastruktur«* ist ein Synonym für all das, was ich bisher gesagt habe. Denn sie war bisher das Instrument, um die von mir genannte Politik – die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten – zu verwirklichen. Mit Brzeziński, dem ehemaligen Sicherheitsberater der US-Regierung, gesprochen: Durch dieses Instrument sind die Staaten Westeuropas und Mitteleuropas mehr und mehr Vasallen oder Tributpflichtige.

Und natürlich muss man wissen, was Ziel der US-Außenpolitik bis zum heutigen Tag ist – man kann es bei Leuten wie Brzezeński nachlesen. Ihr Ziel ist die Aufrechterhaltung ihrer Weltmachtstellung. Niemand soll diese gefährden. Von wegen demokratische Weltordnung, an der im Sinne des Westfälischen Friedens alle Staaten gleichberechtigt mitwirken! Nein, sie schreiben wörtlich *»Wir wollen die Vormachtstellung Amerikas in aller Welt mit allen Mitteln verteidigen«.* Aber natürlich wird da immer wieder auch in der öffentlichen Diskussion hierzulande mit der Erzählung gearbeitet, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat, es gehe um den Ausbau der Demokratie, es gehe um Frauenrechte, es gehe um Menschenrechte. Nein, es geht um die erwähnte Machtpolitik. Wirkliche Demokratien dagegen würden die damit verbundenen Opfer, die man der eigenen Bevölkerung zumutet, aber auch den anderen zumuten will, gar nicht mittragen. Und das ist richtig. Hier hat man wiederum Anlass zu sagen, man braucht, um eine friedliche Welt einmal erreichen zu können, den systematischen Aufbau demokratischer Gesellschaften.

Die **NATO-Infrastruktur** ist eben, wenn man so will, der Stein des Anstoßes, wenn darüber diskutiert wird, was sich hier verändern soll, damit dieses Vasallentum und diese Tributpflicht abgeschafft werden. Bei allen Kriegen wurde diskutiert, ob wir uns beteiligen. Die Bundesrepublik Deutschland war praktisch an jedem Krieg beteiligt, den die Vereinigten Staaten von Amerika geführt haben, weil alle Kriege, die sie geführt haben, auf US-Einrichtungen in Mitteleuropa zurückgegriffen haben. Wir waren niemals unbeteiligt. Und solange das so ist, sind wir kein souveränes Land.

Ich hatte vor kurzen die Ehre, mit einer Politikerin der Grünen, mit Frau Göring-Eckardt, im Fernsehen zu diskutieren. Ich habe ihr die Frage gestellt, wie sie denn zu den **Drohnenkriegen** stehe, die auch vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus geführt werden. Dieser Frage wich sie permanent aus. Wie wollen wir denn über deutsche Außenpolitik diskutieren, wenn wir diese Frage ausklammern? Wie wollen wir uns denn über Terrorismus empören, wenn wir einfach ausklammern, dass ohne Rechtsgrundlage Tausende Menschen mit Drohnen ermordet werden, auch von deutschem Boden aus? Wie wollen wir das überhaupt moralisch rechtfertigen? Ehe wir mit dem Finger auf andere zeigen, müssen wir bei uns anfangen und müssen aufhören, unser Terrain zur Verfügung zu stellen, damit Drohnenmorde in aller Welt durchgeführt werden.

Wer dazu schweigt, der soll sich in die jetzige Diskussion am besten überhaupt nicht einmischen, weil er erkennbar mit zweierlei Maß misst. Deswegen war ich so dankbar, dass Willy Wimmer kürzlich in der jungen Welt dazu eine Bemerkung gemacht hat. Man müsse sich vorstellen, führte er aus, wie es denen geht, die durch diese Drohnenmorde ihre ganze Familie verlieren, ihre ganze Verwandtschaft. Das ist nichts als blanker Terrorismus. Wir können ihn weltweit nur dann bekämpfen, wenn wir damit beginnen, unseren eigenen Terrorismus zu bekämpfen.

Ein Hinweis zur **Abhörtechnik**. Dass eine Regierung, die vom Grundgesetz her verpflichtet ist, die Freiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu schützen, dass eine solche Regierung noch nicht mal mehr in der Lage ist, einem Verbündeten zu sagen, *»es geht nicht, dass unsere ganze Bevölkerung abgehört und ausspioniert wird«* – das ist doch wirklich ein Zeichen dafür, dass Vasallentum und Tributpflicht womöglich noch zu harmlose Vokabeln sind. Wo bleibt denn überhaupt ein Begriff von Freiheit, wenn man den totalen Verlust der Privatheit durch eine verbündete Macht akzeptiert und praktisch nichts dagegen unternimmt?

Die **Waffenexportpolitik** müssen wir sofort ändern. Ein erster Schritt müsste sein, dass unverzüglich Waffenlieferungen in Spannungsgebiete sofort und unwiderruflich eingestellt werden. Unsere Bundeskanzlerin hat im vergangenen Jahr wörtlich gesagt, ich habe das zweimal gelesen, Saudi-Arabien sei ein wichtiger Partner im Kampf gegen den Terrorismus. Dann aber regen sie sich über die Verbrechen des IS auf! Es ist richtig, dass man sich darüber aufregt, aber Enthauptungen, Steinigungen usw. werden doch in Saudi-Arabien ebenfalls durchgeführt, das ist eine reaktionäre autoritäre Diktatur, die auch die eigene Bevölkerung mit Terror überzieht. Und deshalb kann man doch diesen Staat nicht zum wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus erklären. Das ist die Doppelmoral, die dazu führt, dass die Welt immer unfriedlicher wird.

Pervertiertes Gebot

Und bei allem Bemühen, die Bundesrepublik Deutschland immer stärker in diese Politik zu integrieren, wird immer versucht, mit **vorgeschobenen humanen Argumenten** eine Notwendigkeit dieser Politik zu begründen. Immer wenn irgendwo, das bisher letzte Mal war es beim Konflikt zwischen dem IS und den Kurden, immer wenn irgendwo Verbrechen begangen werden, dann wird irgendwann ein Konflikt herausgegriffen, dann wird gesagt, hier müssen wir uns jetzt militärisch engagieren, das gebietet die Menschlichkeit. Es gibt immer wieder Leute, auch bei den Linken, auch bei den Gewerkschaften, bei den Kirchen usw., die auf dieses Argument hereinfallen. Der evangelische Bischof Wolfgang Huber hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Beitrag verfasst, in dem er schreibt, dass das christliche Gebot *»Du sollst nicht töten«* auch heiße, *»Du sollst nicht töten lassen«*. Mit anderen Worten: *»Du musst militärisch intervenieren, wenn irgendwo Konflikte bestehen.«* Diese Argumentationslogik findet sich immer wieder, und viele fallen darauf hinein. Es gibt ein simples Gegenargument. Wenn ich auf der einen Seite die Wahl habe, bei den ungezählten Konflikten dieser Welt tausend Menschenleben zu retten, ohne jemanden töten zu müssen und auf der anderen Seite die Wahl, in einem Krieg tausend Menschenleben zu retten, aber dabei leider eben auch Hunderte töten muss, dann dürfte doch die Entscheidung nicht allzu schwer fallen, wo ich in erster Linie versuche werde, meine Hilfe zu leisten. Das Schlimme ist jedoch, dass die Humanität dieser Menschen immer nur er-

wacht, wenn sie zu den Waffen rufen können, aber niemals, wenn sie helfen können, ohne töten zu können. Das macht die Brutalität dieser Diskussion aus. Woran unsere Gesellschaft krankt, lässt sich daran zeigen, dass eine geringere Summe dafür zur Verfügung gestellt wird, Flüchtlinge zu ernähren als für Waffenlieferungen.

Ich fasse zusammen: Winston Churchill, der ein Zyniker war, hat einmal gesagt, im Krieg ist die Wahrheit so kostbar, dass sie stets von einer Leibgarde von Lügen umstellt sein muss. Dieser Zynismus charakterisiert die gesamte Außenpolitik. Es beginnt ja mit den **Begriffen**. Die werden, mit Ausnahme der jungen Welt, nirgendwo hinterfragt. Da wird beispielsweise vom US-amerikanischen Verteidigungsminister, vom US-amerikanischen Verteidigungsetat und so weiter gesprochen. Als würden sich die Vereinigten Staaten gegen irgend jemand verteidigen, das ist doch eine einzige Lüge! Die ganze Außenpolitik ist ein Lügengebäude, und wir haben die Aufgabe, diese Lügen zu durchbrechen, wenn wir wirklich zu einer friedlichen Außenpolitik kommen wollen, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich kann es in einem Satz zusammenfassen: Auch wir haben unsere Geschichte und wir müssen aus dieser Geschichte unsere Lehren ziehen, aus den Weltkriegen, aus dem Faschismus. Und aus dieser Geschichte muss doch ein moralischer Impuls erwachsen, der da heißt, wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Welt friedlicher zu machen, nach allem, was war. Es gab einen Satz nach dem Krieg, und an dem sollten wir uns immer orientieren – ich sage das gegen alle Zweifler, ich werde keine andere Politik mittragen können –, dieser Satz lautet: ***»Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen!«***

Link zur Videoaufzeichnung der Lafontaine-Rede: kurzlink.de/lafontaine

Vielfältige Aktivitäten der Friedensbewegung 2015 in Deutschland

Attac Deutschland

Teile der Friedensbewegung mobilisieren im Rahmen des Aktionsbündnisses Friedenswinter zu Veranstaltungen und Kundgebungen. Wir begrüßen diese Aktivitäten und werden die folgenden Demonstrationen unterstützen:

- **„Kein Frieden mit der NATO** - Stoppt den Konfrontationskurs und die neue NATO- Aufrüstung!“ Proteste gegen die „NATO-Sicherheitskonferenz“, Demonstration am **7. Februar in München**
- **Ostermärsche 2015**
- **70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus** ; Demonstration am 9. Mai 2015 in Berlin.

Aus dem Attac-Rats-Beschluss vom 11.Januar 2015

Andreas Buro, Ulrích Frey, Gabriele Witt, Burkhard Zimmermann

„Beteiligt euch am Berliner Appell
Die Spirale der Gewalt beenden –
Für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik!

Die Antwort der Münchner Sicherheitskonferenz: Noch mehr Militarismus **http://www.nachdenkseiten.de/?p=24943**
"Kein Frieden mit der NATO!" **Reiner Braun zu den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz:**
http://www.heise.de/tp/artikel/44/44081/1.html

Ostermärsche 2015:

http://www.friedensratschlag.de/?Startseite:Ostermarsch_2015

Freitag, 27.02.2015 - 28.02.2015 Hannover:
Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden
"Globale Krisen und Konflikte - Antworten aus der Friedensbewegung / Herausforderungen der Friedensbewegung",

Samstag, 14. März 2015, Frankfurt/Main
Friedenswinter: 2. Aktionskonferenz Frieden

Standpunkte in der Friedensbewegung

http://www.friedensratschlag.de/?Publikationen_und_Materialien:Standpunkte_in_der_Friedensbewegung

Über die Diffamierung der Proteste des vergangenen Jahres inklusive der Friedensdemonstrationen vom 13.12.2014
http://www.nachdenkseiten.de/?p=24712#more-24712

Friedensratschlag: 70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg: Für eine neue Entspannungspolitik, nein zur Vorbereitung auf den Krieg!
(Auszüge)

Am 8. Mai 1945 wurde ganz Europa von dem Verbrechersystem des deutschen Faschismus und seinem Krieg befreit. Mehr als 55 Millionen Menschen waren zuvor Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer gefallen. Millionen Menschen auf der ganzen Welt bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid.

Mit großer Sorge sehen wir, dass die gegenwärtige Krise um die Ukraine Europa an den Rand eines neuen Krieges treibt. An dieser gefährlichen Entwicklung tragen die deutsche Regierung, die EU und die NATO erhebliche Mitschuld. Entgegen den Festlegungen des 2-plus-4-Vertrages haben sich NATO und EU Schritt für Schritt an die heutigen Grenzen Russlands heran erweitert. Mit der Einbeziehung der Ukraine in EU und NATO-Strategien wurde eine explosive Situation geschaffen. Nicht als Vermittler, sondern als Konfliktpartei, behandeln NATO und EU Russland heute als neuen alten Feind, dem sie mit Propaganda, Drohgebärden und Sanktionen gegenübertreten. Wir fordern die sofortige Beendigung dieser gefährlichen Politik

Wir werden als Antifaschist/innen und Aktive aus der Friedensbewegung diese Lehre aus der Geschichte mit **vielfältigen Veranstaltungen, die am und um den 8. Mai in der ganzen Republik stattfinden werden**, in die Öffentlichkeit bringen. Und wir rufen alle Demokratinnen und Demokraten, insbesondere die jungen Menschen auf: Erinnert mit einer Vielzahl von regionalen und örtlichen Veranstaltungen das ganze Jahr über an die Befreier und an die großen Hoffnungen der Befreiten.

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Kai Ehlers
Achtung – Mythen um die Ukraine

11.02.2015
Kaum ein Jahr ist seit dem politischen Umsturz in Kiew vergangen und schon verwandeln sich die damaligen Vorgänge und ihre Folgen in Mythen, die das Zeug haben, Geschichte zu erklären, bevor sie stattgefunden hat. Die wichtigsten sollen hier aufgezeigt werden.

Mythos eins:
Russland führt Krieg gegen die Ukraine:

Diese Behauptung führt konsequent dahin, dass Angela Merkel und François Hollande heute vor aller Welt in der Pose von Schlichtern auftreten können, die Wladimir Putin und Petro Poroschenko dahin bringen müssten, den Krieg, den Russland angeblich gegen die Ukraine führt, im Dialog miteinander zu beenden. Das ist eine famose Position für Angela Merkel, nachdem sie als Kanzlerin Deutschlands und als die zur Zeit führende Stimme der Europäischen Union zuvor an der Entstehung des Maidan-Aufruhrs und dem daraus folgenden Sturz des gewählten Präsidenten Viktor Janukowych und allen daraus hervorgehenden Folgen aktiv gewirkt hat. Perverser, und man muss gestehen, wirkungsvoller kann die Verdrehung von Ursache und Wirkung in diesem ukrainischen Drama nicht mehr inszeniert werden. In dieser Rolle kann sich sogar Barak Obama wohlfühlen. Nicht verwunderlich, dass er „Angela“ dafür in höchsten Tönen lobt.

Tatsache ist allerdings, dass nicht Russland und die Ukraine im Krieg miteinander liegen, sondern die Kiewer Führung mit Teilen ihrer eigenen Bevölkerung. Nicht Russland hat die Ukraine überfallen und nicht Russland bombardiert ukrainische Städte, sondern die Kiewer Regierung hat der Bevölkerung des Ostens, nachdem sie diese zu Terroristen erklärt hat, den Krieg erklärt und bombardiert Städte des eigenen Landes – mit der Begründung, dass diese untrennbarer, nicht aufzugebender Teil der Ukraine seien. Hat man etwas davon gehört, dass die „Terroristen“ in vergleichbarer Weise Kiew bombardierten oder mit gezieltem Terror heimsuchten? Wie wahnsinnig muss eine Führung sein, die ihr eigenes Land zusammenschießen lässt, statt mit ihren Landsleuten in den Dialog um die von ihnen geforderten politischen Vorstellungen um mehr Autonomie zu gehen.

Dass Russland keinen Krieg gegen die Ukraine führt, gilt auch dann, wenn man sieht, dass in diesem Bürgerkrieg fremde Mächte mitmischen, dass hier die USA/EU, dort Russland politisch, logistisch und mehr oder weniger undercover sogar mit Mannstärke involviert sind, die einen auf dieser, die anderen auf der anderen Seite. Genau genommen ist es ihr Krieg, der hier stellvertretend auf ukrainischem Feld in verdeckter Form ausgetragen wird. Allerdings gilt es auch hier wieder vom Ursprung der Vorgänge her zu denken. Und der Ursprung dieses Krieges liegt eindeutig nicht in Russland, wenn man nicht die bloße Tatsache, dass Russland die Eurasische Union nicht nur mit Kasachstan, Weißrussland, sondern auch unter Beteiligung der Ukraine entwickeln wollte, bereits als Kriegsgrund betrachtet.

Mythos zwei:
Russland hat die Krim annektiert:

Mit einer gewaltsamen, das bestehende Völkerrecht verletzenden Annexion der Krim habe Russland die Europäische Friedensordnung gebrochen, die Souveränität der Ukraine verletzt und damit eine globale Kriegsgefahr heraufbeschworen. Der Frieden könne nur gesichert werden, wenn Russland von diesem Schritt zurücktrete.

Tatsache ist, dass der Übergang der Krim in die russische Föderation nicht Ursache des Umsturzes in der Ukraine war, sondern Folge. Tatsache ist auch, dass Russland die Krim nicht gewaltsam erobert hat, sondern einen Antrag seitens der Bevölkerung der Krim angenommen hat, die sich angesichts des Kiewer Umsturzes und der damit auf sie zukommenden Gefahr der „Ukrainisierung“ zuvor aus der Ukraine in einem Referendum gelöst hatte. Generell gesagt, nicht Russland hat in der Ukraine interveniert, nicht Russland hat den Maidan zur offenen Revolte ermutigt; Putin soll Janukowytsch im Gegenteil sogar, was ihm von westlicher Seite vorgehalten wird, zur polizeilichen Niederschlagung der Proteste geraten haben. Es waren die atlantischen Mächte, allen voran die USA, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion den Plan verfolgten, die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herauszulösen, um die Wiederentstehung Russlands als möglichen Rivalen für alle Zeit zu unterbinden.

Die Elemente dieser Strategie sind schwarz auf weiß nachzulesen bei Sbigniew Brzezinski. Praktisch nachzuverfolgen sind sie in der schrittweisen Ost-Erweiterung von NATO und EU seit 1991, einschließlich der bunten Revolutionen in den Jahren 2003/4/5, Georgien, Ukraine, Kirgisien, der Stationierung von Abfang-Raketen direkt an den Grenzen Russlands u.a.m. Dies alles wurde schon vielfach dokumentiert, muss aber offenbar immer wieder aus der Vergessenheit herausgeholt werden, so wie es der russische Außenminister Sergej Lawrow auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor ein paar Tagen tat. Nachzulesen auf der Internetplattform von www.russland.ru .

Mythos drei:
Das Recht zur Selbstverteidigung:

Tränentreibend ins Bild gesetzt wird vom Ukrainischen Präsidenten Poroschenko für die Ukraine der Eindruck eines bedrängten, bemitleidenswerten David erzeugt, der doch das Recht haben müsse sich gegen einen brutalen Goliath zur Wehr zu setzen. Na, klar, wer will da nicht solidarisch sein!

Aber Tatsache ist: Über das hinaus, was weiter oben bereits dazu gesagt wurde, dass diesem Bild die Falsche Behauptung unterliegt, Russland führe Krieg gegen die Ukraine, stellt diese Pose selbst noch die Realitäten des inner-ukrainischen Bürgerkriegs glatt auf den Kopf: Es war die Übergangsregierung, die, nach dem Umsturz kaum an der Macht, die Sprachautonomie von Minderheiten unter dem Motto der „Ukrainisierung der Ukraine“ aufhob, diesen Akt zwar nach internationalem Protest zurücknahm, ihre einmal eingeschlagene Linie der zwangsweisen Ukrainisierung, statt eines Dialoges mit anders denkenden Teilen der Bevölkerung jedoch konsequent und aggressiv fortsetzte – von der Illegalisierung des Referendums für einen Autonomiestatus in den östlichen Bezirken bis hin zur politischen und militärischen Mobilisierung gegen die zu Terroristen erklärten Parteigänger autonomer und föderaler Neugliederung des Landes und die von ihnen gebildeten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Der Pose des David stehen die immer wieder erneuerten Brandreden der Kiewer Führung gegenüber, die bis zum heutigen Tag zu keinem Dialog mit den „Terroristen“ bereit ist, sondern deren militärische Unterwerfung anstrebt. Dass aus dieser Politik eine Eskalationsspirale hervorgegangen ist, in der auch die östliche Seite aufgerüstet hat, liegt auf der Hand, kann unter diesen Bedingungen gar nicht anders sein. Bedauerlicher Weise. Nur darf man auch hier nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Statt sich als David öffentlich bedauern zu lassen und um „tödliche Defensivwaffen“ für eine Intensivierung der Offensive zu werben, könnte die Kiewer Führung dem ganzen Spuk ein Ende bereiten, wenn sie in den direkten Dialog mit den „Volksrepubliken“ ginge.

Mythos vier:
In der Ukraine wird die Westliche Wertegemeinschaft verteidigt.

Tatsache ist, dass der nationalistische Furor, der sich aus dem Westen kommend, über das Land verbreitet, verbunden mit einer gnadenlosen Austeritätsdiktatur dem, was als westliche Wertegemeinschaft propagiert wird, direkt und offen ins Gesicht schlägt: Schlimmere Korruption als zuvor, jetzt durch Privatisierungsprogramme legitimiert, bestürzender Abbau sozialer Standards, Einschränkung der Informationsfreiheit auf „national nützliche" Informationen durch das neu gebildete Informationsministerium, Diskriminierung von nicht-nationalukrainischen Minderheiten, marodierende faschistische Banden, die die Regierung zu stürzen drohen, wenn sie die „nationale Revolution" zu verrate. Man kann sich nur noch wundern, mit welcher Schamlosigkeit, vielleicht auch genauer, mit welchem Zynismus diese Entwicklung von der Mehrheit unserer politischen Klasse geleugnet wird – wenn es nicht überhaupt interessengeleitete Dummheit ist.

Im Osten des Landes wächst die Abkehr von den so gewendeten Werten des Westens jedenfalls mit jedem Tag, an dem weitere Menschen mitten in ihren Städten aus ihren Wohnungen gebombt und auf den Straßen zerfetzt werden.

Mythos fünf: In der Solidarität mit der Ukraine festige sich die westliche Allianz, versichern zurzeit Vertreter und Vertreterinnen aller westlichen Lager unisono. Angela Merkel ist auf dem besten Wege zum globalen Friedensengel zu avancieren. Was für ein Prestigegewinn für die Deutschen, wie es scheint!

Tatsache ist allerdings, dass der Vorstoß der USA eindeutig auf Schwächung der Europäischen Union, insbesondere auch auf eine Störung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zielt. EU und insbesondere Deutschland bluten sich in der Unterstützung der bankrotten Ukraine, unter dem Druck der von ihnen selbst beschlossenen Sanktionen und durch die Zerstörung ihrer Beziehungen zu Russland aus, statt mit Russland gemeinsam einen autarken Eurasischen Raum aufzubauen, der dem Hegemonialanspruch einer einzigen Supermacht widerstehen könnte.

Kai Ehlers

Minsk II – was gut ist und was besser sein könnte

13. Februar 2015

Halten wir uns knapp:
Gut ist es und für die Menschen in der Ukraine eine Hoffnung, dass verhandelt wurde, und zwar nicht über Waffenlieferungen an Kiew, sondern über Wege zur friedlichen Lösung der Konflikte des Landes.
Gut ist, dass an diesen Gesprächen nicht nur die Präsidenten Kiews, Russlands, Frankreichs und ihre Stäbe teilnahmen, sondern auch die Vertreter der Volksrepubliken, wenn auch immer noch am Katzentisch.
Gut ist die Einigung auf Einführung einer Waffenruhe ab Sonntag, den 15. Februar 2015, wenngleich eine sofortige Einstellung der Gefechte besser gewesen wäre.
Gut ist selbstverständlich auch, dass man sich einigen konnte am zweiten Tag des Waffenstillstands damit zu beginnen, auf beiden Seiten die schweren Waffen zurückzuziehen, um so einen Puffer zwischen den Kriegsparteien entstehen zu lassen.
Gut ist schließlich, dass man übereinkommen konnte, dies alles von der OSZE überwachen zu lassen.

Erfreulich sind Beschlüsse zur Einführung einer *„umfassenden Amnestie"* sowie zu einer *„humanitären Versorgung bedürftiger Menschen in der Ostukraine"*, Erfreulich auch, dass *„alle ausländischen Truppen und Söldner unter OSZE-Überwachung ukrainisches Staatsgebiet verlassen, beziehungsweise alle illegalen Gruppen ihre Waffen abgeben"* sollen.

Nicht nur gut, sondern **bereits verblüffend** sind Vereinbarungen, dass vom ersten Tag an nach Abzug schwerer Waffen *„Modalitäten für Wahlen in den Regionen Donezk und Luhansk vereinbart werden"* sollen. Die Wahlen sollen zudem noch *„mit dem im September 2014 verabschiedeten Gesetz über Selbstverwaltung der genannten Gebiete übereinstimmen"*. Dazu passen Beschlüsse, die eine „Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze" vorsehen; aber erst, *„nachdem in den Regionalwahlen in Donezk und Luhansk der von der Bevölkerung gewünschte Status der Gebiete geklärt und später umgesetzt ist."*
Schließlich soll noch eine *„Verfassungsreform zur Stärkung des Föderalismus"* durchgeführt werden. Bis Ende 2015 soll eine neue Verfassung in Kraft treten, welche *„die Dezentralisierung des Landes als ein Schlüsselelement vorsieht, insbesondere in Bezug auf die Regionen Donezk und Luhansk."*

Dies alles, heißt es in der Vereinbarung, sei *„kein abschließender Friedensvertrag"* könne aber den Boden dafür bereiten, *„allerdings nur, wenn die Verhandlungspartner sich auch von neuer Gewalt nicht beirren lassen."*

Zusatzbotschaften nach den Verhandlungen

Es gebe *„zu einer ausschließlich friedlichen Lösung keine Alternative"* kommentierten **die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident** das Treffen, allerdings nicht ohne zunächst noch einmal *„ihre uneingeschränkte Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine"* bekräftigt zu haben. Deutschland und Frankreich, versprechen sie dann aber, wollen den Bankensektor durch die *„Schaffung eines internationalen Mechanismus zur Erleichterung von Sozialtransfers"* wiederherstellen. Sie wollen *„trilaterale Gespräche zwischen EU, der Ukraine und Russland über Energiefragen"* führen, wollen solche trilateralen Gespräche zudem unterstützen, *„um praktische Lösungen für Bedenken zu erreichen, die Russland mit Blick auf die Umsetzung des tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und der EU geäußert hat."*

Im Namen aller Beteiligten steigern Merkel und Hollande sich zu der Aussage, sich *„unverändert zur Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Prinzipien der OSZE"* bekennen zu wollen.

Zur Umsetzung des Minsker Abkommens kündigen sie die *„Schaffung eines Aufsichtsmechanismus im Normandie-Format"* an, der in regelmäßigen Abständen auf der Ebene hoher Beamter des Außenministeriums zusammentreten werde. Normandie-Format, merke, das heißt, ohne die USA.

Der russische Präsident fliegt in seiner Abschlusserklärung etwas weniger weit hinauf. Auf die Frage, warum die Abstimmungen so lange gedauert hätten, erklärt er: *„Ich denke es liegt daran, dass die Kiewer Behörden sich leider weiterhin weigern, direkte Kontakte zu den Vertretern der Volksrepubliken von Donezk und Lugansk aufzunehmen."* Im Übrigen bleibt Putin aber ganz lösungsorientiert. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der ungeklärten Frontlage bei der Ortschaft Debalzewe ergeben könnten, wo die Volksrepubliken zwischen 6000 und 8000 Mann der Ukrainischen Armee eingekesselt hätten. *„Sie gehen natürlich davon aus"*, so Putin, *„ dass diese Gruppe die Waffen niederlegt und den Widerstand aufgibt."* Putin sieht

mögliche Komplikationen. Er habe sich deshalb mit Poroschenko geeinigt, erklärt er daher *„unsere Militärexperten zu beauftragen festzustellen, was dort in Wirklichkeit vor sich geht, und einen Maßnahmenkomplex auszuarbeiten, es zumindest zu versuchen, um die gefassten Beschlüsse zu verifizieren und ihre Einhaltung auf beiden Seiten zu überprüfen.“* Er jedenfalls sei dazu bereit. Es gehe darum, neuerliches, weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Alexander Sachartschenko, Führer der Donezker Volksrepublik erklärt schlicht, der Friedensfahrplan gebe eine *„Hoffnung für eine friedliche Lösung“*.

Soweit, so gut – und jetzt?

Aber wer glaubt, mit diesen Friedensbotschaften habe sich die die politische Wetterlage geklärt, sieht sich getäuscht. *„Am Ende lacht Putin“* titelte „Spiegel online“. Symptomatisch auch, wie ausgerechnet mit dem meistverwendeten Presse-Foto, das die Friedensbotschaft der Minsker Einigung zu illustrieren vorgibt, auf subtile Weise der Propaganda-Mythos weiter genährt wird, dass es Russland sei, das Krieg gegen die Ukraine führe, wenn auf dem Foto Putin und Poroschenko gezeigt werden, die einander die Hand reichen, während Angela Merkel und François Hollande dieses Geschehen wohlwollend neutral von beiden Seiten aus dem Hintergrund beobachten. Als Akteure des Krieges gelten Putin und Kiew, nicht etwa Kiew und die Separatisten. Obama forderte, jetzt müssten russische Truppen aus der Ukraine abgezogen werden. Der britische Premier warnte vor einem „Appeasement“ gegenüber Putin. Die EU hält weiter an Sanktionen fest. Es wird keinen Frieden geben, solange diese ideologische Mobilisierung gegen Russland anhält.

Es ist aber nicht Putin, der Krieg gegen die Ukraine führt und der demzufolge der ist, mit dem Poroschenko Frieden zu schließen hätte. Es ist die Kiewer Regierung, die Krieg gegen die Teile der Bevölkerung führt, welche sich dem Anspruch der „Ukrainisierung“ nicht beugen wollen. Solange dies so bleibt, ist auf einen Frieden in der Ukraine nicht zu hoffen, solange bleibt sie Aufmarschgebiet des Westens gegen Russland, allen voran der USA.

Eine effektive Wende wäre nur zu erwarten, wenn Poroschenko sich bereit erklärte, direkt, auch nicht nur über den Katzentisch, mit den Separatisten zu reden. Hier wird die offene Flanke von Minsk II deutlich: Die einzige Forderung, die aus dem Vorschlag, den die Donezger und Lugansker in die Vorbereitung des Minsker Treffens eingereicht hatten, nicht in die gemeinsame Erklärung übernommen wurde, lautete: *„Bis zum 23. Februar Rücknahme aller Entscheidungen der politischen und militärischen Führung der Ukraine zur Durchführung von Anti-terror-Operationen mithilfe der Streitkräfte und der Nationalgarde im Donbass.“* Dazu kann man nur feststellen: Solange die Donezger und die Lugansker Volksrepubliken von Kiew noch als Terroristen angesehen werden, muss jeder Friedensfahrplan Makulatur bleiben, bevor er wirken kann.

Es ist klar, dass Poroschenko innenpolitisch unter dem Druck von Kräften steht, die an einer Verständigung kein Interesse haben. Man darf gespannt sein, wie diese Kräfte Poroschenko empfangen werden, der bis auf die oben genannte Forderung der Vertreter der Volksrepubliken einem Katalog zugestimmt hat, der ihn in den Augen der Nationalistischen Radikalen zum Verräter an der „nationalen Revolution“ macht. Zu vermuten ist, dass Poroschenko sich in nächster Zeit sehr warm anziehen muss. Mit Provokationen, mit politischen, selbst mit physischen Angriffen gegen seine Person ist zu rechnen. Die brauchen potentielle Under-Cover-Strategen, die aus dem Hintergrund ihre Interessen gegen Russland verfolgen, nicht einmal selbst zu inszenieren, sie brauchen sie nur zu nutzen.

Angesichts dieser Lage sind die Botschaften von Angelika Merkel, man bekenne sich zu einer *„Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raumes von Atlantik bis zum Pazifik“*, noch dazu in *„unveränderter“* Weise, nicht einmal mehr eine Lüge. Seit Jahren hat die EU eben diese Vision von Russland angeboten bekommen, diese aber immer wieder hochmütig beiseitegeschoben. Nachdem sie zuletzt die Ukraine, statt sie in einen gemeinsamen Eurasischen Raum einzubeziehen, vor die Alternative: entweder Europäische oder Eurasische Union gestellt hat, ist die neue Merkelsche Botschaft nicht einmal mehr verlogen, sondern das unbeabsichtigte Eingeständnis einer bodenlosen politischen Dummheit – denn diese Vision hätte man bereits seit 1991 verwirklichen können.

Aber vielleicht war ja die Tatsache, dass man die Ukraine, von der man wusste, dass sie zwischen Ost und West, zwischen Eurasien und Europäischer Union, zwischen Russland und NATO in widersprüchlicher Weise eingespannt ist, in das Entweder Oder getrieben hat, nicht einmal politischer Dummheit geschuldet, sondern der ideologischen Hörigkeit gegenüber den USA.

So oder so – dies alles lässt für die Umsetzung eines Friedensfahrplans, leider nichts Gutes erwarten, gerade weil in ihn Reizworte wie Selbstverwaltung, Autonomie, Föderalismus, Verfassungsreform als Zielvorstellungen eingegangen sind, die für die gegenwärtige politische Riege in Kiew unvereinbar sind. Ganz zu schweigen noch von dem Nutzen, den eine unruhige Ukraine für USA hat.

Bücher von zum Thema:

Peter Strutynski (Hg.), Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen, Papyrossa.

Ronald Thoden, Sabine Schiffer (Hg.), Ukraine m Visier, Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen, Selbrund Vlg.

Kai Ehlers, Russland – Herzschlag einer Weltmacht, Pforte

http://kai-ehlers.de

MEDIEN....ZDF - Kiew meldet 50 russische Panzer - Falsches Bildmaterial, Sa 14. Feb 2015,
https://publikumskonferenz.de/forum/viewtopic.php?f=30&t=457&p=1875#p1875

Kornkammer Ukraine – Für wen?

Die Ukraine galt früher als „Kornkammer“ der Sowjetunion, zu der sie bis 1991 gehörte. Das Land verfügt über ertragreiche Schwarzböden; seine Anbaufläche ist mit 32 Millionen Hektar etwa doppelt so groß wie die Deutschlands. Die Ukraine ist heute weltweit drittgrößter Mais- und fünftgrößter Weizenexporteur, außerdem produziert sie große Mengen Raps, der zur Agrosprit-Gewinnung nach Westeuropa exportiert wird.

Bereits im letzten Jahrzehnt nahmen die Agrarexporte stark zu. Sie stiegen laut dem polnischen Thinktank „Centre for Eastern Studies“ zwischen 2005 und 2012 von 4,3 auf 17,9 Milliarden Euro. Laut der US-Agrarbehörde könnte die Ukraine zum zweitgrößten Getreideexporteur nach den USA aufrücken. Das Land ist wegen niedriger Bodenpreise attraktiv für Investoren aus dem Westen, die Land kaufen wollen, aber auch für Hersteller von Agrarmaschinen und Saatgut.

In der Antwort auf eine Bundestagsanfrage der Linken bestätigt das Bundeslandwirtschaftsministerium, dass bereits die Hälfte der ukrainischen Agrarfläche von Großunternehmen bewirtschaftet wird. Das größte davon, die Agrarholding „UkrLandFarming“, besitze alleine rund 670 000 Hektar. Zum Vergleich: Die mittlere Größe der Bauernhöfe in Deutschland beträgt 60 Hektar, Großbetriebe bewirtschaften bis zu 12 000 Hektar. Laut dem NGO-nahen kanadischen „Oakland Institut“, das zu Landgrabbing recherchiert, sind seit 2002 rund 1,6 Millionen Hektar ukrainische Agrarfläche an multinationale Unternehmen verkauft oder verpachtet worden,
http://www.nachdenkseiten.de/?p=25050#h08

Netzwerke in Westafrika POSCAO und ROPPA zu den EPAs

„Ein Abkommen unter größtmöglicher Geheimhaltung zu unterzeichnen, ist eines Spitzenpolitikers nicht würdig“

Westafrika, am 12. Januar 2015

Sehr geehrte Damen und Herren, Staats- und Regierungschefs Westafrikas,

nach Abschluss der Gespräche der 46. ordentlichen Sitzung der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), die am 15. Dezember 2014 in Abuja (Nigeria) stattgefunden hat, haben Sie in Ihrem Abschlusskommuniqué „die Chefverhandler Westafrikas angewiesen, unverzüglich die notwendigen Schritte zur ehebaldigen Unterzeichnung und Ratifizierung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens durch alle Mitgliedsstaaten einzuleiten.“

Mittlerweile sollen über zehn westafrikanischer Staaten dieses Abkommen quasi heimlich unterzeichnet, genießt doch die Information über die Unterzeichnung bis dato oberste Geheimhaltung. Nur fünf Länder hätten das Abkommen nicht unterzeichnet: Nigeria, Togo, Gambia, Sierre Leone und Mauretanien.

Exzellenzen, geschätzte Damen und Herren Staats- und Regierungschefs,

wir möchten Sie darauf hinweisen, dass diese undurchsichtigen und nebulosen Praktiken der Vergangenheit angehören und in völligem Widerspruch zu Ihren Botschaften über Transparenz, Partizipation und Verantwortung stehen, die Sie unermüdlich Ihren Bürgern predigen. Wenn Sie diese Verträge für uns unterschreiben und wenn diese Verträge so gut sind wie Sie behaupten, warum machen Sie das beinahe im Verborgenen?

Mit diesem Akt zwingen Sie zwölf der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) unserer Region ein Abkommen auf, das diesen Ländern nichts bringt und dem die Mehrzahl dieser Länder nur aus politischer Schwäche, Unverständnis oder Opportunismus zustimmt. Kein einziges internationales Übereinkommen verpflichtet die am wenigsten entwickelten Länder ihre Märkte für die 28 entwickelten Länder der EU zu öffnen, aber Ihre Handlungen treiben die LDC in dieses Abenteuer mit ungewissem Ausgang, das nur dazu dient, die kurzfristigen Interessen einer Handvoll Länder und Unternehmen zu schützen.

Noch schlimmer ist die Situation Nigerias. Die westafrikanische Regionalmacht und größte Volkswirtschaft Afrikas hat ganz klar gesagt, das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nicht unterzeichnen zu wollen, da technisch und politisch erwiesen ist, dass das EPA das Wirtschaftswachstum Nigerias gefährden könnte. Anstatt geschlossen hinter unserem Champion zu stehen, um ihn einerseits vor den Angriffen der Boko Haram Sekte zu schützen und andererseits an einer soliden und nachhaltigen wirtschaftlichen Integration gemeinsam mit Nigeria zu arbeiten, unterstützen Sie die EU dabei, weiter Druck auf Nigeria auszuüben, damit das Land schließlich kapituliert.

Unsere uneingeschränkte Unterstützung gilt Nigeria und allen anderen Ländern, die sich weigern, sich zu unterwerfen und wir sagen diesen Ländern, dass sie auf der richtigen Seite der Geschichte stehen. Einer Geschichte, die leider im Jahr 2014 festhält, dass Sie sich, geschätzte Staats- und Regierungschefs, für Abhängigkeit und Beibehaltung des Status quo entschieden haben anstatt für Weiterentwicklung.

Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden demokratischen und rechtlichen Mittel einsetzen, um uns gegen Ihre Handlung zu wehren.

POSCAO=Netzwerk der Zivielorganisationen in Westafrika über das Cotonou-Abkommen.
ROPPA= http://www.roppa-afrique.org
Netzwerk der Landwirtschaftsorganistionen und der Bauern in Westafrika

http://rapideinfo.net/index.php/regions/20179-accord-de-partenariat-economique-par-lafrique-de-louest--la-societe-civile-denonce-une-signature-secrete-poscao.html *Übersetzung:coorditrad*

bilaterals.org

EVERYTHING THAT IS NOT HAPPENING AT THE WTO
TODO AQUELLO QUE NO SUCEDE EN LA OMC
TOUT NE SE NÉGOCIE PAS À L'OMC

www.bilaterals.org

2014 marked the tenth anniversary of the launch of bilaterals.org.
bilaterals.org is a collaborative project committed to open publishing. It was launched as – and remains – a trilingual website to inform and support the resistance to bilateral trade and investment deals as key vehicles for global capitalism (and tools of geopolitical power) all over the world.
Among other things, we also co-organised the 'Fighting FTAs' international strategy meeting in 2006 and produced the collective 'Fighting FTAs' book in 2008. The site has grown, incorporating new features such as a multimedia section and social media tools.
The workload has grown - especially with the campaigns around TTIP, TPP, CETA and TiSA - and so we need more help, especially with posting articles and translating. We would also like to increase the participation of other groups and movements in steering bilaterals.org. We will follow up on this in the coming months, but please contact us if you have specific ideas or proposals.
Please feel free to contact the bilaterals.org team at bilaterals.org@gmail.com if you have any further questions, comments or suggestions.
Sincerely,
the bilaterals.org team

TTIP: "Regulatorische Kooperation" stärkt Einfluss der Konzerne und schwächt Demokratie

Stellungnahme von 160 zivilgesellschaftlichen Organisationen

Brüssel 3.2.2015.
Wir, die Unterzeichner dieser Stellungnahme, bringen hiermit unsere große Besorgnis darüber zum Ausdruck, wie im TTIP-Freihandelsabkommen zentrale Regulierungen sensibler Bereiche, wie chemische Produkte, Lebensmittelstandards, öffentliche Dienstleistungen, Arbeitssicherheit oder die Regulierung der Finanzmärkte behandelt werden. Die EU-Verhandlungsführer haben bei zahlreichen Gelegenheiten betont, dass TTIP unsere Regulierungen und Standards nicht bedroht (1).

Das neu **„geleakte" EU-Verhandlungsdokument** zu regulatorischer Zusammenarbeit in TTIP spricht allerdings eine andere Sprache und bestärkt unsere Vorbehalte (2). Der Vorschlag der EU-Kommission hat ein System zur Folge, das Regulierungen erschwert, da sie stets handels- und investitionskonform sein müssen. Auch der Einfluss von Unternehmenslobbyisten würde mit diesem Vorschlag noch weiter gestärkt. Dies wiederum erschwert künftige Regulierungsmaßnahmen. Zudem bekäme eine kleine Anzahl von nicht gewählten Beamten Einfluss und Macht über Regulierungsvorhaben, lange bevor Parlamente sie zu Gesicht bekommen. Das gefährdet unsere Demokratie.

Die Europäische Kommission spricht sich für eine stärkere Harmonisierung von Regulierungen zwischen Europa und den USA und wettbewerbsfördernde Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Handel aus. Eine Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments von 2014 kommt allerdings zu dem Ergebnis, dass stärkere Harmonisierung im Rahmen von TTIP zu sinkenden Standards führen könnte (3). Der EU-Verhandlungstext sieht vor, dass jeder neue handelspolitisch relevante Gesetzesentwurf durch Fakten oder wissenschaftliche Belege gerechtfertigt werden muss, wenn Unternehmenslobbyisten oder Regierungen dies einfordern. Außerdem beinhaltet der Vorschlag die Forderung der Industrie nach einem Gremium für regulatorische Zusammenarbeit. Damit entstünde ein Frühwarnsystem mit Möglichkeiten der Einflussnahme bei neuen Gesetzesinitiativen.

Ferner sieht der Vorschlag der EU-Kommission vor, dass **Unternehmen** aus den USA und Europa **einen deutlich größeren Einfluss auf die Gesetzgebung** in Brüssel, in den europäischen Hauptstädten, in Washington und in den US-Staaten nehmen als bisher. Dem Anschein nach hat die Europäische Kommission in vielen Punkten dem Druck der Unternehmenslobby nachgegeben, sie an Gesetzen mitschreiben zu lassen (4).

Der Vorschlag der Kommission für regulatorische Zusammenarbeit beinhaltet die Gefahr, Standards kurz- und langfristig auf beiden Seiten des Atlantiks zu senken. Das betrifft auch Standards der EU-Mitgliedsstaaten und der US-Staaten. Der Handlungsspielraum für demokratische Entscheidungen wird durch die Stärkung des Unternehmenseinflusses massiv eingeschränkt.

Beispielsweise zeigt eine **Studie von CIEL**, einer internationalen Organisation für Umweltrecht, vom Januar 2015, dass durch regulatorische Zusammenarbeit in TTIP eine Verbesserung des Schutzes vor giftigen Chemikalien und Pestiziden verzögert bzw. blockiert werden kann (5). Regulatorische Zusammenarbeit könnte außerdem einen Angriff auf das Vorsorgeprinzip darstellen. Sie öffnet langsam aber sicher die Türen dafür, genetisch veränderte Organismen, Nanopartikel und endokrine Disruptoren auf den Markt zu bringen (6).

Deshalb fordern wir die Verhandlungsführer auf beiden Seiten dazu auf, regulatorische Zusammenarbeit aus den TTIP-Verhandlungen zu streichen.

(1) http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1219
(2) http://corporateeurope.org/international-trade/2014/12/ttip-covert-attacks-democracyand-regulation
(3) http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/514007/AGRI_IPOL_STU%282014%29514007_EN.pdf
(4) http://corporateeurope.org/sites/default/files/businesseurope-uschamber-paper.pdf
(5) http://ciel.org/Publications/LCD_TTIP_Jan2015.pdf
(6) https://www.agra-net.net/agra/agra-europe/crops/ttip-must-prioritise-regulatory-cooperation-on-gmos---coceral--1.htm
http://www.merid.org/en/Content/News_Services/Nanotechnology_and_Development_News/Articles/2013/Jun/25/canada_and_us.aspx
http://www.croplifeamerica.org/sites/default/files/ECPA-CLA%20TTIP%20Position%20-%20Paper%2010-03-14.pdf
http://www.europeanpublicaffairs.eu/is-democracy-a-trade-barrier/

Unterschriften der 160 Organisationen:
http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/150204_Erklaerung-TTIP-Regulatorische-Zusammenarbeit.pdf

TTIP: 160 Organisationen vereinbaren einen globalen dezentralen Aktionstag am 18. April

Mehr als 200 Vertreterinnen und Vertreter von rund 160 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 26 EU-Staaten sowie den USA trafen sich in Brüssel, um den Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) international zu koordinieren.

Besonderen Applaus bei dem Treffen hat eine griechische Vertreterin erhalten, als sie die Position der neuen griechischen Regierung zu TTIP deutlich machte: Syriza werde TTIP niemals ratifizieren; das Gleiche gelte für CETA.

Das zivilgesellschaftliche Bündnis hat bei dem Treffen unter anderem einen dezentralen globalen Anti-TTIP-Aktionstag für den 18. April beschlossen.

Zusätzlich kritisieren die Organisationen in einer gemeinsamen Stellungnahme (siehe oben) die geplante „regulatorische Zusammenarbeit" in TTIP.

Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA:
https://stop-ttip.org/de/unterschriften-nach-mitgliedsstaaten/